

Preußische Allgemeine



Nr. 4 · 26. Januar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Ein Großdenker und seine Welt

Zum 300. Geburtstag Immanuel Kants – des wichtigsten Philosophen der Moderne und bedeutendsten Ostpreußen **Beilage**



VON RENÉ NEHRING

Ihr Handwerk in Sachen Öffentlichkeitsarbeit verstehen sie noch immer gut. Nur wenige Tage, nachdem Bauern, Handwerker und Spediteure bundesweit gegen die Politik der rot-grünen Bundesregierung demonstrierten und Minister der „Ampel“ reflexhaft vor einem „rechten Umsturzversuch“ warnen, organisierten Parteien, Verbände und sonstige Initiativen aus dem überwiegend grünen und linken bis linksradikalen Milieu (die Antifa war selbstverständlich dabei) im ganzen Land Demonstrationen, in denen sie „gegen Menschenfeindlichkeit, Hass und Rassismus“ beziehungsweise einfach nur „gegen Rechts“ protestierten. Und schon war der vorangegangene Protest gegen die Regierung verdrängt.

Konkreter Auslöser der Demos „gegen Rechts“ waren die Enthüllungen über ein Treffen im Herbst in Potsdam, auf dem einzelne Mitglieder der AfD und der CDU mit Unternehmern zusammengekommen waren und bei dem der Rechtsaußen-Aktivist Martin Sellner einen Vortrag über das Thema „Remigration“, also die Rückführung nicht bleiberechtigter Zuwanderer in ihre Heimatländer, gehalten hatte. Obwohl das diese Tagung enthüllende Recherchezentrum „Correctiv“ sich mit Informationen über das dabei konkret Gesagte zurückhielt und obwohl die bekannt gewordenen Positionen Sellners kaum etwas anderes beinhalteten als das, was auch Angehörige der Bundesregierung zuletzt gefordert hatten – allen voran Kanzler Scholz, der als Reaktion auf die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 im „Spiegel“ gesagt hatte, „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ –, deuteten regierungnahe Medien und Politiker das Treffen umgehend zu einer „Wannseekonferenz 2.0“ um, auf der im großen Stil „Deportationen“ von Zuwanderern geplant worden seien.

Doch obwohl der Zweck der Inszenierung leicht durchschaubar ist und obwohl

sowohl die Organisatoren der Demonstrationen als auch diejenigen, die zu Hunderttausenden durch Deutschlands Straßen zogen, wissen dürften, dass die AfD zwar auf einem stabilen Umfragehoch sitzt, jedoch nicht im Ansatz absehbar ist, dass sie ihr Programm in konkrete Politik umsetzen könnte, lohnt es, darüber nachzudenken, was sie bewegt. Allein die schiere Masse der Teilnehmer zeigt, dass es eben nicht nur die üblichen Berufs-demonstranten sind, die sich sonst etwa zu den Ostermärschen in Größenordnungen von ein paar Hundert zusammenfinden, sondern dass es bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein ein Unbehagen über die Entwicklung im Lande gibt.

Kollektive Beschwörung statt Suche nach den Ursachen der Schwäche

In dieser Hinsicht bieten die Proteste in den grünen, linksliberalen, linken bis linksradikalen Milieus der Republik einen Anlass zur Selbstvergewisserung. In Zeiten einer vielfachen, längst sprichwörtlich gewordenen „Zeitenwende“ vermittelt das kollektive Unterhaken samt Trillerpfeifengedröhne und vielfachem Bekenntnis der Abscheu vor dem politischen Gegner noch immer das wohlige Gefühl, auf der richtigen Seite des gesellschaftlichen Spektrums zu stehen.

So weit, so gut. Doch was als Fortschreibung der Demonstrationen seit Tagen an Gedanken durch die politische

Sphäre wabert, trägt längst selbst Züge jenes Totalitarismus, den die Protagonisten von links dem politischen Gegner auf der rechten Seite vorwerfen. Da wird in aller Offenheit und Selbstverständlichkeit darüber nachgedacht, wie man die AfD wahlweise verbieten, ihr „den Geldhahn zudrehen“ oder einzelnen ihrer Mandatsträger das Recht auf Wählbarkeit entziehen könnte. Dabei geben die Kritiker mit ihrem wilden Mix an Forderungen indirekt sogar selbst zu, dass sie tatsächlich wenig gegen die ungeliebte Konkurrenz in der Hand haben. Denn wenn die AfD tatsächlich eine Gefahr für das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland wäre, hätten ihre Kritiker nicht nur das Recht, sondern ausdrücklich sogar die Pflicht, gegen diese Partei mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen.

Solange dies jedoch unterbleibt, sind die jetzigen Rufe nichts mehr als verbale Schlachtrufe politischer Wettbewerber, wie sie in der Bundesrepublik vor der Ära Merkel mit ihren dauerhaften großen Koalitionen gang und gäbe waren. Auch Franz Josef Strauß und Helmut Kohl wurde in hysterischer Weise unterstellt, die Republik „nach rechts“ zu rücken. Tatsächlich bewegten sich ihre Parteien, die CSU und die CDU, inhaltlich im Laufe der Jahrzehnte nach links, sodass im konservativ-bürgerlichen Lager überhaupt erst jener Frust entstehen konnte, der das Aufkommen einer weiteren Partei ermöglichte.

Es mag sein, dass diese Partei, die AfD, Positionen vertritt, die den etablierten Parteien und den sie umgebenden gesellschaftlichen Organisationen nicht genehm sind. Doch entscheiden in einer Demokratie noch immer die Bürger, wem sie das Mandat geben, in ihrem Namen die Geschicke des Landes zu verwalten, und nicht die Vertreter der etablierten Parteien und Organisatoren. Insofern sind diese Vertreter – so sie es denn ernst meinen mit ihrer Sorge um die Demokratie – gut beraten, ihre Gedanken weniger darauf zu verschwenden, mit welchen Maßnahmen sie einen politischen Gegner aus dem Rennen nehmen können, als vielmehr darüber nachzudenken, warum Bürger, die jahrzehntelang stabil Parteien der Mitte gewählt haben, nun anderen Wettbewerbern ihre Stimme geben.

Wie man eine Protestpartei gänzlich ohne administrative Maßnahmen und allein auf Basis demokratischer Spielregeln zurückdrängen kann, zeigten übrigens die dänischen Sozialdemokraten. Sie reagierten auf die Sorgen ihrer Landsleute vor einer Überfremdung durch zu viele Migranten mit einer rigiden Begrenzung der Zuwanderung. Im Ergebnis rutschten die Rechtspopulisten von der „Dansk Folkeparti“ (Dänischen Volkspartei), die bei der Wahl zum Folketing im Jahre 2015 noch 21,1 Prozent der Stimmen geholt hatten, bei der letzten Wahl 2022 auf 2,6 Prozent ab.

POLITIK

Eine Regierung zwischen Beschwörung und Offenbarung

Mit den Großdemos „gegen rechts“ versucht das Ampel-Lager, die Debattenhoheit zurückzugewinnen. Die realen Probleme des Landes löst das nicht



Machtkampf Das juristische Tauziehen um Donald Trump **Seite 2**



Politik Wie Ungarns Bürgerliche aus der Krise heraus erstarkten **Seite 3**

IN DIESER AUSGABE

Politik
Um ein mögliches Verbot der AfD ist ein Krieg der Petitionen ausgebrochen **Seite 4**

Kultur
Vor 150 Jahren wurde der Dichter Hugo von Hofmannsthal geboren **Seiten 9 und 11**

Das Ostpreußenblatt
In Königsberg geht der Streit um das Kopfsteinpflaster in die nächste Runde **Seite 13**

Lebensstil
Degenershausen – eine Parkidylle am Rande des Harzes **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Das juristische Tauziehen um Donald Trumps Kampf um den Wiedereinzug ins Weiße Haus verschafft dem ehemaligen Präsidenten eher Erfolg, als dass es zur Verhinderung seiner Kandidatur beitrüge

„Verschwörer“, „Manipulierer“ und „Aufwiegler“

Die Anschuldigungen von Trumps Gegnern wiegen schwer, doch die Gerichte einiger Bundesstaaten lehnen den Ausschluss ab

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die US-Präsidentenwahlen dieses Jahres begannen am 15. Januar mit den parteiinternen Vorwahlen der Republikaner im Bundesstaat Iowa. Dabei konnte der einstmalige Amtsinhaber Donald Trump einen überragenden Sieg verbuchen, obwohl er derzeit in vier Straf- und drei Zivilprozesse verwickelt ist. Die Ankläger in den Strafverfahren werfen ihm unter anderem vor: Verschwörung gegen ein offizielles Verfahren und das Wahlrecht durch die Anstiftung zum Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021, Verschwörung zur rechtswidrigen Änderung des Präsidentschaftswahlergebnisses in Georgia, Fälschung von Geschäftsunterlagen und illegale Wahlkampffinanzierung sowie unbefugten Besitz geheimer Unterlagen zur nationalen Sicherheit in Tateinheit mit Behinderung der Justiz. Dazu kommen zwei Schadenersatzklagen und ein Prozess wegen Verleumdung.

Doch damit erschöpft sich das juristische Ungemach für Trump noch nicht, denn in einigen Bundesstaaten sind auch Verfahren anhängig, deren Zweck darin besteht, ihn von den Präsidentschaftswahlen auszuschließen. Dazu bemühen die Kläger stets den Abschnitt 3 des 14. Zusatzartikels der Verfassung der Vereinigten Staaten von 1866. Darin heißt es: „Niemand darf Senator oder Repräsentant im Kongress oder Wähler des Präsidenten und Vizepräsidenten sein oder ein ziviles oder militärisches Amt in den Vereinigten Staaten oder in einem Bundesstaat innehaben, der sich zuvor als ... Beamter der Vereinigten Staaten oder als Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft eines Bundesstaates oder als Exekutiv- oder Justizbeamter eines Bundesstaates ... an einem Aufstand oder einer Rebellion gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten beteiligt hat.“

Eine knappe Entscheidung

Das Oberste Gericht des Bundesstaates Colorado entschied am 19. Dezember vergangenen Jahres mit knapper Mehrheit von vier zu drei Stimmen, einer Klage der Gruppe Citizens for Responsibility and

Ethics stattzugeben und Trump wegen angeblicher Aufwiegelung der Demonstranten vom 6. Januar 2021 auf der Grundlage des 14. Zusatzartikels von den Stimmzetteln in Colorado streichen zu lassen. Das Gleiche tat neun Tage später die der Demokratischen Partei angehörende Wahlleiterin im Bundesstaat Maine, Shenna Bellows. Hierdurch wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ein Präsidentschaftskandidat unter Berufung auf die 158 Jahre alte Regelung, deren Zweck ursprünglich darin bestand, Repräsentanten der Südstaaten nach dem Bürgerkrieg den Zugang zu politischen Ämtern zu verwehren, von der Wahl ausgeschlossen.

Allerdings fielen in anderen Bundesstaaten gegensätzliche Entscheidungen. So lehnte es das Oberste Gericht von Michigan ab, die Streichung Trumps von den Wahlzetteln zu verfügen. Das Gleiche geschah in Minnesota und Arizona. In diesen beiden Fällen urteilten die Richter, einzig und allein die politischen Parteien hätten zu bestimmen, wer bei den Vorwahlen antrete.

Außerdem legten sowohl Trumps Anwälte als auch das namens der Republikanischen Partei agierende American Center for Law and Justice in Colorado Berufung ein. Zur Begründung hieß es unter anderem, dass Trump bislang weder wegen der Aufstachelung zur Rebellion noch

gar der Beteiligung an einer solchen verurteilt worden sei. Daraufhin setzte der Colorado Supreme Court in Denver sein eigenes Urteil aus, um eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA abzuwarten, da dieser die letzte Instanz sei, wenn es um Verfassungsfragen gehe. Das wurde mehrheitlich begrüßt. So sagte der frühere republikanische Kongressabgeordnete Adam Kinzinger aus Illinois: „Wir können uns den Mund füsselig reden beim Auslegen des 14. Zusatzartikels, es gibt gute Argumente auf beiden Seiten, aber eine schlussendliche Klärung kann nur höchststrichterlich erfolgen.“ Die erste mündliche Anhörung vor dem Supreme Court of the United States zur Frage des

Wahlauausschlusses von Trump soll nun am 8. Februar stattfinden.

Juristischer Sieg für Trump

Vor einigen Tagen entschied der Oberste Gerichtshof in Washington, sich momentan nicht mit der Frage der rechtlichen Immunität des 77-jährigen Milliardärs zu befassen. In den beiden Strafverfahren gegen Trump wegen Verschwörung, Wahlmanipulation und weiterer Delikte argumentieren dessen Anwälte immer wieder, dass er für keine der ihm vorgeworfenen Handlungen während seiner Präsidentschaft juristisch zur Verantwortung gezogen werden könne: „Wenn ein Präsident jedes Mal, wenn er eine schwierige Entscheidung zu treffen hat, über die Schulter schauen und sich fragen muss, ob er nach dem Ausscheiden aus dem Amt ins Gefängnis wandern könnte, sobald seine politischen Gegner an die Macht kommen, dann schwächt das unweigerlich die Möglichkeiten des Präsidenten.“

Dass der Supreme Court die Klärung der Frage nach der Immunität des Staatsoberhauptes vorerst verweigerte, obwohl die Anklagebehörde hier ungewöhnlich energisch auf eine Entscheidung drängte, gilt als juristischer Sieg für Trump. Während also weiterhin in der Schwebe bleibt, ob die beiden wichtigsten Strafverfahren gegen Trump überhaupt eine substantielle Basis haben, will sich der Oberste Gerichtshof in Kürze damit befassen, ob seine Nichtzulassung zu den Wahlen in Colorado – und damit perspektivisch auch in anderen Bundesstaaten – aufgrund des 14. Zusatzartikels berechtigt ist. Das nützt Trump insofern, als die Vorwahlen schon im Gange sind und der Nominierungsparteitag der Republikaner im Juli stattfindet, während eine Verschleppung der Strafverfahren die durchaus reale Möglichkeit einer Selbstbegnadigung birgt, wenn Trump als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervorgeht. Letzteres ist keineswegs ausgeschlossen. Seine Zustimmungswerte steigen im Gegensatz zu denen der anderen Kandidaten unaufhörlich. Außerdem steht die Führungsriege der Republikaner im Repräsentantenhaus geschlossen hinter ihm.



Eine Hürde ist genommen: Trump entscheidet die Vorwahlen in Iowa für sich

Foto: pa/Andrew Harnik

VERFASSUNG DER USA

Wer entscheidet über die Anwendung des 14. Zusatzartikels?

Bundesgerichte, Kongress oder Oberstes Gericht – Die Zuständigkeit und die Anwendbarkeit auf einen Präsidenten sind ungeklärt

Während es der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten bislang ablehnte, darüber zu befinden, ob Donald Trump für seine Handlungen als US-Präsident strafrechtliche Immunität genießt, will er demnächst entscheiden, wie der 14. Zusatzartikel der Verfassung auszuulegen ist, auf dessen Grundlage die Bundesstaaten Colorado und Maine Trump verwehren wollen, erneut als Präsident zu kandidieren. Dabei geht es um drei komplizierte Fragen.

Zum Ersten muss geklärt werden, ob der 14. Zusatzartikel tatsächlich auch für das Amt des Präsidenten gilt, denn er erwähnt dieses nicht ausdrücklich (siehe oben). Zum Zweiten fehlt eine belastbare juristische Definition für den schwerwiegenden Tatbestand der „Beteiligung an einem Aufstand oder einer Rebellion gegen

die Verfassung der Vereinigten Staaten“. Und zum Dritten ist auch die Zuständigkeit unklar. Wer besitzt eigentlich die Befugnis zu entscheiden, wann der 14. Zusatzartikel zur Anwendung kommt – die Bundesgerichte, der Kongress oder das Oberste Gericht?

Wie der Supreme Court in Washington urteilen wird, hängt von der Haltung der neun Richter ab, die dem obersten Judikativ-Organ der Vereinigten Staaten angehören. Und hier zeichnet sich eine deutliche konservative Mehrheit ab. So wurde der Vorsitzende Richter John Roberts 2005 von Präsident George W. Bush ernannt. Das Gleiche gilt für Samuel Alito, während Clarence Thomas schon 1991 auf Initiative von George Bush senior ins Amt gelangte. Außerdem wären da noch Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh und Amy

Coney Barrett, die Trump selbst zwischen 2017 und 2020 ins Oberste Gericht entsandte. Diesen sechs Richtern stehen drei Wunschkandidaten von Barack Obama und Joe Biden gegenüber, nämlich Sonia Sotomayor, Elena Kagan und Ketanji Brown Jackson. Allerdings ergibt sich damit keinesfalls schon automatisch ein klares Votum zugunsten von Trump, wie das Abstimmungsverhalten der Richter bei früheren Gelegenheiten zeigt.

Roberts schlug sich 2015 auf Obamas Seite, als es um dessen Gesundheitsreform ging, und wies später auch einen Antrag der Trump-Administration zurück. Leichter einzuschätzen ist Thomas, der stets für die wortwörtliche Auslegung der Verfassung der Vereinigten Staaten plädiert und als konsequenter Verteidiger der freien Meinungsäußerung auf-

Wie der Supreme Court in Washington entscheiden wird, hängt von der Haltung der neun Richter ab, die dem obersten Judikativ-Organ der USA angehören. Hier zeichnet sich eine deutliche konservative Mehrheit ab

tritt. Außerdem stimmte er 2022 als einziger Richter für Trump, als der sich weigerte, einem Untersuchungsausschuss Dokumente aus dem Weißen Haus zu übergeben. Alito wiederum hat sein Richteramt immer mit größter Neutralität ausgeübt und ist deswegen absolut unberechenbar. Und die von Trump eingesetzten Gorsuch, Kavanaugh und Barrett sind ebenfalls keine sichere Bank, weil sie sich bislang noch zu wenig in politisch hochkontroversen Verfahren positioniert haben. Dahingegen vermuten die meisten Beobachter, dass Sotomayor, Kagan und Jackson wohl klar gegen Trump entscheiden werden. Allerdings tendierte Kagan bislang stets zur Mehrheitsmeinung, und die erst seit April 2022 amtierende Jackson gilt noch als weitgehend unbeschriebenes Blatt. W.K.

Krise und Comeback

Zu Beginn der 2000er Jahre steckte nicht nur Ungarn, sondern auch das bürgerliche Lager des Landes in einer tiefen Krise. Die richtigen Schlüsse aus der damaligen Lage ebneten der stärksten bürgerlichen Regierung in Europa den Weg

VON BENCE BAUER UND
PHILIPP SAJTHY

Das Land steckt in der Krise. Die Regierung hat fehlwirtschaftet, der Haushalt ist überzogen und weitreichende Sparmaßnahmen müssen folgen. Der Regierungschef ist in Korruptionsvorwürfe verwickelt, die Reallöhne und -renten sinken seit mehreren Jahren und die Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit erreicht historische Tiefstwerte. Die Menschen gehen auf die Straße und fordern den Rücktritt der Regierung, Bauerndemonstrationen legen mit Traktorenzügen die Hauptstadt lahm. Das ist die Situation in Ungarn um das Jahr 2006. Es kann jedoch sein, dass manches davon den Beobachtern des deutschen Geschehens von heute bekannt vorkommt.

Doch während 2024 nach Jahren beispielloser Stabilität und des Aufschwungs in Ungarn das Traktorenfahrverbot in Budapest das Einzige ist, was noch an diese dunklen Zeiten erinnert, weist die heutige Situation in Deutschland Parallelen zu der im Ungarn von vor rund zwei Jahrzehnten auf, die weitaus tiefer greifen. Und es stellt sich die Frage, was das heutige Deutschland aus den ungarischen Erfahrungen eventuell lernen und mitnehmen kann. Denn die Krise der frühen 2000er Jahre hat der stärksten bürgerlichen Regierung in Europa den Weg bereitet. Doch wie realistisch wäre das in Deutschland?

Die ungarische Krise zu Beginn der 2000er Jahre und ihre Folgen

Ähnlich wie in Deutschland 2021 kam in Ungarn im Jahre 2002 eine linksorientierte Regierung an die Macht, die sich zuvor gegen ein tendenziell stärkeres bürgerliches Lager durchgesetzt hatte. Während dies in Deutschland auf eine innere Schwächung und Spaltung der Konservativen, ausgelöst durch Migrations- und Corona-Krise, zurückzuführen ist, setzten sich die Sozialisten in Ungarn im Wesentlichen mit einer Reihe von Tricks und Lügen durch. In beiden Fällen gab es von Anfang an einen enormen Handlungsdruck, da davon auszugehen war, den Wahlsieg unter normalen Bedingungen nicht unbedingt wiederholen zu können.

Sowohl der parteilose Ministerpräsident Péter Medgyessy als auch der ihm 2004 im Amt folgende Sozialist Ferenc Gyurcsány setzten eine Reihe von populistischen Wahlversprechen um, welche den Sozialstaat ungenügend aufblähten und den Staatshaushalt bis zur Wiederwahl 2006 massiv belasteten. Als nach der knappen Wiederwahl Gyurcsánys im Jahr 2006 das Ausmaß der unter der Oberfläche entstandenen Haushaltskrise und die nun erforderlichen Sparmaßnahmen bekannt wurden, kam es in den Straßen zu massiven Protesten gegen die „Lügenregierung“. Der Auslöser war die Veröffentlichung einer Geheimrede, in welcher der Ministerpräsident in spektakulär aggressiver, derber und unappetitlicher Art und Weise zugab, das Land in den vergangenen Jahren kaputtgewirtschaftet zu haben.

Zehntausende forderten daraufhin den Rücktritt der Regierung mit der Begründung, dass diese sich den Wahlsieg erlogen habe. Die linke Regierung konterte und verleumdete die Kritiker, einen rechtsradikalen Umsturzversuch anzetteln zu wollen. Diese Difamierungsversuche trugen aber nur zur starken Solidarisierung der Gesamtbevölkerung mit den Demonstranten bei und untergruben auch das letzte Fünkchen Vertrauen in die Linksregierung. Dass sich diese aber auch nach dem Erdrutschsieg der konservativen Opposition bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 beständig weigerte zurückzutreten, gab ihrer Reputation dann den Todesstoß. Der daraus resultierende „kalte Bürger-



Wandelte die Schwäche des bürgerlichen Lagers seines Landes in eine dauerhafte Dominanz seiner Partei um: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, hier im Wahlkampf des Jahres 2010

Foto: pa

krieg“ ließ das Ansehen der Etablierten ins Bodenlose sinken und bereitete den Konservativen das Feld vor den Parlamentswahlen 2010. Das Jahr 2006 mit den vielen Protesten galt als Erweckungserlebnis des bürgerlichen Lagers und ebnete den Weg der Meinungs- und Deutungshoheit der Konservativen, die über Jahrzehnte anhalten sollte und heute noch für ihre weit beachteten Wegmarken international bekannt ist.

Viktor Orbán ist also nicht durch Zufall an seine Position gekommen, denn kaum einer stand so lange und so intensiv im Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit wie er. Er nutzte aber auch die Zeit seit seinem Machtverlust 2002 intensiv, um den vorpolitischen Raum im bürgerlichen Lager umzupflügen, neu zu gestalten und deutlich zu verbreitern. Seit dieser Zeit vermochte es seine Partei, Diskurse zu bestimmen, die Öffentlichkeit zu prägen und bei den Sonntagsfragen ununterbrochen an erster Stelle zu stehen.

Deutsche Parallelen

Die deutsche Ampelregierung hat zur Halbzeit auf ihre eigene Weise fehlwirtschaftet. Pünktlich zum Neujahr erreichten die Koalition neue Tiefstwerte in den Wahlumfragen und sie kann nun in der Gesamtbevölkerung kaum mehr auf 30 Prozent hoffen. Insgesamt sind über 80 Prozent der Bürger nicht mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, und weniger als ein Siebtel der Bevölkerung blickt angesichts der jetzigen Lage der Bundesrepublik mit Zuversicht auf das Jahr 2024 und die nähere Zukunft.

Auch das sind Resultate von Misswirtschaft sowie von einem fehlenden Umgang mit den Herausforderungen der Gegenwart wie Migrations-, Wirtschafts-, Energiepolitik. Auch wenn die Bundesrepublik in näherer Zukunft nicht auf einen Staatsbankrott zuläuft, wie das um 2010 herum in Ungarn der Fall gewesen war, sorgt die aktive Schuldenbremse dennoch spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Schuldumlage dafür, dass rigide gespart werden muss. Dabei hat der deutsche Staat in den vergangenen beiden Jahren

mehr Geld in die Hand genommen als jemals zuvor, und was die Abgabenlast der Zivilbevölkerung angeht, so ist Deutschland unter allen OECD-Staaten auf dem zweiten Platz. Deutschland hat also kein Einnahmenproblem, es hat ein Ausgabenproblem. Das ist auch Finanzminister Christian Linder klar, denn während Milliarden für Ukraine, Migration und Entwicklungshilfe verausgabt werden, müssen nun die eigenen Bürger die Zechen bezahlen. Sie sind die ersten, die den Rotstift zu spüren bekommen.

Das sind dieselben Sorgen, die die Menschen schon 2006 in Ungarn auf die Straßen trieben. Gleichzeitig werden die heutigen Demonstranten teilweise auf dieselbe Art als rechtsradikale Umstürzler abgetan. „Wir sind nicht erpressbar“ war Agrarminister Özdemir Antwort im ZDF auf Forderungen der Bauernproteste. Allerdings werden die Bauernproteste von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt. Die Bauern als eine Gruppe von gefährlichen Extremisten darzustellen und sie dementsprechend zu behandeln, schadet somit nicht nur der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, sondern zeugt von einer ähnlichen Entfremdung zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern, wie sie vor zwei Jahrzehnten schon bei den Parteieliten der ungarischen Sozialisten zu beobachten war.

Eine Chance für die Bürgerlichen

Das große gesellschaftliche Frustrationspotential in Deutschland ist kaum von der Hand zu weisen, es wurde durch die Krisen der letzten Jahre angefacht, ein schneller Trendwechsel ist mitnichten absehbar. Die Frage, die sich nun stellt, ist, ob die Bürgerlichen in Deutschland auf eine ähnlich erfolgreiche Art und Weise von dem Versagen der Ampelregierung profitieren könnten, wie es einst die ungarischen Bürgerlichen getan hatten. Können die Bürgerlichen diese gesellschaftlichen Krisen und die hieraus erwachsenden Prozesse als Katalysator für die Durchsetzung ihrer eigenen Agenda von Marktwirtschaft, Sozialstaat, Gesellschaft und Migration nutzen und die Oberhand gewinnen? Dass die nächste

Die Frage, die sich nun stellt, ist, ob die Bürgerlichen in Deutschland auf eine ähnlich erfolgreiche Art und Weise von dem Versagen der Ampelregierung profitieren könnten, wie es einst die ungarischen Bürgerlichen getan hatten

Regierungskoalition von einer bürgerlichen Partei geführt wird, gilt als ausgemacht. Umso relevanter ist es, die bestimmenden Themen positiv zu besetzen und entschieden zu kommunizieren.

Die wiederholten Wahlsiege von Orbáns Partei „Fidesz – Ungarischer Bürgerbund“ (zuletzt 2022 mit einer Zweidrittelmehrheit) und die daraus resultierende breite gesellschaftliche Verankerung von „Fidesz“ als ungarische Volkspartei wären wohl kaum möglich gewesen „ohne den moralischen Bankrott eines im Sumpf der Korruption versunkenen und durch politische und wirtschaftliche Inkompetenz immer mehr diskreditierten Systems“, wie es der deutschsprachige Orbán-Kritiker Paul Lendvai formulierte.

Die ungarischen Bürgerlichen konnten unter der starken Führung des charismatischen Viktor Orbán sowie einem breit angelegten und etablierten Wertefundament eine ernstzunehmende politische, aber auch intellektuelle Alternative formulieren. Durch eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik konnte das Land weitestgehend stabilisiert und auf Wachstumskurs gebracht werden. Gleichzeitig hat es „Fidesz“ vermocht, auch in Politikbereichen zu reüssieren, in denen die Partei nicht nur die Unterstützung der bürgerlichen, sondern auch der linken Wähler hatte, zum Beispiel Migrationspolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik und Gesellschaftspolitik. So sicherte sich „Fidesz“ langfristig das Vertrauen der Bevölkerung – während gleichzeitig die Opposition zerfiel.

Aus der Krise von heute lernen

Die Aussichten auf eine bürgerliche Kehrtwende in der deutschen Politik sind durchwachsen. Die Bürgerlichen und Konservativen sind gespalten und aufgerieben. Zwar haben die nicht-linken Parteien mittlerweile stimmtechnisch einen ähnlichen Zulauf wie damals in Ungarn, doch ist das auch darauf zurückzuführen, dass sie insgesamt alle mit der Ampel unzufriedenen Stimmen sammeln, ohne jedoch derzeit eine ernsthafte Machtoption zu haben. Bestenfalls kann sich die CDU/CSU vorstellen, mit SPD und FDP eine „Deutschlandkoalition“ zu bilden. Auch von einer ähnlich starken und alle einigenden Führungspersönlichkeit können die bürgerlichen Parteien verschiedener Couleur in Deutschland nur träumen, womit es ihnen an einer der wichtigsten Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung mangelt.

Die Bauernproteste der letzten Tage könnten aber der entscheidende Katalysator einer gesellschaftlichen Unzufriedenheit mit der Ampelkoalition und zugleich Ideengeber für das bürgerliche Lager in Deutschland sein. Als Blaupause könnten die wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und moralische Krise des Jahres 2006 in Ungarn dienen, die die Bürgerlichen dazu brachte, eine ernstzunehmende und seriöse Alternative zur Linksregierung zu formulieren. Eine entschiedene bürgerliche Politik, die sich ernst nimmt, ist auch in Deutschland gefragt. Die notwendige Aufbauarbeit muss aber in der Opposition erfolgen.

Aus jeder Krise kann man wachsen, aufbauen und sich neu erfinden. Daher ist der Tiefpunkt in der öffentlichen Stimmung des Landes auch eine Chance für einen Wiederanstieg eines alternativen Politikentwurfs zur Ampel. In der Kurve Gas zu geben, das könnte das Motto einer bürgerlichen Renaissance in Deutschland sein. Ungarn blickt hoffnungsfroh auf die deutsche Politik.

● **Dr. Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias Corvinus Collegium (MCC) in Budapest. Soeben erschien sein Buch „Ungarn ist anders“ (MCC Press 2023). **Philipp Sajthy** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutsch-Ungarischen Instituts am MCC. <https://magyarnemetintezet.hu/de/>

MELDUNGEN

„Diverse“ sind überversorgt

Dresden – Wie eine Kleine Anfrage der sächsischen AfD-Abgeordneten Martina Jost ergab, haben bisher nur vier Menschen im Freistaat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihren Personenstandseintrag in „divers“ zu ändern. Dennoch wurde eine Vielzahl von öffentlichen Toiletten für Nutzer geschaffen, die sich weder als Mann noch als Frau definieren. So stehen allein an der TU Dresden 23 „geschlechtsneutrale“ WCs zur Verfügung, nachdem es vor einigen Monaten noch sechs gewesen waren. Das teilte das sächsische Ministerium für Kultur und Tourismus auf eine parallele Anfrage der Linken-Parlamentarierin Anna Gorskih mit. Einen ähnlichen Zuwachs hat die Hochschule Mittweida aufzuweisen. Dem Ministerium zufolge gibt es dort inzwischen 22 „geschlechtsneutrale“ Aborte. W.K.

Trend scheint gebrochen

Berlin – Der Anteil der Veganer und Vegetarier an der Bevölkerung in Deutschland hat aufgehört zu steigen. Das geht aus dem aktuellen Situationsbericht des Deutschen Bauernverbandes hervor. Darin wird auf die Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse verwiesen, der zufolge sich im Vorjahr 8,1 Millionen Menschen in der Bundesrepublik als Vegetarier bezeichneten. Das sind zwar 200.000 mehr als 2022, doch steht diesem Wachstum in absoluten Zahlen ein signifikantes Wachstum der Bevölkerung im genannten Zeitraum aufgrund des massiven Zustroms an Asylsuchern gegenüber. Noch deutlicher ist die Trendwende bei den Veganern. Verzichteten 2022 1,52 Millionen Einwohner der Bundesrepublik auf alle Arten von tierischen Produkten, waren es 2023 40.000 weniger. Laut der Gesellschaft für Konsumforschung gaben die Verbraucher 2022 1,68 Milliarden Euro für vegane und vegetarische Fleischersatzprodukte aus. Dem stand ein Umsatz in Höhe von 42,4 Milliarden bei Fleisch und Fleischerzeugnissen gegenüber. W.K.

Schäden durch Aktivisten

Berlin – Zwischen Januar 2022 und September 2023 haben sogenannte Klimaschützer 1221 Sachbeschädigungen begangen. Das belegen die vom Bundesministerium für Inneres und Heimat auf Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt öffentlich gemachten Zahlen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität. 113 der Sachbeschädigungen gehen auf das Konto der Aktivistengruppe „Letzte Generation“, die zudem noch 1083 weiterer Straftaten bezichtigt wird. 15 der Attacken richteten sich gegen bundeseigene Immobilien, darunter auch das Kanzleramt und das Reichstagsgebäude. Die Beseitigung der Schäden, die zumeist aus Farbanstrichen resultierten, soll den Steuerzahler bislang 35.633 Euro gekostet haben. Für Schmidt ist die „Letzte Generation“ zweifelsfrei eine kriminelle Vereinigung, „die verboten gehört“, weil sie dem demokratischen Rechtsstaat mit Verachtung begegne. W.K.



„AfDler töten. Nazis abschieben“: Aus der Berichterstattung der „Aachener Zeitung“ im Internet

Foto: Screenshot

AFD-VERBOT

Krieg der Petitionen

Nach den Befürwortern machen auch die Gegner mobil

VON ROBERT MÜHLBAUER

Eine so hitzige politische Debatte und solche Großdemonstrationen hat die Bundesrepublik schon lange nicht mehr erlebt. Der Aufstieg der Alternative für Deutschland in Umfragen und die Berichte von „Correctiv“ über ein angebliches Potsdamer Geheimtreffen mit einem „Masterplan Remigration“ haben eine gewaltige Gegenreaktion ausgelöst. Am vergangenen Wochenende kam es zu Großkundgebungen „gegen Rechts“. Mehr als 300.000 Demonstranten gingen am Sonnabend und nochmal mehr als 500.000 am Sonntag in Dutzenden Städten der Republik auf die Straße.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) begrüßte die Demonstrationen. Er sei dankbar dafür, dass Zehntausende in die

sen Tagen überall in Deutschland auf die Straße gingen „gegen Rassismus, Hetze und für die freiheitliche Demokratie“, schrieb Scholz auf X (früher Twitter). Es zeige: „Wir Demokratinnen und Demokraten sind viele – viel mehr als diejenigen, die spalten wollen.“ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte, die Demonstrationen gegen rechts „machen Mut“. Zu den Demonstrationen hatten über hundert Organisationen aufgerufen, neben den Parteien SPD, Grüne und Linke sowie ihren Jugendverbänden auch Gewerkschaften, Kirchen, der Zentralrat der Muslime und viele weitere. Streit gab es um die Organisatorin der Münchner Demo, die zuvor Ministerpräsident Markus Söder (CSU) als Rassisten bezeichnet hatte. In Aachen kam es zu einem Eklat, nachdem die „Aachener Zeitung“ ein Foto druckte, das ein großes

Transparent zeigte mit der Aufschrift „AfDler töten!“.

Petitionen gegen die AfD und Höcke

Zudem tobt weiter der Streit um ein mögliches AfD-Verbotsverfahren. Mit mehreren Petitionen versuchen linke Kräfte derzeit, Druck aufzubauen. Mehr als 700.000 Menschen haben eine Petition des linken Blogs „Volksverpetzer“ für ein AfD-Verbot unterzeichnet. Zu den prominenten Erstunterzeichnern zählen der Musiker Bela B. von der Band „Die Ärzte“, die Schauspielerinnen Nora Tschirner und die Moderatorin Enissa Amani.

Noch mehr Zulauf erhielt eine Petition der linken Organisation „Campact“ mit der umstrittenen Forderung, dem Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke die Grundrechte zu entziehen, etwa das Recht auf Meinungsäußerungs-, Versammlungs-

und Vereinigungsfreiheit sowie das passive Wahlrecht, also die Wählbarkeit. Diese Petition haben schon 1,5 Millionen Menschen unterschrieben. Allerdings ist es sehr unwahrscheinlich, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einem solchen Grundrechteentzug zustimmen würde. Der SPD-Innenminister von Thüringen, Georg Maier, unterstützte die Petition dennoch, skeptisch zeigte sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Kritik am Ruf nach Grundrechteentzug war auch im linken Lager zu hören, in einem Kommentar der „taz“.

„JF“-Petition gegen ein AfD-Verbot

Unterdessen mobilisieren auch die Gegner eines AfD-Verbots. Die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ („JF“) hat eine Petition unter dem Motto „Nein zum AfD-Verbot – Für eine Rückkehr zu demokratischen Prinzipien“ gestartet. Bis zum Wochenende haben diese 100.000 Bürger unterzeichnet. „JF“-Chefredakteur Dieter Stein sagte gegenüber der PAZ: „Die Forderung nach einem Verbot der AfD als einer demokratischen Oppositionskraft ist ein Eingriff in den freien Wettbewerb der Parteien. Wir wollen den freien, fairen Wettbewerb der demokratischen Parteien mit dieser Petition verteidigen.“ Die Großdemonstrationen beeindruckten ihn nicht. „Wir erleben eine von Politikern etablierter Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Medien durchgeführte, gigantische konzertierte Kampagne, um eine demokratische Oppositionskraft auszuschalten.“ Dagegen wolle er sich einsetzen.

Dass die Rufe nach einem AfD-Verbotsverfahren die Politiker in Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat tatsächlich dazu bewegen, ein solches Verfahren in Karlsruhe zu beantragen, darf als höchst zweifelhaft gelten. In Berlin und in den Länderhauptstädten waren zuletzt mehr skeptische Einschätzungen zu hören. Bundeskanzler Scholz wolle die AfD politisch bekämpfen, sagte er. SPD-Vorsitzende Saskia Esken befürwortet ein Verbotsverfahren. Die FDP ist dagegen. Der von ihr gestellte Bundesjustizminister Marco Buschmann warnte vor den hohen juristischen Hürden. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, riet von einem Verbotsverfahren ab. Der Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) sagte unterdessen im Magazin „Tichys Einblick“, die AfD sei aus seiner Sicht keine verfassungswidrige oder gar zu verbietende Partei. Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour wollte als Anfang zumindest die AfD-Jugendorganisation verbieten lassen. CSU-Chef Markus Söder forderte, die AfD von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.

DRESDEN

Posse um Gedenken an die Bombenopfer

Die Stadt entfernte eine Inschrift von einer Bank, leugnete dann die Tat und rechtfertigte sie schließlich

Seit 2009 steht auf dem Dresdner Altmarkt eine schlichte Bank aus Sandstein, die bis vor Kurzem die Inschrift trug: „Dies ist ein Ort der Mahnung, des Erinnerns und Gedenkens. Hier wurden die Leichname Tausender Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 verbrannt. Damals kehrte der Schrecken des Krieges, von Deutschland aus in alle Welt getragen, auch in unsere Stadt zurück.“

Am 10. Januar entfernte ein Unbekannter oder mehrere Unbekannte diese Zeilen mittels Trennschleifer. Das ging zunächst unter, weil zur gleichen Zeit Tausende Bauern in Sachsens Landeshauptstadt demonstrierten. Dann aber machten Gerüchte die Runde, das Ausradieren der Inschrift sei das Werk von Linksextremisten gewesen oder auf Anweisung von oben erfolgt.

Daraufhin gab es am 15. Januar eine Welle von Anfragen bei Polizei und Stadtverwaltung, die sich beide außerstande zeigten, Auskunft über die Hintergründe der Aktion zu erteilen, abgesehen von der Feststellung, dass man hier offenbar „professionell“ gearbeitet habe. Selbst der Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) konnte dem eilends zusammengetretenen Ältestenrat des Stadtparlaments keine Informationen liefern.

Eine Stunde später gab das Rathaus der sächsischen Landeshauptstadt dann aber eine Pressemitteilung heraus, in der es hieß: „Die Umgestaltung der Erinnerungsstätte für die Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 geschieht planmäßig.“

Die Reaktion der Stadträte hierauf war drastisch. Ausrufe wie „Peinlich!“,

„Unglaublich!“ und „Das ist ein Witz!“ gehörten noch zu den freundlichsten Kommentaren. Daher fühlten sich Hilbert und die Stadtverwaltung genötigt, am 16. Januar eine ausführlichere Erklärung nachzuschicken, um die Wogen zu glätten. Der Freidemokrat streute dabei anfänglich Asche auf sein Haupt: „Die Kritik in dieser Angelegenheit ist berechtigt, da wir aus kommunikativer Sicht äußerst unglücklich agiert haben.“ Danach folgte aber sogleich eine verbale Attacke: „Wir werden es ... nicht akzeptieren, dass dieser Anlass für Hetze und Verschwörungstheorien genutzt wird.“

Parallel hierzu teilte die Stadtverwaltung mit: „Im Rahmen des Umbaus des Altmarkts wurde bereits 2019 in Absprachen zwischen dem Amt für Stadtplanung und Mobilität, dem Amt für Kultur

und Denkmalschutz, der AG 13. Februar und dem Amt für Wirtschaftsförderung entschieden, die Mahnmale zur Erinnerung umzugestalten. Ergebnis dieser Absprachen war, dass die Gravur in der Lehne der Sitzbank, die gleichzeitig Umfassung des Abgangs zur Tiefgarage ist, entfernt wird ... Wiederholt war der Platz der Inschrift an einer Bank in die Kritik geraten, nicht würdig zu sein ... Außerdem gab es Beschädigungen und wiederholt Graffiti.“ Als Ausgleich versprach die Stadt die Errichtung einer „Stele“ am „Erinnerungsort Altmarkt“. Dies wiederum bezeichnete der FDP-Stadtrat Holger Hase als „Skandal“, denn es sei ganz klar vereinbart worden, dass der unscheinbare mobile Aufsteller die Inschrift an der Sandsteinbank ergänzen und nicht ersetzen solle. Wolfgang Kaufmann

SICHERHEIT

Eine Welle von Fahndungserfolgen

Nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen greifen Beamte an Oder und Neiße zahllose Gesuchte auf

VON HERMANN MÜLLER

Seit Mitte Oktober führt die Bundespolizei an der Stadtbrücke von Frankfurt an der Oder und an anderen Orten wieder Einreisekontrollen durch. Laut Bundesinnenministerium ist durch die stichprobenartigen Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien „die Zahl der unerlaubten Einreisen bundesweit um mehr als 60 Prozent von über 20.000 im Oktober auf etwa 7300 im November zurückgegangen“. Bis Ende 2023 hat die Bundespolizei innerhalb von nur gut drei Monaten zudem 340 Schleuser festgenommen und Hunderte offene Haftbefehle vollstrecken können. Allein die bisherigen Meldungen der Bundespolizei aus dem Januar lassen vermuten, dass die Zahl solcher Fahndungserfolge auch im Jahr 2024 hoch ausfallen wird.

Am Grenzübergang Pomellen in Vorpommern nahm die Bundespolizei beispielsweise Anfang Januar einen Polen fest, der von der Staatsanwaltschaft Osnabrück gesucht wurde. Inzwischen sitzt der 22-Jährige in der Justizvollzugsanstalt Neustrelitz eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe von mehr als 90 Tagen ab, weil er eine Geldstrafe von 900 Euro zuzüglich der Verfahrenskosten nicht bezahlt hatte. Erhalten hatte der Mann die Geldstrafe für eine gefährliche Körperverletzung. Bei der Kontrolle in Pomellen stellten die Beamten nicht nur fest, dass der einreisende Pole zur Fahndung ausgeschrieben war. Die Kontrolleure entdeckten bei dem Mann zudem mehr als zehn Gramm Amphetamine.

Mehrfach gemeldete Frau

Ebenfalls wegen einer nicht bezahlten Geldstrafe, diesmal sogar in Höhe von 2700 Euro zuzüglich der Verfahrenskosten, wurde eine polnische Staatsangehörige festgenommen, die von der Staatsanwaltschaft Ravensburg gesucht worden war. Der Geldstrafe zugrunde lag eine Verurteilung wegen Diebstahls. Die Festnahme der Frau gelang, als die Bundespolizei in Pomellen einen Reisebus kontrollierte.

Die 54-Jährige kam ebenso in Haft wie ein 33-jähriger polnischer Mann, der wegen eines Drogendelikts von der Staatsanwaltschaft Hof zur Strafvollstreckung gesucht wurde. Auch in Pomellen stoppte die Bundespolizei ein polnisches Fahr-



Hohe Zahl von Erfolgsmeldungen: Grenzkontrolle bei Görlitz

Foto: pa/photothek

zeug, in dem eine Frau saß, die bei der Kontrolle zunächst einen gültigen polnischen Personalausweis vorwies. Bei einer weiteren Überprüfung bemerkten die Beamten dann aber, dass die Frau und ihr achtjähriger Sohn auch noch in Neubrandenburg gemeldet waren. Dort waren beide allerdings als ukrainische Kriegsflüchtlinge registriert. Nach Angaben der Bundespolizei erklärte die Frau, sie besitze sowohl die polnische als auch die ukrainische Staatsangehörigkeit.

Wie sich erwies, hatte die in der Ukraine geborene Frau neben dem ukrainischen Reisepass auch noch einen deutschen Aufenthaltstitel bei sich. Da die 46-Jährige in Deutschland ihre polnisch-ukrainische Doppelstaatsbürgerschaft bei der Beantragung von Leistungen mutmaßlich verschwiegen hat, stellten die Bundespolizisten Anzeigen wegen Betrugs und der Erschleichung von Aufenthaltstiteln. „Der deutsche Aufenthaltstitel wurde eingezogen“, so ein Sprecher

der Bundespolizei. In Richtung Polen unterwegs war ein 29-jähriger Mann, der in Berlin vermutlich einen Pkw gestohlen hatte. Der Pole hatte zunächst Signale zum Anhalten missachtet und in Pomellen sogar einen Nagelgurt überfahren, den Polizisten ausgelegt hatten. Den Tatverdächtigen konnten dann schließlich doch noch Beamte der gemeinsamen deutsch-polnischen Polizeidienststelle festnehmen, die dem Mann nachgeeilt waren.

Äffchen hinterm Fahrersitz

Eher kurios wirkt der Fall eines Mannes aus den Niederlanden, gegen den der deutsche Zoll ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Im Auto des Mannes hatten die Zollbeamten hinter dem Fahrersitz einen kleinen Affen entdeckt. Der Fahrer gab an, das Tier im Auftrag eines Familienmitglieds zu transportieren. Gegenüber den Zollbeamten hatte er allerdings zunächst erklärt, er habe keine Waren anzumelden. Bei der Kontrolle trat

zutage, dass er für das Tier auch keine Begleitpapiere vorweisen konnte. Das Äffchen landete schließlich zur Verwahrung erst einmal im Tierpark Angermünde.

Weitere Fragen bei den Ermittlern hat auch ein Fahndungserfolg ausgelöst, den die Bundespolizei auf der Stadtbrücke Görlitz erringen konnten. Dort waren den Beamten im Januar drei Georgier aufgefallen, die sich ursprünglich legal in Polen aufgehalten hatten. Allerdings war zum Zeitpunkt der Kontrolle die zulässige Aufenthaltsdauer für Polen und den gesamten Schengen-Raum bereits überschritten.

Bei der weiteren Kontrolle fanden die Polizisten dann bei einem der georgischen Staatsbürger im Innenfutter einer Jacke einen Personalausweis und einen Führerschein der Republik Polen auf. Beide Papiere waren auf eine andere Person ausgestellt. Auf die Frage nach der Herkunft der Dokumente sagte der Georgier, er habe die Jacke auf einem Trödelmarkt in Warschau gekauft.

AUSSCHREITUNGEN

Gewalt bei Rosa-Luxemburg-Demonstration

Beim alljährlichen Kommunisten-Aufmarsch in Berlin wurden Polizisten zum Teil schwer verletzt

Sowohl für die KPD als auch deren Nachfolger, SED, PDS und Linkspartei, gehörte und gehört die alljährlich immer am zweiten Januarwochenende in Berlin abgehaltene Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zu den festen Terminen und Höhepunkten des Jahres. Auch in diesem Jahr befand sich unter den etwa 3000 Demonstrationsteilnehmern die Parteispitze der Linkspartei, Janine Wissler und Martin Schirdewan.

Überschattet wurde die am 14. Januar abgehaltene Gedenkdemo für die 1919 ermordeten KPD-Mitbegründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von schwerer Gewalt. Nach Angaben von Polizei und Staatsanwaltschaft sind Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Gefangenbefreiung, Beleidigung, Volksver-

hetzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet worden. Hinzu kommen Anzeigen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher und terroristischer Organisationen.

Auf der Demonstration wurden zwei Personen wegen des Verdachts besonders schwerer Landfriedensbrüche festgenommen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ ein Richter gegen die beiden Männer Untersuchungshaftbefehle. Dem einen Tatverdächtigen wirft die Staatsanwaltschaft vor, einen Polizisten mit einer Fahnenstange aus Holz „mehrfach und mit voller Wucht“ auf den Kopf geschlagen zu haben. Der attackierte Beamte erlitt dabei eine Gehirnerschütterung. Kurz davor soll der 23-Jährige bereits mit der Fahnenstange auf zwei andere Einsatzkräfte eingeschlagen haben.

Der zweite in Untersuchungshaft genommene Mann sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, sogar mit einer Metallstange auf drei Einsatzkräfte eingedrückt zu haben. Zwei der angegriffenen Polizisten wurden dabei verletzt, konnten aber im Dienst bleiben. Insgesamt sind bei der diesjährigen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 21 Polizeikräfte verletzt worden. Vier Beamte mussten ihren Dienst vorzeitig abbrechen.

Im Lauf der Demonstration, die vom Frankfurter Tor bis zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Friedrichsfelde führte, soll zudem ein Redner von einem Lautsprecherwagen mehrfach „From the river to the sea“ gerufen haben. Die Parole wird als Verneinung des Existenzrechts des Staates Israel und als strafbare Äußerung gewertet. Dementsprechend stoppte die

Polizei den Demonstrationzug auf seinem Weg zum Friedhof Berlin-Friedrichsfelde und nahm den Redner zur Identitätsfeststellung vorübergehend fest.

Dies war für eine Gruppe von Personen, darunter die beiden in Untersuchungshaft genommenen Männer, offenbar Anlass, plötzlich Polizeibeamte anzugreifen. Nach der Demonstration veröffentlichte der Berliner Linkspartei-Abgeordnete Ferat Koçak das Video einer verletzten Demonstrantin. Dazu schrieb der Politiker: „Brutale Polizeigewalt auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Viele verletzte und blutende Teilnehmer*innen.“ Innensenatorin Iris Spranger (SPD) warf Koçak daraufhin vor, nur einen kurzen Ausschnitt des Videos und nicht den kompletten Hergang gezeigt zu haben. H.M.

KOLUMNE

Bellevue Berlin

VON VERA LENGSELD

In den letzten Wochen haben die Bauernproteste, die bundesweit zu Unternehmerprotesten wurden, der Regierung arg zugesetzt. Trotz aller Versuche, die Demonstranten zu diffamieren, der Unterwanderung durch „Rechte“ und der angeblichen Gewalt zu bezichtigen, wurde die Ampel in den Umfragen immer schwächer und muss um ihre Wiederwahl fürchten.

Da wurde ein privates Treffen von zwei Dutzend Leuten im November schamlos zu einer Wannsee-Konferenz 2.0 aufgeblasen und mit einer Propaganda-Welle, die ihre Schwester aus der COVID-19-Zeit noch in den Schatten stellte, die Gefahr von rechts beschworen. Das Ganze wirkt wie von langer Hand vorbereitet. Das „Berliner Ensemble“ kündigte innerhalb von drei Tagen in Kooperation mit anderen Theatern eine „szenische Lesung“ der angeblichen Rechercheergebnisse von „Correctiv“ an, während Kanzler Scholz und Außenministerin Baerbock, ausgerechnet an deren Jahrestag, die DDR-Tradition der Liebknecht-Luxemburg-Demonstrationen wiederbelebten, bei der das SED-Politbüro vornweg marschierte und alle hinterher mussten.

Damals sollen eine Million Menschen dem Aufruf der Partei gefolgt sein. Auch der jüngsten Potsdamer Demo folgten viele, wie in Berlin. Und unser Bundespräsidenten mit Neigung zu gewaltverherrlichenden Hip-Hoppern wie K.I.Z. und Verehrung von Terroristen wie Jassir Arafat ließ seine von der Verfassung geforderte Neutralität fallen, um sich an die Seite der Demonstranten zu stellen. Sie stünden gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf, wollten frei und friedlich zusammenleben, verteidigten das Grundgesetz gegen seine Feinde. Aber unter den Demonstranten waren gewaltbereite „Antifanten“, pro-palästinensische Antisemiten und Linksextremisten von „Extinction Rebellion“, die ausgewiesene Demokratiefeinde sind. Wie peinlich!

MELDUNG

5100 Polen in (West-)Görlitz

Görlitz – Wie aus einer Statistik der Stadt Görlitz hervorgeht, stellen Polen und Ukrainer die größten Gruppen von ausländischen Einwohnern. Insgesamt hat die Einwohnerzahl der Stadt im Freistaat Sachsen im Laufe des vergangenen Jahres weiter abgenommen. Mit rund 57.300 Menschen lebten Ende 2023 in Görlitz etwa 300 Personen weniger als Ende 2022. Deutlich gestiegen ist allerdings die Zahl ausländischer Einwohner. Nach Angaben der Stadtverwaltung liegt deren Anzahl nun bei 8966 Personen. Vor einem Jahr wies die Statistik 8374 ausländische Einwohner aus. Offiziell liegt die Ausländerquote in Görlitz damit mittlerweile bei 15,6 Prozent. Laut der amtlichen Statistik waren zum Ende des Jahres 2023 in Görlitz mehr als 5100 Polen gemeldet. Gefolgt von Asylbewerbern aus Syrien und Afghanistan stellen Ukrainer mit 1400 Personen nun die zweitgrößte Gruppe von Ausländern in der Stadt. H.M.

● MELDUNGEN

Immer weniger Chinesen

Peking – Der Bevölkerungsrückgang in China hat sich im vergangenen Jahr beschleunigt. Laut „Financial Times“ ist dies auf die Folgen der Corona-Pandemie und das verlangsamte Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Analysten gehen davon aus, dass Chinas Bevölkerung im Jahr 2023 auf 1,4 Milliarden zurückgegangen ist. Der natürliche Bevölkerungsrückgang erreichte elf Millionen und überstieg damit neun Millionen Geburten. Darüber hinaus prognostizieren Demographen einen weiteren Rückgang wegen der raschen Alterung der chinesischen Bevölkerung. Wang Feng, ein Experte für chinesische Demographie an der University of California, sagte, das Geburtendefizit von zwei Millionen habe die „Spur von COVID-19“ offengelegt. Chinas natürliche Bevölkerungsrückgangsbetrag im Jahr 2023 7,87 pro 1000 Einwohner, die höchste seit den 1970er Jahren. MRK

„Vielfalt und Inklusion“

Washington – Laut einem Bericht der „New York Post“ will die US-amerikanische Flugsicherheitsbehörde FAA, zu deren 49.000 Mitarbeitern 35.000 Fluglotsen gehören, im Rahmen ihres neuen Diversity-Programms „Vielfalt und Inklusion“ gezielt Behinderte einstellen. Für die FAA zählen dazu vor allem Menschen mit „Hörbehinderungen, Sehbehinderungen, fehlenden Extremitäten, teilweisen Lähmungen, vollständigen Lähmungen, Epilepsie, schwerer geistiger Behinderung, psychiatrischen Behinderungen und Zwergwuchs“. Hierzu teilte die dem Verkehrsministerium unterstehende Behörde mit: „Vielfalt ist ein wesentlicher Bestandteil für die Erfüllung der Mission der FAA, sicheres und effizientes Reisen in unserem Land und darüber hinaus zu gewährleisten.“ Nun haben die örtlichen FAA-Manager die Möglichkeit, im Rahmen von beschleunigten Verfahren Arbeitsverträge mit Behinderten abzuschließen.

W.K.

„Wegweisende“ Entscheidung

Luxemburg – Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat geurteilt, dass Frauen aus sogenannten Drittstaaten wegen häuslicher Gewalt in der EU als Flüchtlinge anerkannt werden können. Ein subsidiärer Schutz kann nach Ansicht des Gerichtshofs gewährt werden, wenn einer Frau in ihrem Herkunftsland ernsthafter Schaden drohe. Verhandelt hatte der EuGH über den Fall einer Kurdin mit türkischer Staatsangehörigkeit, die in Bulgarien um Schutz nachgesucht hatte. Die Frau hatte angegeben, in der Türkei zwangsverheiratet worden zu sein und nach der Scheidung von ihrem Ex-Ehemann und auch von ihrer Herkunftsfamilie bedroht worden zu sein. Eine Vertreterin von Amnesty International Österreich bezeichnet das Urteil des EuGH als eine „wegweisende“ Entscheidung. Über den Fall der Kurdin müssen nun Richter in Bulgarien entscheiden. Dabei sind sie gehalten, die Rechtsprechung des EuGH zu beachten.

H.M.

TÜRKEI

Atatürk ohne Laizität

Wie der Islamist Erdoğan versucht, den religionskritischen „Vater der Türken“ umzudeuten

VON BODO BOST

In der Türkei ist die Ende Dezember gestartete neue Fernsehserie „Rote Knospen“ über die Kluft zwischen säkularem Lebensstil und religiös-konservativen Gruppen auf Druck islamischer Sekten abgesetzt worden. In einer Folge wurde gezeigt, wie ein minderjähriges Mädchen mit einem islamischen Sektenführer zwangsverheiratet werden sollte. Regierungsnahe Medien hatten die prominent besetzte Serie als islamfeindlich kritisiert, einflussreiche Sekten ein Verbot gefordert. Die Opposition hingegen berief sich auf die seit dem Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, in der türkischen Verfassung verankerten Laizität und prangerte islamische Umtriebe an. Unter dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gedeihen streng islamische Sekten, die heute in der Türkei fast drei Millionen Mitglieder haben, aber von Atatürk verboten worden waren.

Fenerbahçe und Galatasaray, zwei der größten türkischen Fußballmannschaften, sollten Ende vergangenen Jahres in Saudi-Arabiens Hauptstadt Riad gegeneinander antreten. Nachdem Fans der beiden Mannschaften das Konterfei Atatürks gezeigt hatten, wurden sie von den Saudis aufgefordert, diese im Stadion zu entfernen. Die Saudis wollten also Atatürk, den Vater der Nation bis heute, bei einem großen türkischen Sportereignis verbieten. Die Hölle brach los. Beide Mannschaften und ihre Fans verließen vor Spielbeginn Saudi-Arabien wutentbrannt.

Dabei hat sich Saudi-Arabien gerade erst für die Fußballweltmeisterschaft 2030 beworben. Die Fernsehsender der türkischen kemalistischen Oppositionspartei CHP beschuldigten die Erdoğan-Regierung, so etwas zuzulassen. Der CHP-Bürgermeister von Ankara benannte die Straße um, in der sich die saudische Botschaft befindet, und ein Istanbuler Bürgermeister ließ ein Bild von Atatürk

vor dem saudischen Konsulat in Istanbul, in dem der saudische Staatsbürger Jamal Khashoggi 2019 vom saudischen Geheimdienst ermordet worden war, aufhängen.

Atatürk-feindlich sein ...

Die islamische Tradition der Türkei, mit der Erdoğan und seine Gesinnungsgenossen groß geworden sind, ist ausdrücklich gegen Atatürk. Auch wenn Erstere nun an der Macht sind, haben sie doch feststellen müssen, dass sie seine Verfassung zwar haben aushöhlen können, dass er selbst aber eine zu mächtige Figur ist, um sie über Nacht oder auch nur innerhalb einer einzigen Generation niederreißen zu können. Erdoğan hätte nie einen Wahlkampf gewonnen, wenn er ausdrücklich mit seinen antikemalistischen Überzeugungen geworben hätte. Also hat er den Republikgründer umgedeutet. Sein Atatürk ist nicht der Gründer einer säkularen, westlich orientierten Republik, sondern der Held von Gallipoli im Ersten Weltkrieg –

der eigentlich der deutsche General Liman von Sanders war – und der General des türkischen Unabhängigkeitskrieges, ein Mann, der sich tapfer gegen die westlichen Mächte gewehrt und den Diktatfrieden von Sèvres nie anerkannt, geschweige denn umgesetzt habe.

Türkische Beamte eifern im Allgemeinen Erdoğan's nuancierter Haltung in dieser Frage nach. Deshalb gab der Sprecher der türkischen Regierungspartei AKP, Ömer Çelik, bei Ausbruch der Krise mit Saudi-Arabien eine trockene Erklärung ab, in der er die Saudis verurteilte. Aber die meisten Menschen glauben das nicht wirklich. Die Nachricht kursierte, dass die türkischen Behörden zunächst einem Atatürk-Verbot zugestimmt, die Teams aber dabei nicht mitgemacht hätten.

... aber Atatürk-freundlich scheinen

Das Problem des türkischen Regimes ist, dass seine kollektive Umdeutung Atatürks viel Energie und Koordination erfordert. Meistens eifert die Elite Erdoğan nach, wenn es darum geht, ihren Antikemalismus zu verschleiern, aber hin und wieder entgleiten ihr Dinge, vor allem wenn Ausländer beteiligt sind. Wahrscheinlich dachten die Saudis, die meisten Türken seien wie die Menschen, mit denen sie Geschäfte machen, und die Leute, die den Deal aushandelten, dachten wahrscheinlich, sie könnten die Dinge am Tag des Spiels klären. Sie wurden nachlässig.

Ein Teil des Problems bestand darin, dass es nicht irgendein Land war, das Atatürk verbot, sondern Saudi-Arabien. Ein Teil des wahhabitischen Königreichs gehörte bis 1918 zum Osmanischen Reich. Deshalb beanspruchten türkische Nationalisten und radikale Moslems eine gewisse Überlegenheit gegenüber den Arabern, die sie als generell rückständig betrachteten. Dies ist umso schmerzlicher, als sich die Kemalisten heute wirtschaftlich und politisch entmachteten fühlen.

Nicht nur, dass sie fest unter der Fuchtel von Erdoğan's radikal-islamischem Regime stehen, dieses Regime scheint auch von der Freigebigkeit der saudisch geführten Golfstaaten abhängig zu sein. Hinter der Wut steckt also Verzweiflung, die Vorstellung, dass die Türkei schwach sei und zum Verkauf stehe. Eine große und starke Türkei wollen jedoch türkische Nationalisten und Moslems.



Statt den Modernisierer der Türkei offen zu bekämpfen, bemüht sich die AKP-Regierung um eine Übertragung der Popularität des toten ersten auf den lebenden aktuellen Präsidenten: Plakate von Atatürk (l.) und Erdoğan einträchtig nebeneinander in der Türkei

WISSENSCHAFT

Welle von Fake-Studien in Fachzeitschriften

Sogenannte Paper Mills stellen sogar grotesk dreiste Fälschungen auf Wunsch her

Die interdisziplinäre britische Wissenschaftszeitschrift „Nature“ gehört neben der US-amerikanischen „Science“ zu den angesehensten Fachblättern weltweit. Umso schwerer wiegen die Vorwürfe, die „Nature“ nun in einem Artikel mit der Überschrift „Im Jahr 2023 wurden mehr als 10.000 Forschungsarbeiten zurückgezogen – ein neuer Rekord“ erhebt. Der Grund für die formellen Rücknahmen der Artikel war stets der Gleiche: Jemand hatte sie nach ihrem Erscheinen als Fake-Aufsätze entlarvt. Es handelte sich also nicht um Plagiate beziehungsweise Produkte von Ghostwritern, sondern um wissenschaftliche Fachtexte, die auf manipulierten, gefälschten oder komplett erfundenen Daten beruhten.

An der Spitze der Verlage, die solche Arbeiten veröffentlichten, stand die Hin-

dawi Publishing Corporation in London, die seit 2021 zu dem renommierten Verlagshaus John Wiley & Sons gehört. Hindawi brachte 8000 gefälschte Aufsätze heraus. Diese stammten zumeist aus sogenannten Paper Mills (Papiermühlen). Das sind kommerzielle Unternehmen, die wissenschaftliche Fachartikel herstellen und dann möglichst teuer verkaufen. Dabei gehen sie zweigleisig vor. Entweder werden Autoren und Gutachter erfunden oder die Paper Mills produzieren Beiträge für Forscher, die nichts Substantielles zu bieten haben, aber unter Publikationszwang stehen, da sie sich im Kampf um Fördermittel oder attraktive Posten befinden.

Die meisten dieser Wissenschaftler sitzen in Saudi-Arabien, Pakistan, Russland, China, Ägypten und Malaysia. Nicht

nur bei den Herkunftsländern der Wissenschaftler, sondern auch bei deren Fachgebieten gibt es Schwerpunkte. Laut „Nature“ sind das die Technik- und Computerwissenschaften, die Medizin und die Umweltwissenschaften. Die Vorgehensweise der Fälscher ist dabei teilweise derart dreist oder dilettantisch, dass sie alleine schon deshalb vor der Drucklegung durchschaut werden könnte.

So publizierte Hindawi den Artikel eines chinesischen Forscherteams über Lungenentzündungen bei Neugeborenen, in dem es hieß: „180 Kinder wurden zwischen September 2016 und November 2020 im xxx-Krankenhaus aufgenommen, und die Studie an diesen wurde vom xxx Medical Ethics Committee genehmigt“. Die drei „x“ zeigen, dass es sich bei diesem Text um das Produkt ei-

ner Paper Mill handelt, das an die Meistbietenden verhökert wurde, die es dann versäumt haben, den Namen ihrer Klinik an die Stelle des Platzhalters „xxx“ zu setzen.

Auf die Presseanfrage an das Verlagshaus John Wiley & Sons, ob unter den aufgefolgten Fake-Artikeln auch solche waren, die politisch erwünschte Ergebnisse – beispielsweise im Zusammenhang mit dem angeblich menschgemachten Klimawandel oder dem brisanten Thema Corona – enthielten, erfolgte keine Antwort. Ebenso fehlen in der „Nature“-Studie Angaben hierzu. Bekannt ist nur, dass Wiley nun beschlossen hat, künftig auf die Verwendung des für immerhin fast 300 Millionen US-Dollar erworbenen Markennamens Hindawi zu verzichten.

Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

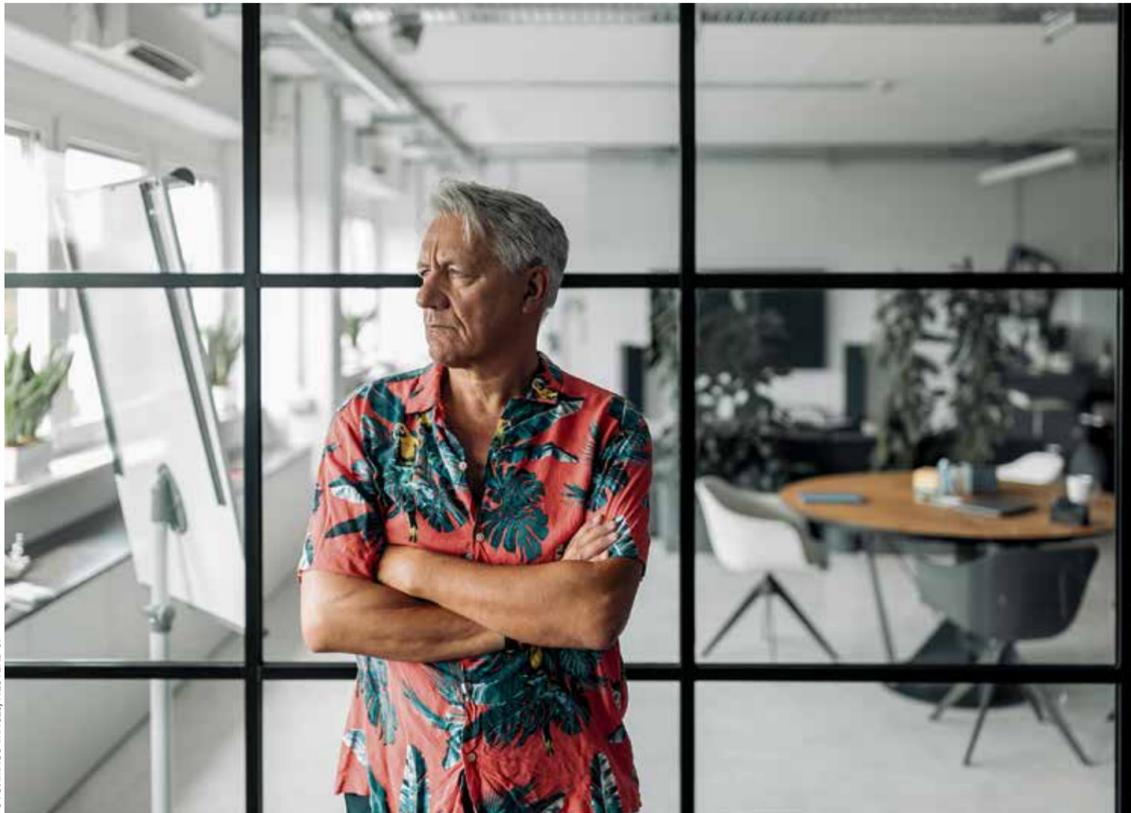
Um die Sicherung der Rente gibt es in Deutschland seit Jahren ein erbittertes Tauziehen. Durch die fortschreitende Alterung der deutschen Bevölkerung geraten die sozialen Sicherungssysteme zunehmend unter Druck. Die Jahrgänge der 1990er und 2000er Jahre sind im Vergleich zu der Babyboomer-Generation der 1950er und 1960er deutlich schwächer besetzt. Schrittweise wird das Rentenalter derzeit von 65 auf 67 Jahre angehoben. Doch glaubt man Experten, dann wird das nicht reichen.

Das ifo Institut Dresden hat sich in einer Situationsanalyse dafür ausgesprochen, das Rentenalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. „Einige unserer Nachbarländer haben das bereits beschlossen, so die Niederlande, Schweden und Finnland“, sagt ifo-Rentenexperte Joachim Ragnitz. In den Niederlanden werde folgende Regel angewendet: Wenn die Menschen drei Jahre länger leben, müssen sie zwei Jahre länger arbeiten und bekommen ein Jahr länger Rente. Das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen würde damit auch nach dem Jahr 2040 stabil bei rund 40 Prozent liegen und nicht auf fast 50 Prozent steigen, wie derzeit prognostiziert.

Zu viele Empfänger bei zu wenigen Beitragszahlern

Das grundsätzliche Problem ist seit Jahren bekannt. Aufgrund der Alterung der Gesellschaft stehen bei der Rente auf Dauer zu viele Empfänger zu wenigen Beitragszahlern gegenüber. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, auch bekannt als die sogenannten Wirtschaftsweisen, kam kürzlich zu einem ähnlichen Ergebnis und empfahl in einem Gutachten, das Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus anzuheben, wenn die allgemeine Lebenserwartung weiter steige.

„In Deutschland wird der stärkste Alterungsschub in den nächsten 15 Jahren stattfinden. Daher müssen die langfristig wirkenden Reformen ergänzt werden durch Maßnahmen, die bereits in der kurzen Frist wirken. Das Sicherungsniveau festzuschreiben, wie es die Bundesregierung aktuell plant, ist keine nachhaltige Lösung, sondern verstärkt den absehbaren Anstieg der Beitragssätze noch“, teilten die Wirtschaftsweisen mit. Auch die Deutsche Rentenversicherung hatte sich in der Vergangenheit offen für eine neue Debatte über längeres Arbeiten gezeigt. Das Ifo Institut regte zudem an, die Rentensteigerungen nicht mehr wie bisher an die Lohnsteigerungen zu koppeln, sondern an die Inflationsrate, die im Regelfall niedriger



Düstere Aussicht für Arbeitnehmer: Nicht alle wollen über das Renteneintrittsalter hinaus weiterarbeiten

RENTENEINTRITTSALTER

Arbeiten auch über 67 Jahre hinaus angedacht

ifo-Experten sagen seit Jahren den Zusammenbruch des Solidarprinzips voraus – Laut Hubertus Heil kann mehr Migration zur Lösung des Problems beitragen

sei. Damit ließe sich der Anstieg der Rentenausgaben verlangsamen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hatte sich zuletzt aber wenig zugänglich für derartige Vorschläge gezeigt. „Viel relevanter als das gesetzliche Renteneintrittsalter ist, wie lange die Menschen tatsächlich arbeiten. Aktuell liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei 64,2 Jahren. Mein Ziel ist es, dass künftig mehr Menschen gut und gesund über dieses Alter hinaus arbeiten können und es flexible Übergänge in den Ruhestand gibt“, sagte der Sozialdemokrat. Eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über 67 hinaus werde es mit ihm nicht geben.

In vielen Berufen, etwa in der Logistik, in der Pflege, im Handwerk und auf Baustellen, könnten Menschen mit 68, 69 oder 70 nicht mehr arbeiten. Für diese Bürger

würde eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nichts anderes bedeuten als eine Rentenkürzung. „Ich werde die Renten nicht kürzen“, sagte Heil.

Heil gegen Rentenkürzungen

Eine Forderung, die seit Jahren oft erhoben wird, teilen die Ifo-Forscher unterdessen nicht. Die Selbstständigen und Beamten in die Beitragszahlung einzubeziehen, habe keine nachhaltigen Effekte. Im Gegenteil. Diese Lösung würde die Rentenkassen zwar kurzfristig entlasten, langfristig jedoch würden die Auszahlungen für diese Gruppen erheblich höher ausfallen, unter anderem, weil sie eine höhere Lebenserwartung hätten.

Arbeitsminister Heil hatte in der Vergangenheit wiederholt ein Ende der Sonderbehandlung für Beamte in der Alters-

versorgung gefordert. Experten wiesen jedoch auf hohe rechtliche Hürden, die dafür zu bewältigen wären. Reinhold Thiede, Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung der Deutschen Rentenversicherung, verwies zudem auf ein kurzfristiges Problem: „Wenn man alle Beamten schlagartig mit einbezieht, sodass die Rentenversicherung auch für die Versorgung derer aufkommen muss, die bereits im Ruhestand sind, wäre das ein sehr schlechtes Geschäft. Die Pensionen sind im Schnitt höher als die Renten. Wir müssten also sehr viel mehr bezahlen.“

Heil hat übrigens noch eine Idee, wie die Zahl der Beitragszahler künftig ansteigen könne. Im Zweifel solle mehr Migration für Abhilfe sorgen. Und das erhöhte Bürgergeld sei als Anreiz für den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu sehen.

TOURISMUS

Caravaning-Boom bringt Milliardenumsatz

Neuer Ausbildungsberuf – Chancen für Quereinsteiger wegen des hohen Fachkräftebedarfs

In den sozialen Netzwerken bieten zahlreiche Betreiber von Stellplätzen für Wohnmobile und Wohnwagen ihre Dienste an. Verstärkt gesellen sich auch Hotels, Restaurants, Bauernhöfe oder Weingüter neben klassischen Campingplätzen dazu, indem sie ganzjährig Übernachtungsmöglichkeiten anbieten. Viele Gemeinden schaffen neue Stellplätze, teilweise mit viel Komfort. Der langjährige, im Fachjargon Caravaning genannte, Urlaubstrend bietet auch touristisch weniger entwickelten Regionen die Möglichkeit, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und von den oft zahlungskraftigen Kunden zu profitieren.

Von dem Boom profitiert inzwischen nicht nur die Tourismusbranche. Laut einer Untersuchung des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr (dwif) haben Carava-

ning-Urlauber der deutschen Wirtschaft im Jahr 2020 einen Umsatz von gut 18 Milliarden Euro beschert. Das ist ein Anstieg von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Knapp sechs Milliarden Euro kommen der Wirtschaft vor Ort zugute, da die Camper nicht nur für Museumsbesuche und Besichtigungen Geld ausgeben, sondern auch für Restaurantbesuche, Kleidung und Wellnessangebote. Laut der dwif-Studie bewirkt ein Euro Wertschöpfung durch die Beherbergung auf einem Campingplatz insgesamt zwölf Euro Wertschöpfung bei allen direkten oder indirekten Akteuren in der Umgebung. Berücksichtigt wurden dabei die Ausgaben der Urlauber während der Reise und die anfallenden Fahrtkosten.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Caravaning eine krisenfeste Urlaubs-

form ist. Zu dem Boom haben neben vielfältigen und individuellen Angeboten nicht zuletzt die Corona-Beschränkungen seit 2020 beigetragen. In Deutschland sind 1,6 Millionen Freizeitfahrzeuge zugelassen. Allerdings ist die Zahl der Gesamtneuzulassungen (90.365) 2023 erstmals nach Jahren leicht rückläufig (minus 0,7 Prozent), wie auch der Export. Vergangenes Jahr wurden insgesamt 51.984 Fahrzeuge (minus 4,8 Prozent) exportiert.

Die insgesamt positive Entwicklung der Branche hat zu einem hohen Bedarf an Fachkräften bei Fahrzeugherstellern und -händlern geführt. Hersteller und Handel beklagen derzeit einen Mangel an qualifiziertem Personal. Um dem entgegenzuwirken, hat das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gemeinsam mit dem Caravaning Industrie Verband

e.V. im Rahmen einer Neuordnung des Ausbildungsberufs „Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker“ eine neue Fachrichtung für den Ausbildungsberuf „Caravan und Reisemobiltechnik“ entwickelt. Seit Mai 2023 können Händler und Hersteller Ausbildungsverträge für die dreieinhalb Jahre dauernde Ausbildung abschließen.

Der Boom insbesondere bei Wohnmobilen bringt allerdings nicht allen ungehörte Freude. Die Urlauber beklagen, dass Camping- und Stellplätze überfüllt seien, das Ausweichen auf öffentlichen Parkraum von vielen Gemeinden unterbunden werde und die Freiheit des Campens nicht mehr gegeben sei. In vielen Städten konkurrieren Pkw-Fahrer mit Wohnmobilen zudem um Parkplätze. Ein Ende des Trends ist dennoch nicht absehbar. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Russen kaufen wieder Handys

Moskau – Nachdem der russische Markt für Mobiltelefone aufgrund des Rückzugs westlicher Firmen und einer folgenden Krise bei der Versorgung mit Halbleitern im Jahr 2022 ein deutliches Defizit hatte verzeichnen müssen, nimmt der Verkauf seit verganginem Jahr wieder Fahrt auf. Lieferketten wurden erneuert, das Halbleiterproblem gelöst. Zwar verzichteten 2023 noch viele Russen auf den Kauf eines neuen Handys, allerdings stieg die Nachfrage nach Premiumgeräten. Wurden im vergangenen Jahr nur 27 Millionen Smartphones verkauft, so gehen Experten für dieses Jahr von 1,17 Milliarden Einheiten aus. Nach wie vor sind die Spitzenmodelle von Apple, Samsung und Xiaomi beliebt, die über China geliefert werden. *MRK*

Blockade ausgesetzt

Warschau – Nach einer monatelangen Blockade von drei Grenzübergängen zur Ukraine haben polnische Transportunternehmer angekündigt, ihre Aktion vorerst bis zum 1. März einzustellen. Wie Infrastrukturminister Dariusz Klimczak von der Polnischen Bauernpartei (PSL) erklärte, haben die Lkw-Fahrer eine entsprechende Vereinbarung mit Vertretern der Speditionsbranche unterzeichnet. Rafał Mekler, einer der Organisatoren der Proteste, sagte, man gebe dem Infrastrukturministerium einen Vertrauensvorschuss. Sollte allerdings keine Lösung gefunden werden, werde man die Blockaden wieder aufnehmen. Aus Protest gegen einen als ungerecht empfundenen Wettbewerb durch ukrainische Unternehmen hatten polnische Spediteure seit Anfang November die drei Grenzübergänge blockiert. Nach langen Verhandlungen mit dem ebenfalls von der PSL stammenden Landwirtschaftsminister Czesław Siekierski haben Anfang Januar bereits polnische Landwirte angekündigt, ihre Blockade des Grenzübergangs Medyka auszusetzen. *H.M.*

Neue Regeln nach Brand

London – Die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) erarbeitet seit letztem August verschärfte Regeln für die Sicherheitsvorkehrungen beim Transport von Elektrofahrzeugen auf Schiffen. Anlass ist der Brand des niederländischen Autotransporters „Freemantle Highway“. Eine IMO-Sprecherin begründete diese Reaktion mit der „zunehmenden Zahl von Zwischenfällen mit Bränden, die auf die Beförderung von Fahrzeugen mit alternativen Energien, einschließlich Autos mit Lithium-Ionen-Batterien, zurückzuführen sind“. Ende Juli hatte ein Sprecher des Verbands Deutscher Reeder (VDR) demgegenüber mitgeteilt, es sei bisher nicht nachgewiesen, dass eine erhöhte Gefahr von E-Autos ausgehe. Der chinesische Elektroautohersteller BYD hat kürzlich das erste von insgesamt acht eigenen Frachtschiffen für jeweils 7000 Fahrzeuge zum Export seiner E-Autos übernommen. Diese sind mit modernsten Sicherheits- und Löschsystemen ausgestattet. *D.J.*

ANALYSE

Am Scheideweg

BODO BOST

Die Niederlande sind zwar eines der am dichtesten besiedelten Länder Europas, aber auch eines der am meisten von der Landwirtschaft geprägten, man denke nur an den legendären holländischen Käse. Kein Wunder, dass, als dieser Käse 2019 in Gefahr geriet, die Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) der selbstbewussten Journalistin Caroline van der Plas wie Phönix aus der Asche im Handumdrehen die Führung in der niederländischen Parteienlandschaft eroberte.

Fast drei Millionen Wahlberechtigte haben im März 2023 bei der Wahl ihrer zwölf Provinzparlamente die BBB zur stärksten Partei gemacht. Jede fünfte Stimme ging an die Bauern-Bürger-Bewegung und brachte der Partei 15 der 75 Mandate in der Länderkammer des Parlaments ein. Dort ist sie zur stärksten Kraft geworden.

Erstmals war die BBB bei den Parlamentswahlen 2021 angetreten, erreichte aber nur ein Prozent der Stimmen. Das unerwartete Wahlergebnis von 2023 erhöhte den Druck auf die Vier-Parteien-Koalition des Ministerpräsidenten Mark Rutte. Seine Regierung plante, nach EU-Vorgaben und einem Urteil des Obersten Gerichts die Stickstoff-Regeln der EU in der Landwirtschaft konsequent umzusetzen. Die Landwirte sollten die Rechnung bezahlen.

Wilders an BBB vorbeigezogen

Bis 2030 sollten die Stickstoffemissionen um 50 Prozent gesenkt werden. Das hätte das Aus für ein Drittel aller niederländischen Höfe bedeutet. Deswegen war es seit 2019 zu anhaltenden Protesten der niederländischen Bauern gegen die Stickstoffpolitik der Regierung Rutte gekommen, woraus die BBB entstanden ist. Mittlerweile versteht sich die BBB jedoch nicht mehr nur als Stimme der Bauern, sondern für den gesamten benachteiligten ländlichen Raum.

Als die heterogene Vier-Parteien-Koalition aus Rechts- und Linksliberalen, Christdemokraten und gemäßigten Calvinisten nach einem Streit um schärfere Asylregeln im Sommer 2023 auseinanderbrach, sollte eigentlich bei den Neuwahlen die Stunde der BBB kommen. Noch schneller als weithin erwartet trat sie in den Mittelpunkt. Aber das Hauptthema im Wahlkampf war nicht mehr der Streit über eine weniger inten-

sive Landwirtschaft, der die Bauern auf die Barrikaden gebracht hatte – und viele von ihnen zur BBB –, sondern die unregulierte Immigration. Deshalb konnte die BBB bei den Parlamentswahlen vergangenen Herbst die Anzahl ihrer Sitze zwar von eins auf sieben erhöhen, ihren Erfolg von 20 Prozent vom März jedoch nicht wiederholen.

Die Parlamentswahl im November gewann stattdessen die PVV von Rechtspopulist Gert Wilders mit 20 Prozent. Doch auch die BBB mit Parteichefin van der Plas könnte an einer neuen Regierung beteiligt sein, die Verhandlungen laufen noch. Allerdings bleibt die Regierungsbildung schwierig. In den Niederlanden gibt es keine Vorgabe wie die deutsche Fünf-Prozent-Klausel: 28 Mandate entfielen auf insgesamt neun kleine Parteien, die alle unter fünf Prozent rangieren.

Schwierige Kabinettsbildung

Die PVV von Gert Wilders gilt in den Niederlanden als politischer Paria. Vertreter mehrerer politischer Parteien hatten eine Regierungszusammenarbeit mit ihr vor der Wahl schon ausgeschlossen. Sollte ein Bündnis unter Regierungsbeteiligung der PVV dennoch zustandekommen, ob mit oder ohne BBB, so hat Wilders schon angekündigt, die Stickstoffpolitik der Vorgängerregierung in den Niederlanden deutlich aufzuweichen.

Den mit rund 24 Milliarden Euro ausgestatteten Stickstofffonds zur Senkung der entsprechenden Emissionen will Wilders ganz abschaffen. Außerdem plant er, die Klimaziele abzumildern. Auch in der Tierschutzpolitik, so hat er angekündigt, will er den Landwirten weniger Vorgaben machen. Entscheidend für die Agrarpolitik wird allerdings unter einer Regierung mit der PVV die Positionierung zur EU sein, die mit ihren gesetzlichen Grundlagen die Landwirtschaft ins Abseits treibt.

Wilders hatte in der Vergangenheit mehrfach einen Nexit gefordert, einen Austritt der Niederlande aus der EU, allerdings im Wahlkampf davon Abstand genommen. Sollte an der PVV vorbei ein Regierungsbündnis gebildet werden, was mindestens fünf Parteien einschließen müsste, dürfte sich hingegen für die niederländischen Landwirte wenig ändern. Dann wird ihr Protest weitergehen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

FOTO: PAKESTONE

Der Wirtschaftsminister und Vizekanzler des EU- und NATO-Mitgliedstaates Deutschland wurde in einen kleinen Saal mit kaum 90 Sitzplätzen verwiesen, um seine Rede zu halten: Robert Habeck auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos

KOLUMNE

Der Westen steigt ab

FLORIAN STUMFALL

Das Deutschlands grüner Wirtschaftsminister Robert Habeck das Weltwirtschaftsforum in Davos besucht hat, gehört zu den Obliegenheiten seines Amtes und ist insofern auch nicht verwunderlich; schließlich muss man dort ja keinen ökonomischen Sachverstand nachweisen. Dass aber ein führender Vertreter Deutschlands in einen kleinen Saal mit kaum 90 Sitzplätzen verwiesen wurde, um seine Rede zu halten, gleicht einer gezielten Beleidigung.

Doch der Vorgang hat noch einen zweiten Aspekt, eine ungewollte Symbolik. Deutschland in der zweiten Reihe, sozusagen im Hinterzimmer als ein Teilnehmer der minderen Art – das berührt nicht nur das Land allein, sondern die gesamte EU. Deren Selbstverständnis als dasjenige einer bestimmenden Macht auf diesem Globus scheint mit der Wirklichkeit nicht zu harmonieren. Gleichgültig, ob man Habeck demütigen wollte, weil man von ihm ohnehin nichts erwartete, oder ob es Deutschland als Staat treffen sollte – die Sache hinterlässt ein ungutes Gefühl.

Hier aber kommt der transatlantische Partner ins Spiel, die USA, die über die NATO in der EU einen bestimmenden Einfluss ausüben. In dieser Gemeinsamkeit wird man doch in Europa an alte Größe glauben dürfen, möchte man meinen und glaubt es gern, aber auch hier ist die Fassade prunkvoller als das, was sie deckt.

Das Selbstbewusstsein der USA ist nach wie vor geprägt von dem triumphalen Gefühl angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetunion im Jahre 1991. Im darauffolgenden Dezenium war Russland vernichtet, US-Firmen schöpften die Kohlenwasserstoffe und Mineralien aus Sibirien ab, im Moskauer Kreml zogen CIA-Beamte als Berater die politischen Fäden, und China zählte noch nicht auf der Weltbühne. In den 90ern war es denn auch, dass der US-Professor, Präsidentenberater und globale Strategie Zbigniew Brzezinski sein Buch „Die einzige Weltmacht“ veröffentlichte. Untertitel: „Amerikas Strategie der Vorherrschaft“.

„Die einzige Weltmacht“ war einmal

Doch wenige Jahre später stand diese Strategie bereits in Frage, und Brzezinski nahm sein Buch vom Markt. Er hatte erkannt, dass sich seine Thesen nicht mehr länger halten ließen. Die CIA-Agenten und

Erdölfirmer der USA waren aus Russland verwiesen worden, das Land erholte sich daraufhin erstaunlich schnell, und im Fernen Osten geschah ein wahres Wetterleuchten: der Aufstieg Chinas zur Großmacht. Seither haben sich die strategischen Schwerpunkte der Weltpolitik grundlegend verschoben und zwar zum Nachteil des Westens. Dies ist im Wesentlichen auf drei Gründe zurückzuführen.

Da ist als erstes die Sache mit den Finanzen. Politik braucht Geld, und Krieg zu führen, wie es die USA so gut wie ständig tun, braucht noch mehr Geld. So sieht

eines Landes und damit nach dem Standard des Militärs. Ein seit alter Zeit liebgewonenes Bild zeigt Russland diesbezüglich als schwerfällig, gusseisern und zurückgeblieben. Niemand scheint einzubeziehen, dass die USA bis in die jüngste Zeit Raketentriebwerke in Russland kaufen und ihre Astronauten mit russischen Raketen zur Internationale Raumstation (ISS) bringen lassen mussten. Was für die zivile Raumfahrt gilt, gilt ebenso fürs Militär. Hier aber ist zu bedenken: Wenn man seinem Gegner einen Gefallen erweisen will, soll man ihn unterschätzen.

Drei Gründe für den Abstieg

Schließlich, drittens, die Bündnispolitik. Die USA betrachten die EU als ihr Trittbrett nach Eurasien, und die EU wird tatsächlich weitem als Vasall der USA wahrgenommen. Das erleichterte es in der Vergangenheit immer mehr Ländern, sich auf ihre Selbständigkeit zu besinnen und auf dieser Grundlage eine eigene Bündnispolitik zu treiben. Da sticht die Staatengemeinschaft BRICS hervor, wobei zu Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zu Jahresbeginn Ägypten, Äthiopien, der Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate gekommen sind. Die BRICS-Gemeinschaft repräsentiert 45,4 Prozent der Weltbevölkerung und 35,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach Kaufkraftparität. Zu den zahlreichen Anwärtern gehören beispielsweise Algerien, Indonesien, Venezuela, Thailand oder auch Bolivien.

Als weitere Stichwörter mögen die Neue Seidenstraße oder auch die Shanghai-Organisation genügen. Dieser Entwicklung leisten die USA und mit ihnen die EU dadurch Vorschub, dass sie diese nicht wahrzunehmen, geschweige denn sich darauf einzurichten scheinen. So ist immer noch die Rede, von der „Exzeptionalität“ der USA, eines angeblichen schicksalsgewollten und von den Pilgervätern grundgelegten Ausnahmerranges, und von einer regelbasierten Ordnung, deren Regeln ausschließlich die USA zu bestimmen hätten. Doch immer mehr Länder wenden sich von diesem Konzept ab, und weltweit erhebt sich Widerspruch. Der Einfluss der USA aber, soweit er nicht auf Gewalt beruht, ist dabei, sich auf die EU und Japan zu beschränken.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Der Einfluss der USA ist, soweit er nicht auf Gewalt beruht, dabei, sich auf die EU und Japan zu beschränken

sich Washington einem Schuldenberg von derzeit 34 Billionen US-Dollar gegenüber. Bislang hält das Finanzkonstrukt der USA noch stand, weil die meisten internationalen Geschäfte in Dollar verrechnet werden, was ihn durch die daraus gegebene Nachfrage stärkt. Doch mehr und mehr Länder verzichten darauf, vor einem Handel mit Dritten zuerst teuer Dollar einzukaufen, und treiben ihren Außenhandel auf der Grundlage ihrer eigenen Währungen oder aber mit dem chinesischen Yuan als Bezugsgröße. Der Dollar ist längst dabei, seine Rolle als Weltreservewährung zu verspielen. Es stellt sich heraus: Man braucht sie gar nicht.

Nicht weniger verschuldet sind die Länder der EU, allen voraus Deutschland und Frankreich mit Summen von etwas weniger beziehungsweise mehr als drei Billionen Euro. Die Verschuldung aller 27 EU-Länder zusammen beläuft sich auf zwölf Billionen Euro. Dazu kommt, dass neuerdings die EU-Kommission eigenständig Schulden macht, widerrechtlich und ebenfalls in Billionen-Höhe. Die Verschuldung der EZB durch ihre ebenfalls widerrechtliche Staatsfinanzierung reicht in dieselbe Größenordnung.

Der zweite Punkt ist die Frage nach der technologischen Leistungsfähigkeit

VON HARALD TEWS

Mit Preußen hatte Hugo von Hofmannsthal naturgemäß als Wiener so seine Schwierigkeiten. Zum einen pflegte er eine Brieffreundschaft mit einem preußischen Unternehmer (siehe Seite 11). Zum anderen betonte er in ironischer Weise gegenseitige Vorurteile. In einer schematischen Gegenüberstellung von Stereotypen beider Völker, die im Kriegsjahr 1917 in der Berliner „Vossischen Zeitung“ erschienen war, bezeichnet er den Preußen als „selbstgerecht, anmaßend, schulmeisterlich“, während der Österreicher „verschämt, eitel, witzig“ sei.

Gut möglich, dass bei den letzteren Eigenschaften der Autor an sich selbst gedacht hat. Mit verschämten, eitlen und witzigen Dramen und Gedichten wurde der am 1. Februar 1874 geborene Hofmannsthal schon früh zum Star der Wiener Moderne, zu der Dichterkollegen wie Arthur Schnitzler, Joseph Roth, Karl Kraus und Robert Musil, Maler wie Gustav Klimt oder Egon Schiele, Komponisten wie Gustav Mahler, Arnold Schönberg, Hugo Wolf, Alban Berg oder Anton von Webern sowie Sigmund Freud mit seiner „Traumdeutung“ zählten.

Heute ist sein Name jedem geläufig, aber sind es seine Werke auch noch? Anders als ein anderer großer moderner Autor aus dem Habsburgerreich, dessen dieses Jahr gedacht wird: der vor 100 Jahren gestorbene Franz Kafka, wird Hofmannsthal weniger gelesen als gesehen – und gehört. Sein Mysterienspiel „Jedermann“ gehört seit 1920 zum alljährlichen Aufführungsritual der Salzburger Festspiele, die Hofmannsthal mitbegründet hat.

Zunächst hatte er gehofft, sein allegorisches Schauspiel „Das Salzburger große Welttheater“ würde ihn auf den Festspielen unsterblich machen. Es kam anders. Heute strömt das Publikum jeden Sommer nach Salzburg, um über dem Domplatz den lang gezogenen Ruf „Jee-deer-mann“ erschallen zu hören, mit dem der personifizierte Tod aus verschiedenen Richtungen zum finalen Bühnentanz auffordert. Die Rolle des Jedermann gilt als Auszeichnung in der Schauspielwelt.



Auszeichnung für Schauspieler: Die Rolle in Hofmannsthal „Jedermann“ in Salzburg, hier mit Lars Eidinger und Edith Clever als „Tod“

Auch mit anderen Bühnenwerken wird der Name Hofmannsthal dauerhaft verbunden sein: mit jenen sechs Opern von Richard Strauss, für die er die Librettos schrieb. Noch viele nachfolgende Generationen dürften sich in den Opernhäusern der Welt an „Elektra“, „Der Rosenkavalier“, „Die Frau ohne Schatten“ oder „Arabella“ erfreuen.

Ob Salzburg oder Strauss – überall steckt Hofmannsthal drin, ohne dass es den meisten bewusst ist. Sein Schicksal ist, dass fast alle seiner anderen über zwei Dutzend Dramen von den Spielplänen der Theater inzwischen verschwunden sind. Das dürfte sich auch im Jubiläumsjahr kaum ändern. Dabei hatte er zu Lebzeiten einen rasanten Aufstieg erfahren. Bereits mit Mitte zwanzig und der Veröffentlichung einiger Gedichte wurde er als Genie hofiert. Der Lyrikerkollege Stefan

George warb darum, ihn in seinen elitären Dichterkreis aufnehmen zu dürfen.

Zu diesem Zeitpunkt stand Hofmannsthal bereits an einem poetischen Scheidepunkt, den er 1902 in seinem sogenannten Chandos-Brief selbst ausdrückte: Ihm fehlten die Worte, um die Welt erfassen zu können. So schrieb er in dem sprachkritischen Essay: „Es ist mir völlig die Fähigkeit abhanden gekommen, über irgend etwas zusammenhängend zu denken oder zu sprechen.“

Ein Manifest der Moderne

Der fiktive „Brief“ – Hofmannsthal lässt darin den Lord Chandos an den englischen Renaissance-Philosophen Francis Bacon schreiben – ist so etwas wie ein Manifest der Moderne. Damit hat Hofmannsthal den sich im Fin de Siècle unter vielen Schriftstellern manifestierenden Sprach-

skeptizismus zum Ausdruck gebracht. Gegen Ende der fast 68 Jahre dauernden Regierungszeit Franz Josephs I. flüchteten sich viele Autoren in einen Ästhetizismus, der den starren und verkrusteten Gesellschaftsformen entsprach, aber keinen Ausweg mehr zu einer lebendigen Poesie fand.

Hofmannsthal drückte das in seinem 1899 entstandenen, aber erst posthum veröffentlichten Werk „Das Bergwerk zu Falun“ aus, das die Dramatisierung einer Erzählung des Königsberger Schriftstellers E. T. A. Hoffmann ist. Geschildert wird, wie in dem verschütteten Bergwerk ein in Vitriolwasser konservierter Leichnam nach 50 Jahren geborgen wird und als junger Mann von seiner inzwischen gealterten Braut wiedererkannt wird.

Ähnlich mumifiziert empfand Hofmannsthal die Sprache und Poesie seiner

„Verschämt, eitel, witzig“

Der Dichtergott der Wiener Moderne – Vor 150 Jahren wurde Hugo von Hofmannsthal geboren

Zeit. Als Konsequenz verzichtete er nach Veröffentlichung des Chandos-Briefs vollständig auf das Verfassen von Lyrik. Es war keineswegs so, dass er nicht weiterhin produktiv gewesen wäre – er schrieb weiterhin Dramen, Librettos, Erzählungen, Essays –, doch es folgte der Absturz vom Olymp als gefeierter Dichter. So schrieb Thomas Mann: „Wenn er nach den Gedichten und ersten lyrischen Spielen gestorben wäre, es ist wahr, er wäre ein Gott gewesen.“

Doch Hofmannsthal hatte noch rund 30 Jahre zu leben. Er starb 1929 im Alter von 55 Jahren nach einem Schlaganfall, den er auf dem Gang zum Begräbnis seines durch Suizid umgekommenen ältesten Sohnes erlitt. Bis dahin war er nicht mehr der Dichtergott, sondern eher, wie sein Landsmann Robert Musil diese Generation beschrieb, ein Mann ohne Eigenschaften: kaisertreu, dem morbiden Charme des Verfalls der Donaumonarchie ergeben, auf den Untergang hoffend.

Der kam mit dem Ersten Weltkrieg, in dem Hofmannsthal noch patriotische Reden hielt. Er war ganz „ein Kind seiner Zeit“, wie sein nur zwölf Jahre älterer Schriftstellerkollege Hermann Broch in seinem langen Essay „Hofmannsthal und seine Zeit“ festhielt, einer, der das „Vakuum“ vor dem Krieg spürte, was ihm die Kraft der Sprache raubte.

Nach dem Krieg fand er seine Sprache wieder. Mitte der 20er Jahre versuchte er mit dem Schauspiel „Der Turm“ eine Art Comeback. Uraufgeführt wurde es aber erst 1948 in Wien, wie das meiste von ihm auch erst posthum erschienen ist. Zwei Drittel seiner Werke wurden erst nach seinem Tod erschlossen. Darin ist er wieder Kafka ähnlich, dessen Werk nach seinem Tod auch nur durch die Beharrlichkeit seiner Freunde gerettet wurde.

In beiden Fällen hat der S. Fischer Verlag gute Nachlassarbeit geleistet. An der „Kritischen Ausgabe“ der Werke Hofmannsthal hat man rund 50 Jahre lang gearbeitet. Sie umfasst 28.500 Seiten in 40 sündhaft teuren Bänden, wobei der letzte vor zwei Jahren für 325 Euro erschienen ist. Mit geradezu preußischer Akribie hat man daran gefeilt. Damit kann Hofmannsthal getrost zu Grabe getragen werden.

STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Gelb ist die Hoffnung

Preußenstiftung setzt ein Zeichen gegen Antisemitismus – und Igor Levit an das Piano einer Hamas-Geisel

Mit einem Bekenntnis gegen den Antisemitismus tut sich die in der Regel links-lastige Kulturszene schwer. Die dokumenta von 2022 in Kassel hat sich bis heute nicht erholt von dem Eklat des indonesischen Kuratorenkollektivs ruangrupa, das offenbar judenfeindliche Malereien ausstellte und sich auf die Seite der anti-israelischen Bewegung „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) stellte.

Zum Nachdenken hat dieses Beispiel offenbar nicht geführt. Auch nach den Hamas-Anschlägen in Israel gab es von vielen Kulturschaffenden nur halbherzige Solidaritätsbekundungen gegenüber Israel, da man andererseits die Solidarität zu dem aus ihrer Sicht unterdrückten Volk der Palästinenser bewahren will. Nach einer pro-palästinensischen Veranstaltung in einem Hörsaal der Freien Universität Berlin im Dezember sah sich Berlins Kultursenator Joe Chialo veranlasst, für die Kulturförderung eine „Antisemitismusklausel“ einzuführen, mit der Künstler, die eine Kulturförderung beantragen, ein Bekenntnis zugunsten jüdischer Bürger abgerungen werden soll (siehe PAZ vom 19. Januar). Das war beispielhaft und

umstritten zugleich. Wegen Einschränkung der Kunstfreiheit hatte er sie erst diese Woche wieder zurückgenommen.

Gegen das Schweigen der Intellektuellen zum Hamas-Terror tönt derzeit zumindest die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) mit einem Piano an. Im Eingangsbereich der James-Simon-Galerie auf der Berliner Museumsinsel hat die

Preußenstiftung noch bis Sonntag „Das gelbe Piano“ aufgestellt, das an die etwa 110 israelischen Männer, Frauen und Kinder in der Gewalt der Terrororganisation Hamas im Gazastreifen erinnern soll. Unter den Geiseln befindet sich auch der 22 Jahre alte Pianist Alon Ohel, der am 7. Oktober während des Nova Musik Festivals in der Nähe des Kibbuz Re'im ent-

führt wurde. An sein Schicksal und das der anderen Geiseln will seine Familie mit der Initiative „Das gelbe Piano“ erinnern. An verschiedenen öffentlichen Orten steht ein gelber Flügel, der von jedem gespielt werden darf und soll, der die Aktion unterstützen möchte. So bereits geschehen in der Fußgängerzone von Tel Aviv, am Washington Square Park in New York oder in der U-Bahn von Tokio.

Bei der Auftaktveranstaltung in der nach dem jüdischen Mäzen James Simon benannten Galerie spielte der im russischen Gorki geborene deutsche Starpianist Igor Levit auf dem Instrument die „Drei Intermezzi“ op. 117 von Johannes Brahms. Hermann Parzinger, Präsident der SPK, sagt dazu: „Es war uns wirklich ein Herzensanliegen. Wir sind entsetzt über die grauenhaften Verbrechen, die die Hamas in Israel verübt hat, über das unvorstellbare Leid in den vielen Familien... Das Anwachsen des Antisemitismus im gesellschaftlichen, auch im kulturellen Umfeld besorgt mich sehr.“

Jetzt hat er mit der Aktion ein Zeichen gesetzt, das im Kulturbereich von Preußen aus sinnstiftend sein kann. H. Tews



Spielt für israelische Geiseln: Igor Levit am „Gelben Piano“ in der James-Simon-Galerie

MUSIK

Zurück in die Heimat Breslau

Für den Dirigenten Christoph Eschenbach scheint sich ein Kreis zu schließen. In Breslau wurde er 1940 geboren, und nach Breslau kehrt er jetzt als Chefdirigent des Philharmonischen Orchesters zurück. Für den renommierten Musiker war das ein langer Weg, der mit der Flucht aus Schlesien begann, bei der seine Großmutter ums Leben kam. Seine Mutter starb bereits bei seiner Geburt, und sein Vater fiel im Krieg als Soldat. Eine Cousine mütterlicherseits, deren Nachnamen er annahm, führte ihn in Wismar und in Neustadt in Holstein zur Musik. Zunächst feierte er als Pianist weltweit Triumphe und trat auch als Klavierpartner von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf. Später verlegte er seinen Schwerpunkt aufs Dirigieren. Beim Schleswig-Holstein Musik Festival setzte er ebenso Maßstäbe wie zuletzt als Chefdirigent des Berliner Konzerthausorchesters. Die Breslauer Philharmonie zählt zwar nicht zu den führenden Orchestern Europas, doch der bald 84-Jährige könnte es noch zu einem solchen formen. tws

Meister der Abstraktion

Vor 50 Jahren starb der Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen Eduard Bischoff. Im Ostpreußischen Landesmuseum ist in einer Sonderausstellung ein Teil seines Werkes zu sehen

VON JÖRN BARFOD

Zu den namhaften Künstlern Ostpreußens im 20. Jahrhundert gehört zweifellos der am 25. Januar 1890 in Königsberg geborene Eduard Bischoff. Sein künstlerisches Werden und Wirken ist eng mit seiner ostpreußischen Heimat verbunden, und dies auch nach 1945, als er nicht mehr in ihr leben konnte.

Über die Jugend Bischoffs ist nur wenig bekannt. Die Schulzeit erlebte er bei einer Tante in Heilsberg. Anschließend sollte er zur Ausbildung als Lehrer auf die Präparandenanstalt in Hohenstein, anschließend Preußisch Eylau. Dort hielt er es aber nicht lange aus. Er zog 1908 auf eigene Faust durch Deutschland nach Italien und befuhr eine Zeit lang das Mittelmeer und das Schwarze Meer als Schiffsjunge. 1909 kam er nach Frankfurt am Main in den Kreis um den Maler Fritz Boehle (1873–1916), der ihn, da er sein Talent erkannte, empfahl, an eine Kunstakademie zu gehen. Bischoff kehrte in die Heimat zurück und begann das Studium an der Königsberger Kunstakademie.

In Königsberg begegnete Bischoff bei seinem Lehrer Richard Pfeiffer (1878–1962) dem Naturalismus, den er schon aus dem Werk Boehles kannte, und bei Ludwig Dettmann (1865–1944) dem Impressionismus. Bei beiden Lehrern erhielt er Gelegenheit, die Wand- und Monumentalmalerei kennenzulernen.

1914 wurde er Soldat. 1915 holte sein Lehrer Dettmann, inzwischen als offizieller Kriegsmaler tätig, ihn zu sich als Assistenten. Sie arbeiteten oft unmittelbar hinter den Fronten. 1916 stand er wieder an der Front, diesmal in Frankreich. Während eines Lazarettaufenthaltes in Insterburg lernte er 1916 seine spätere Ehefrau Gertrud Schulte-Heuthaus kennen.

Nach Kriegsende ließ er sich in Königsberg als freischaffender Maler nieder und heiratete. Die wirtschaftlich schwere Zeit nötigte zur Sparsamkeit. Die Bischoffs wohnten in einer Instwohnung auf Gut Friedrichswalde bei Königsberg, ebenso der Dichter Fritz Kudnig mit seiner Ehefrau und der Maler Julius Schmischke mit seiner Frau. Bischoff gehörte zur Künstlervereinigung „Der Ring“ in Königsberg, welche die jungen Künstler zu gemeinsamen Ausstellungen vereinte.

Portraits und Wandmalerei

Bischoff lockerte seinen Stil und gelangte zu einem sehr lebhaften bis unruhigen Pinselstrich in den Gemälden. Nicht nur ihm galt in den frühen 20er Jahren in Königsberg der Spätstil von Lovis Corinth als anregendes Vorbild. Durch diese Malart gestaltete der Maler viele Landschaftsdarstellungen gerade auch von der Kurischen Nehrung, die zu einer seiner beliebtesten Malerlandschaften wurde. Etwas strenger gerieten seine Portraits, die den Erwartungen der Auftraggeber eher Rechnung tragen mussten. Doch auch hier erreichte Bischoff mit lockerem Strich Lebhaftigkeit.

Portraits gehörten zu den wichtigen Aufgaben des Malers, brachten sie doch das meiste Geld ein. Durch die familiären Beziehungen seiner Ehefrau bekam Bischoff Zugang zu gesellschaftlichen Kreisen, die sich auch malen lassen wollten. Einige Bildnisaufträge in Schweden schließlich versetzten die Bischoffs in die Lage, sich 1925 in der Krausallee in Königsberg ein Haus zu kaufen.

Ende der 20er Jahre hatte Bischoff Gelegenheit zu Reisen in Europa. Ein Parisaufenthalt 1928 vor allem gab ihm neue Impulse. Sein Malstil wurde fester, die



Im Kriegsjahr 1942 beim Malen von Frau Gutzeit, Gutsfrau auf Gut Spandienen: Eduard Bischoff

Foto: OL

Darstellungen von Gegenständen abstrahierten stärker. Die Formberuhigung entspricht dem Wandel zum Stil der Neuen Sachlichkeit, der in Deutschland im Laufe der 20er Jahre stattfand. Die Figuren bekommen eine größere Schwere und Ernsthaftigkeit. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist das Doppelbildnis seiner Kinder von 1933.

Unter der nationalsozialistischen Herrschaft begann ein reges Bauen der öffentlichen Hand auch in Königsberg. Bischoff, dessen Arbeitsgebiet auch die Wandmalerei war, bekam hierzu einige Aufträge, so für die Königsberger Handelshochschule 1934 und das Stauerhaus im Königsberger Hafen 1936. Hier entwickelte er einen großfigurigen Stil von Einzelgestalten oder kleinen Figurengruppen, die eng aneinandergestellt oder gestaffelt wurden. Diese Grundform behielt er auch später, nach 1950 bei, als er im Ruhrgebiet erneut entsprechende Aufgaben bekam.

Im Laufe der Jahre von 1934 bis 1939 ließ der Maler diese Figuren in den Formen abstrahierter und härter werden, nach den malerisch wirkenden Details und subtilen Binnenzeichnungen der ersten Großbilder, reduzierten sich die Flächen auf eher geometrisch entwickelte Formen. Sind die früheren Arbeiten in Königsberg nicht mehr erhalten geblieben, so hat man doch in den letzten Jahren Fragmente der Ausmalung der Insterburger Stadthalle von 1938/39 unter vielen Übermalungen wiederentdeckt.

Auch als Lehrer überzeugte er

1936 erhielt Bischoff den Ruf an die Königsberger Kunstakademie als Lehrer für figürliche und Wandmalerei, in der Nachfolge von Fritz Burmann (1892–1945), der 1925 bis 1935 in Königsberg lehrte und ein Vertreter der Neuen Sachlichkeit war. Auch als Lehrer war Bischoff sehr überzeugend. Äußerungen und Arbeiten sei-

ner Schüler belegen dies noch Jahre nach Ende der Ausbildung oder nach ihrer abrupten Beendigung 1944. Als Schüler könnte man stellvertretend benennen: Karl H. Buch (zeitweise auch Assistent Bischoffs), Heinz Sprenger, Heinrich Bromm, August Hermann Stoll, Helen Stritzke, Edeltraud Abel-Waldheuer, Eugen Weidenbaum, Herbert Guttman, Lothar Malskat, Ute Schmolling, Norbert Dolezich.

Mit dem offiziellen Amt an der Kunstakademie konnte sich Bischoff allerdings auch nicht mehr ganz der Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten entziehen. Fritz Kudnig hat das später so beschrieben: „Es war gewiss nicht immer leicht, die von den Auftraggebern gewünschten Darstellungen mit dem eigenen künstlerischen Gewissen in Einklang zu bringen. Aber die Möglichkeit zu wirkungsstarken figürlichen Entwürfen und großzügigen Kompositionen war für Bischoff sehr beglückend. ... Die immer erstrebte Vereinfachung der Form, eine Grundbedingung für jedes Monumentalwerk, wirkte sich in seinem weiteren Schaffen aus.“

In der Tafelmalerei ging Bischoff allerdings einen anderen Weg, sowohl für Figuren als auch Landschaften. Hier begegnen wir einem anderen Stil, der sich gleichwohl aus der Kunst der 20er Jahre erklären ließe, der an Corinths Spätwerk orientierte Nachimpressionismus wird in dunkleren Farben und etwas festeren Formen mit einem romantisierenden Klang verwandelt. In Figurenbildern dominiert die große Figur, aber in der Landschaft wird alles zu einem stimmungsvollen Gesamteindruck zusammengefügt.

Der Unterricht an der Königsberger Kunstakademie endete mit dem Sommersemester 1944, die Akademie wurde offiziell im Januar 1945 geschlossen. Bischoff trat die Flucht aus Königsberg zusammen mit seinem Freund und Maler-

kollegen Alfred Partikel (1888–1945) an. Sein Sohn war schon Ende 1942 als Soldat im Kaukasus gefallen, seine Ehefrau und seine Tochter waren 1944 bereits in Mecklenburg. Die Familie fand im Kreis Uelzen wieder zusammen.

Neuanfang im Westen

Unter einfachsten Bedingungen begann der Maler wieder zu arbeiten, zunächst an seinen romantisierenden Stil der Tafelmalerei anschließend. Zudem waren die Landschaft der Lüneburger Heide und das Landleben auf dem Dorf Holxen bei Uelzen ostpreußischen Landschaften und Gegebenheiten durchaus ähnlich. 1948 bot sich Bischoff eine große Chance, seine Lebensumstände zu verbessern.

Sein Professorenkollege aus Königsberg Franz Marten (1898–1970) bot ihm Gelegenheit, in die Künstlersiedlung Halfmannshof nach Gelsenkirchen zu ziehen. Hier erhielt er Wohnung und Atelier und befand sich bald in einer wirtschaftlich stark aufstrebenden Region. Bald erreichten ihn Aufträge aus der Industrie, der öffentlichen Hand, von Kirchengemeinden et cetera. So konnte der 60-Jährige noch einmal mit einem großen Werk beginnen und schuf in 20 Jahren ein umfangreiches Spätwerk. Sein vor 1945 entstandenes Hauptwerk war freilich fast vollständig vernichtet. Sein Stil änderte sich zu einem großzügigen, teilweise stark abstrahierenden Spätexpressionismus, in den letzten Jahren ab zirka 1960 zunehmend vereinfachend.

Glasmalerei war für Bischoff ein durchaus neues Betätigungsfeld. Einige Kirchen erhielten Fenster nach seinen Entwürfen, für das Rathaus in Gelsenkirchen-Buer entstanden Glasschnittfenster mit Großfiguren. Wandmosaik, Tonplattenreliefs, metallene Außenwandgestaltung, Entwurf für einen Wandteppich waren weitere Aufgaben. Wandmalerei gehörte ohnehin dazu.

Bischoff hatte nun die Gelegenheit zu vielen Reisen zu europäischen Zielen, von Griechenland bis Norwegen, aber auch zu einer langen Seereise nach Afrika. Überall zeichnete, aquarellierte und malte er. Aber ein Themenkreis blieb in seinem Werk konstant: die Motive seiner Heimat Ostpreußen.

Holzschnittserie „Ostpreußen“

Neben teils recht großen Gemälden schuf er eine 30 Holzsnitte und Farbholzschnitte umfassende Serie „Ostpreußen“, erschienen 1961 bis 1965 in drei Mappen. Diese in Ostpreußenkreisen bekannten Drucke, später auch als Farbpostkarten verbreitet, waren für den Künstler eine motivische Zusammenfassung seines Werks. Zugleich verstand er sie als seinen Beitrag zum Andenken an die ostpreußische Heimat. Er zitierte in einem Brief an seinen Freund Willi Drost 1962 einen Gedichtvers von Konrad Ferdinand Meyer: „Was kann ich für die Heimat tun, bevor ich geh im Grabe ruhn? Was geb ich, das dem Tod entflieht? Vielleicht ein Wort, vielleicht ein Lied, ein kleines stilles Leuchten!“ Und er ergänzte: „Nehmen wir an, dass die Holzsnitte das kleine, stille Leuchten bedeuten.“

1962 zogen Bischoff und seine Ehefrau nach Soest in ein neu erbautes Haus, das ein Alterssitz sein sollte. Krankheit zwang den Künstler dann 1967, mit dem Malen und Zeichnen aufzuhören. Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hatte ihn schon 1959 mit dem Kulturpreis geehrt, 1960 erhielt er den Kunstpreis der Stadt Gelsenkirchen und 1970 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Vor einem halben Jahrhundert, am 4. Januar 1974, verstarb der Künstler in Soest.

Sein Schüler und Lehrerkollege an der Königsberger Kunstakademie Norbert Dolezich schrieb über ihn: „... ein großer, stiller Mann mit blonden Haaren und sehr blauen, gütigen Augen, war von gewinnender Zurückhaltung und hatte mit großer künstlerischer Begabung und Liebe zu Land und Leuten allgemeinemenschliche und heimatliche Themen gestaltet und allenthalben Wertschätzung gefunden. Die Breite seiner Thematik zeigte in Ölbildern, Aquarellen, Holzschnitten, Mosaiken und Glasbildern, kolorierten Zeichnungen und Batiken, dass seine Augen die ganze Sichtbarkeit frisch und angeregt wahrnahmen; die heimatliche Flora und Fauna, die Architektur und Landschaft, das Antlitz und Tun des Menschen waren das weite Feld, das ihn zum Schaffen antrieb. Sein Leben war getragen von Ehrfurcht vor der Schöpfung und gläubigem Staunen, einer natürlichen Frömmigkeit, die sich in seinem ganzen Denken und Tun niederschlug, so dass Kenner und besonnene Betrachter aus seinen Bildern die Quelle seiner Kunst entdecken konnten: Kunst war ihm gestalteter Dank für die gottgeschaffene Wirklichkeit.“

● Dieser Artikel basiert auf dem Manuskript eines Vortrags von Dr. Jörn Barfod mit dem Titel „Eduard Bischoff. Maler aus Königsberg“, den der ehemalige Kustos und stellvertretende Direktor am Ostpreußischen Landesmuseum (OL) in Lüneburg am 31. Januar ab 18.30 Uhr im OL, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, im Rahmen der dort noch bis zum 25. Februar zu sehenden Sonderausstellung „Die Königsberger Kunstakademie (1845–1945). Künstler aus zwei Jahrhunderten“ halten wird. Anmeldung sind erforderlich unter der Telefonnummer (04131) 75995-0 oder der E-Mail-Adresse info@ol-ig.de. Der Eintritt beträgt 4 Euro.

HUGO VON HOFMANNSTHAL

Ein Österreicher mit Sinn für Preußen

Der Schriftsteller, Dramatiker, Lyriker, Librettist und Mitbegründer der Salzburger Festspiele kam vor 150 Jahren in Wien zur Welt

VON EBERHARD STRAUB

Ich bin vielleicht durch diese Freundschaft zu mir selbst gekommen“, notierte sich 1928 Hugo von Hofmannsthal, am 1. Februar 1874 geboren, in Erinnerung an seinen besten, unersetzlichen Freund Eberhard von Bodenhausen, zehn Jahre zuvor gestorben. Sie hatten sich 1897 kennengelernt. „Ein sittlich hohes Individuum schafft neue Bindungen und in unkonventionellen Bahnen. Von ihm aus war ein anderes Deutschland da.“ Bis dahin hatte Hofmannsthal vorzugsweise mit Österreichern und Süddeutschen verkehrt. Bodenhausen war der erste Norddeutsche und Preuße, der in sein Leben trat und ihn hineinzog in, abgesehen von Berlin, ganz ferne, fast exotische Gebiete, die doch auch ein Teil Deutschlands und der gemeinsamen Kulturnation waren. Bodenhausen wurde für ihn zum Inbegriff des preußischen Aristokraten, vornehm vom Scheitel bis zur Sohle, auf seine Ehre bedacht und daher mit zartester Empfindlichkeit begabt für die feinsten Nuancen der Unehrenhaftigkeit.

Diese Tugend bewahrte Bodenhausen im Umgang mit anderen, auf deren Ehre achtend, aber jeden, der den sittlichen Anstand verletzte, schroff wie einen Schuft behandelnd. Er war immer tätig und tüchtig in allem, was er tat. Der Standesherr, der adeliges Landleben schätzte, der Schöngest, der guten Geschmack und Wissenschaftlichkeit zu verbinden wusste, wurde Industrieller und zuletzt leitender Direktor bei Krupp, ein Fachmann unter Fachmännern, ein Politiker mit Politikern, ein Künstler und Gelehrter zusammen mit Künstlern und Gelehrten. „Der eigentliche Weltmann fehlte, aber es war ein Mann von großer Welt da.“

Für Hofmannsthal war er der Idealtyp des Preußen und eines möglichen neuen Adels in einer unter dem Druck des Geldes und des Erfolgsstrebens sich rapide vulgarisierenden bürgerlichen Gesellschaft. Der im Mai 1918 verstorbene Bodenhausen brachte den Übergang in „die Schwindelwelt“ nach dem Kriege nicht mehr zu erleben, in der Hofmannsthal sich kaum noch zurecht fand, als sein Vaterland beseitigt worden war und das Deutsche Reich zu keiner Ordnung mehr fand, nicht zuletzt, weil ihm die Preußen ausgingen, die – wie Bodenhausen – ein unerschütterliches Zutrauen in die geistigen Möglichkeiten der Nation hatten, ohne aber ihre Geringschätzung des schon in der Kaiserzeit fragwürdigen öffentlichen Stils zu verbergen.

Bodenhausen war der Erste

Neben Bodenhausen kamen Graf Harry Kessler hinzu, Rudolf Alexander Schreder und viele andere, vor allem Rudolf Borchardt, aus Königsberg stammend, ein Dichter, Philologe und Sprachvirtuose, der seinerseits über Hofmannsthal mit Österreich vertraut gemacht wurde. Borchardt wies ihn auf den großen Kulturhistoriker Konrad Burdach hin, ebenfalls ein Königsberger, indessen Professor in Berlin. In Königsberg lehrte Joseph Nadler, aus Böhmen gebürtig und damit Österreicher, dessen Literaturgeschichte des deutschen Volkes Hofmannsthal und seine Freunde begeisterte, weil in ihr tatsächlich das Volk in seiner Mannigfaltigkeit aufgrund der verschiedenen Stämme und besonderen Kulturlandschaften als eine geistige Gestalt erkennbar wurde.

Nadler war der Entdecker der unterschätzten bayerisch-österreichischen Literatur und zugleich der Kulturhistoriker Ostpreußens, der eindringlich die besondere Mentalität und ihre Ausdrucksfor-



Ein Repräsentant des deutschsprachigen Fin de Siècle und der Wiener Moderne: Hugo von Hofmannsthal, hier 1925 in seiner Barockvilla in dem Wiener Vorort Rodaun

men im hohen, den Deutschen oft recht entrückten, Norden zu vergegenwärtigen vermochte. Es gab immer Königsberger und Wiener Berührungen, über die Hofmannsthal Bescheid wusste, der Einfluss Immanuel Kants, Johann Georg Hamanns und E. T. A. Hoffmanns oder des Dramatikers Zacharias Werner, der sich zur katholischen Kirche bekehrte, nach Wien übersiedelte und dort ab 1814 mit seiner Beredsamkeit katholischen Christen die Schönheiten ihres Glaubens auf fast erschütternde Weise von der Routine des Alltags befreite.

Der Königsberger Otto Nicolai, der Komponist der „Lustigen Weiber von Windsor“, kam von Italien aus 1841 nach Wien und gründete dort mit den Philharmonischen Konzerten die Wiener Philharmoniker. Karl Haffner, ein weiterer Königsberger, verfasste das Textbuch zur „Fledermaus“ von Johann Strauß, und Richard Genée aus dem westpreußischen Danzig arbeitete mit allen wichtigen Meistern der Operette zusammen und verlieh dem Wiener Gemüt Worte, denen die Musik ihre Seele einhauchte und mit ihr den unverwechselbaren Wiener Geist.

Im Krieg war es der von Hofmannsthal geschätzte Wiener Architekt Joseph Hoffmann, der sich an der gesamtdeutschen Aufgabe beteiligte, die von Russen 1914 in Ostpreußen zerstörten Ortschaften wieder aufzubauen, und zwar in historisierenden, landschaftsgebundenen Stilen, die alle zusammen einen Eindruck von einem gemeinsamen Kunstwillen vermitteln sollten, das ebenso zeitgemäß wie deutsch war. Kurzum, Preußen, Land, Leute und Staat, blieb ununterbrochen ein Thema für Hofmannsthal. Er verstand sich als Österreicher, aber Österreich begriff er als einen besonderen Auftrag, der dem deutschen Geist in Europa gestellt worden war, weite Räume entlang der Donau, der Verbindung zwischen Okzident und Orient, kulturell zu durchdringen, die dort siedelnden Völkern in lebhaften Aus-

tausch mit Mitteleuropa zu versetzen und Preußen wie Österreich als den führenden Mächten in Mitteleuropa einen weiten Hintergrund zu verschaffen und sie vor nationaler Verengung zu bewahren.

Mitteleuropäische Sendung

Es bekümmerte ihn, dass die Reichsdeutschen von Österreich wenig wussten und mit ihrer Neugierde nach Italien oder Spanien, Japan und China ausschweiften, aber sich nie den Kopf zerbrachen über Böhmen, Tiroler, Steirer, Slowenen oder Ungarn und Kroaten, mit denen sie in einem gemeinsamen Kulturraum zusammenlebten, den sie einfach hinnahmen, ohne ihn als geistige Herausforderung aufzufassen. Für Hofmannsthal gab es nichts Selbstverständliches, da in der dauernd bewegten Geschichte jede feste Form wieder aufgelöst werden kann und nichts Bestand hat.

Als Österreicher konnte er nicht ganz vergangene Gestalten und Lebensformen als überlebte abtun und fernhalten von der beunruhigten Seele. Denn er blieb davon überzeugt, dass die Romanisierung und Christianisierung, der Einfall von Germanen und Slawen während und nach der Spätantike das Römische Reich der Franken und dann der Deutschen, die europäische Stellung der casa de Austria, des spanisch-deutschen Hauses Österreich, endlich der Zusammenbruch des Alten Reiches und die Debatten über klein- und großdeutsch im 19. Jahrhundert, Spuren hinterlassen hatten und mancherlei Spannungen wachhielten, die auch weiterhin für Unruhe sorgen.

Wenn er über Österreich sprach, musste er zugleich über Preußen reden, da beide Staaten gleichsam idealtypische Formen der „Deutschheit“ ermöglichten. Diese Deutschheit, die Nation als Kulturnation und als Sprachraum, getragen von einer deutschen Bewegung wie zur Goethezeit, bei allen politischen Zusammenbrüchen wenigstens die kulturelle Einig-

keit zu erhalten, sollten alle Deutschen als Verpflichtung erachten und ihr als einander vereinigende Idee dienen.

Den Großen Krieg seit 1914 fasste er deshalb als vaterländischen Krieg auf, in dem es zwar auch um Macht und politische Ordnungsvorstellungen ging, der aber vor allem als umfassender Kulturkampf geführt werden musste, weil mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich alle Hoffnungen verbunden seien, endlich herauszufinden aus den politisch-soziologischen Abstraktionen, die dem Parteienegoismus im Wirtschaftsstaat zu Grunde liegen und Europa in Verwirrung und den Krieg stürzten.

Von Mitteleuropa muss mit Ordnung und Gesetz die Willkür im Namen der Freiheiten domestiziert werden, die dem Geld zu seiner absoluten Macht verhalten und jede geistige Autorität bis hinauf zu Gott, Recht und Gerechtigkeit um ihre Substanz brachten. Der Dichter kämpfte als geistiger Soldat nicht für Eroberung, sondern für die Weltentfaltung bestimmter Ideen, für die geistige Durchdringung Europas aufgrund des Erbes in Übereinstimmung mit einer langen Geschichte, gegen die wortgewaltige Ideologen rebellierten, die den konkreten Menschen ihre Geschichte und Gegenwart raubten, um sie ganz auf eine Zukunft zu verweisen, die sie entwerfen und gestalten.

Führen statt verführen

Hofmannsthal scheute nicht davor zurück, geistige Führerschaft für sich, seine Freunde und für all jene zu beanspruchen, die den politischen Phrasen misstrauen, weil sie verführen, aber nicht zur Klarheit führen und geistiger Disziplin. Nur wer sich selbst beherrschen kann, ist berechtigt zu herrschen, also Ideen und Tugenden wieder die Autorität zu verleihen, die eine stabile Ordnung schaffen, auf die jeder Frieden angewiesen ist. Mit dem romantischen Dichter und Denker Novalis stimmte er darin überein, dass Deutsch-

heit Kosmopolitismus mit der kräftigsten Individualität ist. Deutsche haben nie für sich allein gelebt, sondern immer in enger Verbindung mit anderen Völkern und Sprachen, deren Wert und Ehre sie anerkannten, kräftigste Individualität fördernd, weil selbst immer bemüht, den Spielraum eigener Individualität zu erweitern. Österreich ist ein Europa im kleinen, Mitteleuropa, der von Preußen und Österreich gehegte Kulturraum, gibt eine Ahnung von einem Europa, geschart um geistige Verbindlichkeiten, die im Alltag und der Praxis jeweils nach den Gegebenheiten die Wirklichkeiten vor Verwirrung schützen.

Die Deutschen musste er, gerade nach der Katastrophe Österreichs und während ihrer aufgeregten Ratlosigkeit in einem friedlosen Zustand ab 1919, an ihre universale, übernationale und wahrhaft europäische Geschichte erinnern, den Österreichern hingegen wollte er Mut machen, nicht zu verzagen. Denn ihnen bleibt in ihren kleinen Heimaten doch das Schrifttum, der geistige Raum der Nation, zu der sie gehören, von deren Reichtum sie zehren und den sie weiter vermehren können. Er hoffte ein sanfter Erzieher sein zu können, aber im Lärm der aufgeregten Zeit ging seine Stimme unter.

Heute ist er vergessen oder wurde als Reaktionär und Präfaschist verdächtig gemacht. An die Nation als Kulturnation, an Größe und Ruhm Preußens sowie Österreichs, an Mitteleuropa als ganz eigenen, historisch politischen Raum darf gar nicht mehr gedacht werden. In der Mitte Europas liegen Trümmer, ansonsten ist es dort wüst und leer trotz emsiger Betriebsamkeit. Wie will Europa unter solchen Bedingungen, dem Verlust seiner Mitte, je wieder zu einer lebendigen, Geist und Phantasie beflügelnden Kraft werden? Es wäre nicht vergeblich, Hofmannsthal wieder zu entdecken, aber Deutsche verscharren lieber ihre Geschichte, als dass sie sich von ihr herausfordern lassen.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Frühjahr 2007 eröffneten russlandfreundliche Hacker den ersten unerklärten Cyberkrieg der Geschichte, indem sie die Computersysteme des Parlaments, der Ministerien, der Banken und Energieversorger sowie etlicher Krankenhäuser in Estland kollabieren ließen. Da ein solcher Angriff auch auf Deutschland erfolgen kann, wird die Abwehr von Cyberattacken in regelmäßigen Abständen trainiert.

Zuletzt geschah dies im Rahmen der neunten Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagementübung LÜKEX 23 unter Leitung der Bundesämter für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie für Sicherheit in der Informationstechnik. Daran beteiligt waren insgesamt 60 Akteure, darunter das Cyber Security Operations Centre der Bundeswehr. Dabei zeigte sich wieder einmal, dass die IT-Krieger unserer Streitkräfte maximal in der Lage sind, ihre eigenen Computersysteme zu verteidigen, aber keinesfalls zusätzlich auch noch die von Behörden, Kommunen und Unternehmen.

Deshalb gilt nach wie vor das Cybersicherheitskonzept aus dem Jahre 2016, welches im Prinzip darauf hinausläuft, jeden Akteur zur Eigenverantwortung zu verpflichten. Militärische Experten wie der Inspekteur für den Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, Vizeadmiral Thomas Daum, müssen sich darauf beschränken, den zivilen Stellen Ratschläge zu geben. Einer davon lautet, möglichst wirkungsvolle Datenverschlüsselungstechnologien einzusetzen.

Vorbereitung auf den Q-Day

Doch genau diese würden von einem Augenblick zum anderen nutzlos, wenn der sogenannte Q-Day anbricht. Das ist der Moment, in dem eine neue Generation von Computern auf Quantenbasis in der Lage sein wird, die bislang verwendeten und aktuell noch als sicher geltenden Schlüsselsysteme zu knacken. Denn Quantencomputer arbeiten millionenfach schneller als normale Rechner und können dadurch mathematische Probleme lösen, auf deren kolossaler Komplexität die derzeitige Verschlüsselung beruht.

In Erwartung des Q-Day, der nach Auffassung der meisten Experten irgendwann zwischen 2027 und 2045 kommen soll, sucht man bereits nach Verschlüsselungsverfahren, welche auch den Quantencomputern widerstehen. Dabei haben sich mittlerweile zwei Fraktionen herausgebildet: Die eine setzt auf eine vollkommen neuartige Quantenkryptographie und die andere lediglich auf eine Weiterentwicklung der bislang genutzten Verfahren.

Die erste Methode nutzt die physikalischen Eigenschaften quantenmechanischer Systeme, die nicht nur ein Knacken



Zweifel, was diese Behörde wirklich vorhat: Blick auf die NSA-Zentrale in Fort Meade, US-Bundesstaat Maryland, nahe Washington

Foto: pa

CYBER-ATTACKEN

Ein neues Zeitalter der Überwachung und der Datensicherheit bricht an

Unter US-Sicherheitsbehörden tobt ein Disput über die nächste Generation von Verschlüsselungstechniken. Dabei könnten auch zweifelhafte Absichten im Hintergrund stehen

der Codes verhindern, sondern zugleich auch anzeigen, ob jemand den Versuch unternimmt, etwas zu entschlüsseln. Denn dann ändern sie unweigerlich die Polarisation der Teilchen.

Im zweiten Fall geht es darum, Schlüssel zur Verfügung zu stellen, die so kompliziert sind, dass sie auch die leistungsstärksten Quantencomputer mit der Entschlüsselung überfordern. Die Suche nach solchen Verfahren läuft derzeit in den USA unter Federführung des National Institute of Standards and Technology (NIST), dem Pendant zum deutschen Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Dabei hat das NIST unlängst entschieden, einer von IBM entwickelten Weiterentwicklungen der bislang genutzten Verfahren den Vorzug zu geben. Möglicherweise geschah dies auf Betreiben des US-Geheimdienstes NSA, welcher für die weltweite Überwachung

elektronischer Kommunikation zuständig ist. Auf jeden Fall sprach sich die NSA vor einiger Zeit in einem Positionspapier sehr eindeutig gegen die Verschlüsselung mittels der neuartigen Quantenkryptographie aus.

Spielt die NSA ein doppeltes Spiel?

Begründung: Die Quantenschlüsselverteilung sei „nur eine Teillösung“, weil sie keine Möglichkeit zur Überprüfung der Quelle der Nachrichten biete. Für diese brauche es zusätzliche Schlüssel aus dem Fundus der ganz althergebrachten Kryptographie, bei denen Sender und Empfänger aber den gleichen Schlüssel nutzen, was viele Gefahren berge. Denn würde der Schlüssel geknackt, flögen beide gleichzeitig auf.

Zum anderen erfordere die Quantenschlüsselverteilung spezielle Rechner und den Zugang zu Glasfaserverbindungen.

Dadurch lasse sie „sich nicht einfach in bestehende Netzwerkgeräte integrieren“. Auch gebe es große Geheimhaltungsprobleme. So bestehe ein zusätzliches Sicherheitsrisiko durch Bedrohungen durch Insider. Überdies habe die Quantenschlüsselverteilung eine extrem geringe Fehler-toleranz, was die Ausfallquote erhöhe. Daher betrachtet die NSA die Weiterentwicklungen der bislang genutzten Verfahren als eine „kostengünstigere und leichter einzuführende Lösung als die (neuartige) Quantenschlüsselverteilung“. Auf der Grundlage dieser Einschätzung wendet sie sich auch strikt gegen die Verwendung der Letzteren bei der Datenübertragung im Nationalen Sicherheitssystem, also dem Netz zur verschlüsselten Kommunikation innerhalb der US-Geheimdienste und -Streitkräfte.

Ob die NSA tatsächlich aber nur die Datensicherheit im eigenen Land im Sinn

hat, wenn sie sich gegen die deutlich kompliziertere Quantenschlüsselverteilung wendet, ist allerdings fraglich. Genauso gut könnte sie den Plan verfolgen, ihr Wissen über die Natur der weniger anspruchsvollen quantenresistenten Verfahren zu nutzen, um diese dann doch irgendwann mittels eines eigenen Quantencomputers zu knacken, sobald der Gegner dem US-Vorbild folgt und etwas Ähnliches einführt.

Bis dahin wäre die NSA aufgrund ihrer technischen Ausstattung in der Lage, alle verschlüsselten Daten zu archivieren, um sie erst später mit verbesserter Technik auszuwerten. Das Utah Data Center des Geheimdienstes soll über eine Speicherkapazität verfügen, die es der NSA ermöglichen würde, 150 Milliarden Textseiten oder Telefonate von insgesamt 52 Jahren Dauer pro Erdenbewohner zu speichern.

SPRACHFORSCHUNG

Mehr und mehr Idiome verstummen für immer

Vor allem die sogenannten isolierten Sprachen sind weltweit vom Aussterben bedroht – Linguisten arbeiten gegen die Zeit

Kürzlich starb die Chilenin Cristina Calderón, die letzte Sprecherin des Yaghan. Mit ihr verstummte diese Sprache mit ihr. Und bald wird in Nepal etwas Vergleichbares passieren, weil hier nur noch eine einzige Person lebt, welche Kusunda beherrscht.

Dass die Menschheit mit dem Verschwinden von Sprachen einen kulturellen Verlust erleidet, liegt auf der Hand. Groß ist der Schaden ganz besonders, wenn es sich – wie in den beiden erwähnten Fällen – um isolierte Sprachen handelt, die nicht mit den rund 7000 Sprachen aus etwa 140 bekannten Abstammungslinien wie der indoeuropäischen oder nilosaharischen verwandt sind.

Solche isolierten Sprachen, deren Entstehung völlig im Dunkeln liegt, gibt es heute noch um die 200. Dazu zählen das Baskische, dessen Wurzeln mehr als 5000 Jahre in die Vergangenheit zurückreichen, das Koreanische und das pakistanische Burushaski sowie die südamerikanischen Idiome Pirahã, Nasa Yuwe, Paez, Purépecha und Tsimané.

Manche dieser Sprachen dürften überleben, weil mehrere Millionen Menschen sie verwenden, andere sind dahingegen dem Untergang geweiht: Experten schätzen, dass bis zum Jahr 2100 jede dritte oder gar zweite isolierte Sprache verschwinden wird, wie es nicht nur mit dem

Yaghan passierte, sondern früher beispielsweise schon mit dem Sumerischen, Etruskischen und Minoischen.

Deshalb kämpfen Linguisten darum, noch möglichst viel über die isolierten Sprachen zu erfahren, bevor deren letzte Stunde schlägt. Dabei geht es keineswegs nur um die Bewahrung des kulturellen Erbes. Vielmehr enthalten die Isolate auch zahlreiche Elemente, die von einer ungewöhnlich großen Bandbreite der menschlichen Kommunikationsmöglichkeiten zeugen. Das verleiht ihnen erhebliche Bedeutung im Hinblick auf die Diskussionen rund um die immer noch umstrittene These, dass Sprache das Denken beeinflusst.

So zeigen die isolierten Sprachen, wie sprachliche Eigenheiten das Verstehen der Welt erschweren können. Denn sie führen manchmal zu kognitiven und sozialen Einschränkungen, die dann letztlich auch das Aussterben von Sprachen durch einen Schwund der Population, welche das entsprechende Idiom verwendet, erklären.

Die Gefahr von Denkblockaden

Beispielsweise kennt das Kusunda keine solch essentiellen Wörter wie „Nein“. Bei anderen isolierten Sprachen wie dem Pirahã fehlen dahingegen die Zahlwörter. Oder die Zählweise ist so unpraktisch wie im Falle des mexikanischen Purépe-

cha, das ein sogenanntes hybrides Qinär-Dezimal-Vigesimal-System verwendet. Dadurch werden bestimmte Denkvorgänge oder Diskussionen von vornherein blockiert.

Deshalb ist höchste Vorsicht angebracht, wenn selbsternannte Sprachpolizisten neue Sprachregelungen durchdrücken wollen, um „Gerechtigkeit zu schaffen“ oder die „Diskriminierung von Minderheiten zu beenden“. Alternative Möglichkeiten, etwas verbal zum Ausdruck zu bringen, müssen nicht zwangsläufig das Denken erweitern, sondern können auch in kognitive Sackgassen führen, was besonders dann gilt, wenn sie mit parallelen Sprachverböten einhergehen. W.K.



KÖNIGSBERG

Erneuter Streit um Kopfsteinpflaster

Stadtverwaltung ist für die Entfernung – Gouverneur stellt sich auf die Seite der Aktivisten für den Erhalt

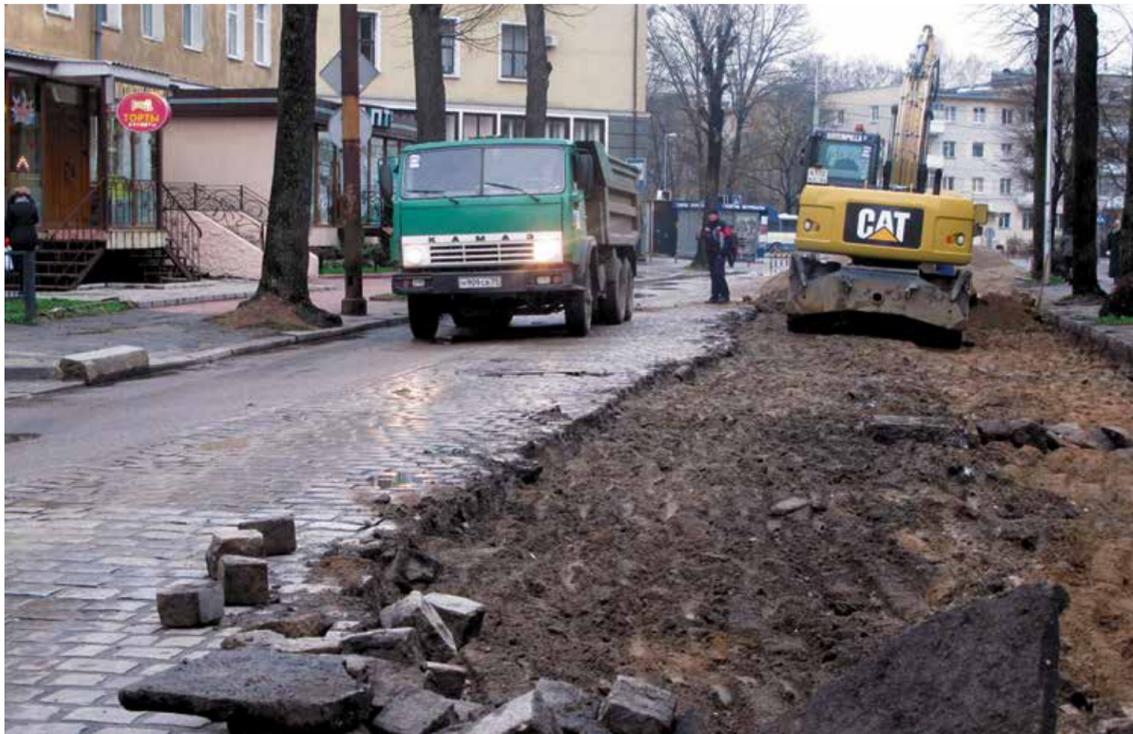
VON BODO BOST

Die Streitigkeiten darüber, ob Königsberg Pflastersteine braucht oder nicht, reißt nicht ab. Eine klare, einhellige Position zu diesem Thema gibt es weder bei den Einwohnern noch bei den Behörden. Der jüngste Skandal ereignete sich im Zusammenhang mit dem historischen Pflaster in der Hauptstraße des Königsberger Stadtteils Ratshof [Wagonka]. Ratshof direkt neben Amalienau war 1905 nach Königsberg eingemeindet worden und entwickelte sich rasch zu einem Villenvorort mit Grünanlagen. In Ratshof wurde der Lärmpegel gemessen und gefordert, dass die Pflastersteine entfernt werden.

Anwohner und Aktivisten sind kategorisch gegen die Entfernung der Pflastersteine, aber die Stadtverwaltung sagte, die Straße müsse verbreitert werden, und das Pflaster sei veraltet. Auch der Chefarchitekt der Stadt, Andrej Anisimow, empfahl, die alten Pflasterungen zu entfernen und die Straße durch Baumbepflanzung zu ergänzen. Die endgültige Entscheidung wurde jedoch noch nicht getroffen, obwohl bereits klar ist, dass das Büro des Bürgermeisters die Meinung vertrat, sie zu entfernen. Im Oktober wurde bereits ein Bauunternehmen ausgewählt, das die Pflastersteine durch Asphalt ersetzen sollte.

Nicht nur deutsches Erbe

Vor ein paar Wochen tauchte das Thema Pflastersteine in Ratshof dank der Erklärung des Gouverneurs unerwartet wieder auf. Alichanow sagte bei einem Treffen mit Redakteuren der regionalen Medien, dass die Pflastersteine in den beiden Hauptstraßen von Ratshof erhalten werden sollten. Damals sagte er auch, dass die Einwohner Königsbergs „zu Recht verärgert sind“. Die Hauptstraße von Ratshof wird bis Ende nächsten Jahres fertiggestellt sein. Im Frühling wird noch einmal mit den Einwohnern über die Pflasterfrage gesprochen.



Ein alltägliches Bild aus Königsberg: Schon seit Jahren wird Kopfsteinpflaster abgetragen

Foto: J.T.

In Königsberg begann am 3. November eine Unterschriftensammlung für den Erhalt der Kopfsteinpflaster. In den ersten Stunden der Petition an den Gouverneur und den Verwaltungschef unterschrieben mehr als 300 Menschen. In zehn Tagen waren es bereits 2000. Aktuell beträgt die Zahl der Unterschriften bei 2500. Wie die Organisatoren der Aktivistengruppe „Komsomolka“ mitteilten, haben Einwohner aller Bezirke Königsbergs, nicht nur des zentralen Bezirks, unterschrieben. Auch St. Petersburger Stadtverteidiger haben sich der Aktion angeschlossen. Mitglieder der Gesellschaft für Denkmalschutz „Alt-Petersburg“ schrieben einen Appellbrief an Gouverneur Alichanow. „Die einzigartige steinerne Dekoration der Straßen und Gehwege, die es nirgendwo sonst in Russland gibt, ist nicht nur eine Visitenkarte Ihrer Stadt, sondern auch ein

gesamtrussischer Kulturschatz“, heißt es in der Botschaft mit der Bitte, das alte Pflaster in der Stadt nicht zu zerstören.

Schützenhilfe aus St. Petersburg

„Die Pflastersteine sind nicht nur deutsches Erbe, sondern auch der kulturelle Code der Königsberger, die hier seit Generationen leben“, schrieben die Königsberger. „In St. Petersburg wurden die Kopfsteinpflaster leider nur an Kulturdenkmälern oder auf dem Gelände von Museumskomplexen beibehalten. Auf den Straßen der Stadt sind sie fast allesamt verschwunden“, schrieben die Petersburger.

„Es sind die erhaltenen Plätze der Altstadt, die Touristen nach Königsberg locken, nicht der neue Asphaltbelag, der in zwei bis drei Jahren mit Löchern bedeckt sein wird ... Machen Sie sich daran,

Geschichte zu erhalten, statt sie zu zerstören“, schrieben die Aktivisten. „Pflastersteine sind nicht nur Teil von architektonischen Ensembles, Denkmälern, Stadtvierteln, Parks, sondern auch Ökologie, Funktionalität, Schönheit, Sicherheit, gemütliches und sinnvolles Leben in der Stadt, die wir lieben und die vor allem für die Bürger erhalten und erneuert werden sollten – für lebendige Menschen, nicht seelenlose Maschinen.“

„Das historische Pflaster in den Straßen von Königsberg wird immer weniger. Was von der alten deutschen Stadt noch übrig blieb, wurde sehr oft zerstört. Dabei machen gerade sie den Charme von Königsberg aus. Wer sie zerstört, degradiert Königsberg auf das Niveau einer gewöhnlichen Provinzstadt, von denen es Tausende gibt“, argumentieren die Aktivisten.

MELDUNGEN

Viadukt vor der Renovierung

Allenstein – Nach Angaben des regionalen öffentlichen Fernsehsenders TVP3 findet sich niemand, der die Projektdokumentation für die Reparatur des nach den ungarischen Aufständischen von 1956 benannten Viadukts im Allensteiner Stadtteil Zatorze erstellt. Bei einer Ausschreibung wurden keine Angebote eingereicht. Aufgrund von Schäden, wie Rissen und abplatztem Beton, müsste das Bauwerk dringend restauriert werden, wie vor einigen Monaten eine vom Rathaus in Auftrag gegebene Expertise zeigte. Nun wird eine erneute Ausschreibung oder eine Vergabe der Arbeiten ohne Ausschreibung erwogen. Da das Bauwerk aus den 60er Jahren eine wichtige Verkehrsader zwischen Zatorze und der Innenstadt darstellt, muss eine Dokumentation mögliche Behinderungen während der Bauzeit geringhalten. Die geplante Fertigstellung ist Ende 2025. U.H.

Ein Wolf in Hohenstein

Hohenstein/Pagelshof – Ende November wurde in Hohenstein ein Wolf gesichtet. Auch wenn es Meldungen gab, bei denen beunruhigte Einwohner das Tier mit Hunden verwechselt haben, konnten die Experten der Gesellschaft für Natur „Wilk“ (deutsch „Wolf“) auf Grundlage von Fotos den Spaziergänger eindeutig als Wolf identifizieren. Die Regionale Umweltschutzdirektion sowie die Polizei wurden alarmiert, das Gelände durchsucht, der Wolf jedoch nicht gefunden. Nach der Erklärung von Mitgliedern der Gesellschaft verlassen junge, in Rudeln aufgewachsene Wölfe ihre Familien auf der Suche nach Partnern, wobei es vorkommen kann, dass sie auf den Straßen einer Stadt auftauchen. Ein Wolf wurde nach Angaben der Behörden auch in Stabigotten und in Pagelshof bei Hohenstein gesichtet. U.H.

ANATOLIJ BACHTIN

Zum Tode des ersten russischen LO-Kulturpreisträgers

Seit seinen Jugendjahren interessierte er sich für die Geschichte Ostpreußens – Vermächtnis in zahlreichen Publikationen

Anatolij Bachtin, der im Jahr 2000 als erster Russe mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) für Publizistik ausgezeichnet wurde und stets Kontakt zu den Ostpreußen hielt, ob als Dozent, Reisebegleiter oder Teilnehmer an den Deutsch-Russischen Foren, ist am 28. November vergangenen Jahres verstorben. Bachtin war Archivar, Heimatforscher, Fotograf sowie Autor unzähliger Artikel und Bücher über die Geschichte des nördlichen Ostpreußen.

Mit seiner Kamera im Gepäck hat er das gesamte Königsberger Gebiet bereist und all das für die Nachwelt festgehalten, was vom alten Ostpreußen noch übrig war. Er hielt unzählige historische Bauten neben Ruinen von Kirchen und Burgen im Bild fest. Viele dieser Bauten sind inzwischen verschwunden, doch in Bachtins Bildern existieren sie weiter.

Schon in jungen Jahren begann der am 17. Januar 1949 in Königsberg geborene Bachtin, der im Stadtteil Ponarth aufwuchs, sich für die Geschichte der Region



Während des 3. Deutsch-Russischen Forums in Gumbinnen 2010: Anatolij Bachtin

zu interessieren. Nach einem Studium an der Fakultät für Geschichte und Philologie der Staatlichen Universität Königsberg setzte er seine Ausbildung an der Staatlichen Fernuniversität der Künste mit einem Abschluss als Künstler fort. Als Fotograf und Bildarchivar wirkte er im Staatlichen Gebietsarchiv der Stadt fast vierzig Jahre lang. Das Archiv kündigte an, Bachtin in einer Ausstellung seiner Fotografien, Materialien und Gemälde, die seine vielseitigen Talente zeigt, ein würdiges Andenken zu bewahren.

In den 70er Jahren begann Bachtin, die der Zerstörung ausgesetzten Kirchen, Skulpturen und Häuserreliefs fotografisch zu dokumentieren. Während der Perestrojka widmete Bachtin sich der Geschichte des Deutschen Ordens und galt zuletzt als anerkannter Spezialist auf diesem Gebiet, wovon zahlreiche Publikationen zeugen. Er entwickelte einen eigenen

Blick auf die Ordensgeschichte und teilte sein Wissen großzügig mit allen Interessierten. Seine jahrelange Forschung zu seinem Spezialgebiet mündete 2020 in dem umfangreichen Werk mit dem einfachen Titel „Der Deutsche Orden“.

Vielen Ostpreußen dürfte Bachtin kein Fremder sein, da er zum einen gemeinsam mit der Ost-Akademie Lüneburg eine Fotoausstellung über die zerstörten Kirchen im Königsberger Gebiet konzipiert hat, die in der Lübecker Marienkirche und weiteren Stationen gezeigt wurde, und zum anderen im Rahmen von Veranstaltungen Mitte der 90er Jahre auch deutsche Gruppen zu diesen Kirchen führte.

Mit Unterstützung der Ost-Akademie Lüneburg und Mitautor Gerhard Dolien gab Bachtin im Jahr 2000 das Buch „Vergessene Kultur. Kirchen in Nord-Ostpreußen: Dokumentation“ heraus, er-

schiene im Husum-Verlag. Für diese Arbeit von unschätzbarem Wert verlieh die LO dem Russen im Rahmen der Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung am 5. November 2000 in Berlin den Kulturpreis. Zur Begründung hieß es, dass Bachtin damit einen „wesentlichen Beitrag gegen das Vergessen in Bezug auf den alten deutschen Osten geleistet“ habe.

Bachtin, der seinen Namen entgegen der üblichen russischen Aussprache mit der Betonung auf der ersten Silbe, also Bach, nannte – weil er dann an den deutschen Komponisten Bach erinnert, hielt auch nach der Preisverleihung den Kontakt zur LO und den Ostpreußen. So nahm er unter anderem am Deutsch-Russischen Forum der LO teil, einer Veranstaltung, die dem kulturellen Austausch zwischen deutschen und russischen Ostpreußen dient.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Breede, Hilde, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fürst, Margarete, geb. **Petric**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Meike, Erika, aus Lyck, am 27. Januar
Rittrich, Margarete, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Koyro, Irmgard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Jakstadt, Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Kiwitt, Margarete, geb. **Orlowski**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 29. Januar
Mowwe, Anneliese, geb. **Piwko**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 31. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brings, Erna, geb. **Spletter**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. Januar
Dömpke, Bruno, aus Wehlau, am 27. Januar
Fornasson, Günther, aus Giesen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Goeritz, Kurt, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Hausdorf, Emmi, geb. **Kenziorra**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar
Marchel, Gerhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 27. Januar
Ochs, Gabriele, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Schäfer, Ilse, geb. **Petz**, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Tobies, Harry, aus Königsberg, am 28. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Andrick, Luise, geb. **Nachtrab**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. Februar
Keip, Grete, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar
Scheumann, Günter, aus Ortelsburg, am 27. Januar
Warias, Helmut, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bollmann, Traute, geb. **Trosien**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 27. Januar
Czycholl, Ruth, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Mack, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 69, am 31. Januar
Mahler, Günter, aus Wehlau, am 28. Januar
Neumann, Franz, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 26. Januar
Waschk, Waltraut, geb. **Fladda**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 30. Januar
Zilz, Edgar, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bergen, Erich, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar
Block, Ursula, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 26. Januar
Braun, Sylvia, geb. **Ritzkowski**, aus Witten, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Geiser, Karl-Heinz, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Goerke, Helmut, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Hagedorn, Waltraut, geb. **Antelmann**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kauerauf, Waldemar, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 28. Januar
Koss, Waltraut, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar
Laskowski, Kurt, aus Heinrichsthal, Kreis Treuburg, am 30. Januar
Leibenath, Gerhard, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Murawsky, Anneliese, aus Neudorf, Kreis Lyck, am 27. Januar
Pottel, Ingeburg, geb. **Möller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar

Sczuplinski, Karl, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 29. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ansorge, Inge-Margret, geb. **Mentel**, aus Lötzen, am 31. Januar
Cypulowski, Gertrud, geb. **Duddeck**, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 30. Januar
Degen, Helga, geb. **Plonus**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Geier, Elfriede, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 31. Januar
Jastremski, Dietrich, aus Morgenrund, Kreis Lyck, am 26. Januar
Kubiczek, Ruth, geb. **Bork**, aus Ortelsburg, am 1. Februar
Lasarzewski, Dora, geb. **Meske**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. Januar
Lindenau, Reinhild, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Januar
Schubert, Inge, geb. **Rehse**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 31. Januar
Zacher, Rosemarie, geb. **Wittke**, aus Heiligenkreuz, Kreis Fischhausen, am 29. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bertsch, Elfriede, geb. **Sender**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Gassewitz, Edelgard, aus Lyck, Freystraße 10, am 28. Januar
Godau, Heinrich, aus Pregelwald, Kreis Wehlau, am 27. Januar
Göbel, Christel, geb. **Vogel**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Januar
Kebbedies, Siegfried, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Kriege, Marie, geb. **Wysk**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 1. Februar
Müller, Rudi, aus Boyden, Kreis Mohrungen, am 28. Januar
Sawollek, Johannes, aus Soffen, Kreis Lyck, am 29. Januar
Schneider, Gertrud, geb. **Jortzik**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 28. Januar
Weiser, Brigitte, geb. **Kollwitz**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartlitz, Brigitte, geb. **Berger**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Februar
Behrendt, Arnhold, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 1. Februar
Fischer, Käte, geb. **Pietrowski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. Januar
Gerbig, Gerda, geb. **Szonn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Grünheit, Elfriede, geb. **Plewka**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 29. Januar
Gütschow, Hannelore, geb. **Nadzeyka**, aus Lyck, am 29. Januar
Lehmann, Ursula, geb. **Porschatis**, aus Lyck, am 30. Januar
Matzeit, Siegfried, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Nickel, Siegfried, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Ramdor, Inge, geb. **Kloß**, aus Antonisdorf, Kreis Lötzen, am 31. Januar
Schaffrin, Anneliese, geb. **Hosenberg**, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Schittek, Helmut, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Schulz, Ruth, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar
Soika, Brigitte, geb. **Polixa**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Szendeleit, Dietmar, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Wiese, Günter, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 27. Januar
Wirth, Anne-Maria, geb. **Ulrich**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 29. Januar
Zywietz, Hildegard, aus Schwingstein, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandilla, Else, geb. **Skrodzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 27. Januar
Härtel, Helga, geb. **Kowalski**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 28. Januar
Horrnann, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Hundertmark, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 30. Januar
Jüngling, Klaus-Dieter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Januar
Kaweina, Erich, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Kolodzey, Gisela, geb. **Guzewski**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 31. Januar
Kozik, Irmgard, geb. **Groß**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 28. Januar
Naroska, Joachim, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
 13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
 19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Opiolla, Luise, Kreisgemeinschaft Kassel, am 26. Januar
Pfeiffer, Klaus, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 31. Januar
Platzek, Erika, geb. **Graffenberger**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 31. Januar
Riechert, Renate, geb. **Kuschinski**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Skorzinski, Hannelore, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 26. Januar
Stapelmann, Elfriede, geb. **Edem**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 27. Januar
Storim, Fritz, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Tarrach, Werner, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 31. Januar
Wagner, Ernst, aus Wehlau, am 30. Januar
Warncke, Waltraud, geb. **Segendorf**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 24. Januar
Zacher, Brigitte, geb. **Woywodt**, aus Lyck, am 30. Januar

Nogga, Dietrich, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 27. Januar
Pest, Margitta, geb. **Urban**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Rodsziel, Hans-Rüdiger, aus Unter-Eisseln, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Januar
Stach, Karin, geb. **Böhmermann**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 27. Januar
Tummescheit, Hans Christian, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Auer, Roswitha, geb. **Schweitzer**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 1. Februar
Berg, Bärbel, geb. **Grenda**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 28. Januar
Fischer, Helga, geb. **Mohr**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 30. Januar
Hoog, Beatrice de, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 30. Januar
Neumerkel, Sabine, geb. **Nieder**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Scharnewski, Liane-Angelika, geb. **Lass**, aus Wehlau, am 26. Januar
Turski, Waltraud, geb. **Guse**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 26. Januar
Uschkoreit, Wolfgang, aus Treuburg, am 28. Januar
Zibell, Klaus-Detlev, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 31. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bechert, Hannelore, geb. **Kargoll**, aus Treuburg, am 1. Februar
Friedriszyk, Erich, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar
Hölzer, Edeltraut, geb. **Jankowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen und aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 26. Januar
Hornig, Hannelore, geb. **Gilde**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 31. Januar

Zusendungen für die Ausgabe 6/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 6/2024 (Erstverkaufstag 9. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 30. Januar**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Forum Baltikum – Dittchenbühne

„Graue Erbsen süßsauer“, Dienstag, 13. Februar, 19 Uhr, beim Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“. Diese Variante der Elmshorner Fastnachtsspeise wird immer beliebter: die süßsauen Grauen Erbsen auf ostpreußische Art. Mit den „Pois gris à la Prussienne“ steht an der Dittchenbühne am Faschingsdienstag auf der Speisekarte ebenso wie Kohlwurst, Kasseler und Schweinebacke, Nachtisch und „Verteiler“. Kosten: 20 Euro pro Person. Darüber hinaus wird den Gästen an der Hermann-Sudermann-Allee 50 zu den Erbsen auch die passende Unterhaltung geboten: Lustige und humorvolle Geschichten werden vorgelesen.

Das Büro der Dittchenbühne rät: „Aufgrund der großen Nachfrage reservieren Sie doch bitte möglichst rasch Plätze bei uns!“ Am besten unter Telefon (04121) 89710. Oder per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de.

Die Aufführungen vom „**Zauberer Gottes**“ finden statt am 2. Februar (Premiere – bereits ausverkauft); 4. Februar, 16 Uhr; 11. Februar, 16 Uhr; 15. Februar, 19 Uhr; 18. Februar, 16 Uhr; 23. Februar, 19 Uhr; und 25. Februar, 16 Uhr.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Weihnachtsmarkt

Ansbach – Bei unserem Weihnachtsmarkt war unsere Gruppe wieder an drei Tagen mit einer Bude vertreten und konnte so vielen Interessierten mit Landkarten, „Preussen Kurieren“ und Büchern über unsere Heimatgebiete Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Brandenburg Auskunft geben. Natürlich gab es auch Kalender, Marzipan und gute ostpreußische Liköre zu kaufen. Großer Dank an unsere Betreuer der Weihnachtsmarktstube. *Heide Bauer*

Adventsfeier

Hof – Zur Adventsfeier der Ost- und Westpreußen trafen sich die zahlreichen Besucher im großen Saal des Jahnheims, sodass nicht nur alle Gäste, sondern auch die Akteure genügend Platz fanden. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern der vergangenen Wochen. Danach führte seine Stellvertreterin Jutta Starosta durch das abwechslungsreiche Programm, zu dessen Gelingen die ostpreußische Volkstanzgruppe beitrug. Gedichte und Geschichten, gemeinsam gesungene Lieder und die alten Volkstänze sorgten für eine festliche Stimmung. Groß war die Überraschung, als der Heilige Nikolaus in Gestalt des Kulturwartes Bernd Hüttner in vollem Ornat die Anwesenden besuchte. Nach dem geistlichen Wort wusste er auch Persönliches von den Mitgliedern zu berichten. Natürlich hatte er auch für jeden ein Geschenk dabei, das Starosta in Form eines Verzehrbons den Mitgliedern überreichte. Anschließend entführte Joachim

die Zuhörer mit einem Bericht über die ostpreußische Weihnacht in die Vergangenheit. Für die Einwohner des Ermlandes und Masuriens war die Geburt des Gottessohnes immer ein außergewöhnliches Erlebnis. Die Weihnachtszeit dauerte traditionell von Heiligabend bis zum Dreikönigsfest. Diese Zeit war mit vielen magischen Praktiken, die mit christlichen Traditionen verflochten wurden, erfüllt. Am Weihnachtsabend standen in den Kirchen Weihnachtskrippen. Anfangs übernahmen die Gläubigen die Rollen der Krippenfiguren, bis im Laufe der Zeit diese aus Holz oder Gips hergestellt wurden. Ein Tannenbaum wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgestellt. Stattdessen baute man einen „Wintajreesboomke“. Er bestand aus drei übereinanderstehenden Äpfeln, die mit Holzstücken zusammengehalten wurden. Der unterste Apfel hatte vier Stäbchen als Füße, der oberste trug eine Kerze. Die Äpfel waren ganz mit Wintergrün besteckt und manchmal vergoldet. Am Weihnachtsabend beschenkte man sich gegenseitig. Oft ging der Lehrer mit einigen Kindern in die Häuser, um Weihnachtslieder zu singen und Geld zu sammeln. Am ersten Feiertag aß man im Ermland ein Erbsengericht aus weißen Erbsen mit Speck zu Mittag. Diese Speise galt als segensbringend. Auch eine Reihe sogenannter Abwehrbräuche erinnerte daran, dass der Weihnachtstag ehemals als Anfang des neuen Jahres angesehen wurde. So legte man Stahl auf die Türschwelle oder in die Krippen und machte Kreuze an die Stalltüren, um die bösen Mächte abzuwehren. Zum Schluss seiner Ausführungen wünschte Joachim allen Anwesenden eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit und Gottes Segen für das neue Jahr.

Nach dem stimmungsvollen Lichtertanz der Tanzgruppe saßen die Besucher noch lange zusammen, tauschten Erinnerungen aus und genossen das Beisammensein. *S. S.*

Terminübersicht

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, trifft sich immer sonntags, 15 Uhr, wenn nicht anders angegeben, im Jahnheim, Jahnstraße 5, 95030 Hof, in diesem Jahr wie folgt: 10. Februar, 13 Uhr: Gemeinsames Essen, 9. März: Die Eisenbahn in Ostpreußen, 13. April: Agnes Miegel und Ostpreußen, 11. Mai: Muttertag, 8. Juni: Volksabstimmung 1920, 13. Juli: Sommer in Ostpreußen, 10. August: entfällt wegen Sommerpause, 14. September: Erntedank, 12. Oktober, 11 Uhr: Tag der Heimat und gemeinsames Essen, 9. November: Martin Luther und sein Einfluss in Ostpreußen, 14. Dezember: Adventsnachmittag.

Kulturzentrum Ostpreußen

Nürnberg – Dienstag, 30. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1: Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Terminübersicht

Kassel – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel trifft sich immer donnerstags, 15 Uhr, im Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, in diesem Jahr wie folgt: Donnerstag, 1. Februar: Jahreshauptversammlung und Vortrag „Ein Gemälde ostpreußischer Landschaften“, Teil II - Der Süden, 7. März: Bernd Brandes: „Authentische Lebensberichte von Wolfskindern“, 4. April: „Afghanistan - alles umsonst?“ Eine Einschätzung von Oberst a.D. Hans Werner Patzki mit anschließendem Stammtisch der Salzburger Gruppe, 2. Mai: „Hausinschri-

ften und Redensarten unserer Altvorderen. Sprüche und Weisheiten aus Ost und West mit Gerhard Landau, 6. Juni: „Lebensbericht von Franz Dietrich aus Stallupönen / Königsberg“, vorgetragen und erläutert von Dorothea Deyß und Martin Dietrich.

Mitgliederversammlung

Wiesbaden – Im Rahmen der satzungsgemäßen Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) berichtete Vorsitzender Dieter Schetat über die Tätigkeit des Vorstandes und die stattgefundenen Veranstaltungen im Geschäftsjahr 2022. Anstelle des erkrankten Schatzmeisters Christian Wunck gab er auch den Kassenbericht. In ihrem Prüfungsvermerk dokumentierten die Rechnungsprüfer einwandfreie Kassenführung. Auf Antrag wurde der Vorstand für das Berichtsjahr einstimmig entlastet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa an die in 2022 gestorbenen Mitglieder und an die Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung erinnert und mit den Worten des Königsberger Philosophen Immanuel Kant geschlossen: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird.“

Die monatlichen Zusammenkünfte hatten meist heimatbezogene Themen, beispielsweise den 550. Geburtstag des Astronomen Nikolaus Kopernikus oder das Lebensbild des Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit. Aber auch gesellige Stunden kamen nicht zu kurz: wie beim Sommer-Gartenfest, Närrischen Krepplkaffee, den traditionellen Stammtischen oder den Feiern zum Erntedankfest und zu Weihnachten. Im Rahmen der vorweihnachtlichen Feier verlieh Wiesbadens Oberbürgermeister Gert Uwe Mende der Landsmannschaft die Stadtplakette in Silber zu ihrem 75-jährigen Bestehen und würdigte die geleistete Kulturarbeit.

Wie auch bei anderen Landsmannschaften verringerte sich zunehmend der Kreis der Mitglieder – und damit auch das Führungs- und Organisationsteam. Deshalb appellierte der Vorsitzende an die Versammlungsteilnehmer, im Verein Funktionen zu übernehmen.

Seit geraumer Zeit informiert die Internetseite der LOW-Landesgruppe Hessen, www.low-hessen.de, auch über den Wiesbadener Kreisverband und dessen Aktivitäten. Nach dem offiziellen Teil der Jahreshauptversammlung zeigte Schetat Bilder von Heimatreisen unter dem Titel „Ostpreußen: Bilder einer Landschaft“. *D.S.*



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Marzipan

Dresden – Mittwoch, 7. Februar, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96: Das Königsberger Schwermer Marzipan.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Flucht, Ankommen, Suche

Bad Oldesloe / Tremsbüttel – Im Januar waren die Ost- und Westpreußen Gäste bei Erika Mosel in Tremsbüttel. Das Treffen im Advent war wegen Schnee, Glätte und Corona ausgefallen. Thema des Tages waren Flucht und Ankommen im Westen Deutschlands und die Suche nach den Angehörigen.

Man wusste nicht, ob sie geflüchtet waren, sich noch in der Heimat befanden. Waren Ehemänner, Söhne und Brüder in Kriegsgefangenschaft, waren Angehörige nach Sibirien verschleppt worden? Erika Mosel zeigte den langen Brief einer Verwandten, die diese Situation eindrücklich schildert. Der in „altdeutscher“ Schrift verfasste Brief konnte von der ältesten Teilnehmerin mühelos vorgelesen werden. Sie las außerdem ihre der Jahreszeit angepassten Gedichte. Die Teilnehmer dankten Mosel für die gemeinsamen guten Stunden.

Gisela Brauer

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Donnerstag, 15. Februar, 11.30 Uhr, TSB-Heim: Grünkohlessen, anschließend Jahreshauptversammlung. Neben den gemäß BGB vorgegebenen Inhalten sind zu wählen der/die Vorsitzende, der/die Schriftführer/-in, zwei Beisitzer/-innen sowie Kassenprüfer/-in.

Es wird um Anmeldung gebeten bis zum 6. Februar bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006 oder per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

Bericht – Bedingt durch die sehr begrenzte Teilnehmerzahl von 14 Mitgliedern, hervorgerufen wohl durch das Wetter sowie die nicht abzuschätzenden Verkehrsprobleme in Folge der Bauernproteste, konnten wir uns im kleinen Sitzungssaal des TSB-Heims in gemüthlicher Runde versammeln. Zunächst gab der Vorsitzende einige Termine bekannt und begrüßte dann herzlich Gershom ben Abraham Jessen im jüdischen Jahr 5784, der in Begleitung von Susanne Frodermann erschienen war; sie hat sudetendeutsche Wurzeln. Dieser Teil II seines Vortrages über die jü-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



Altenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Vellbert, Tel. (02051) 87729, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de

Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Tel. (05401) 9770

Neujahrsempfang

Hagen a.T.W. - Nach dreijähriger Unterbrechung fand Mitte Januar wieder der Neujahrsempfang der Kreisgemeinschaft (KG) Allenstein in Hagen statt. Zu diesem, wie es schon in der Einladung hieß, ganz besonders angenehmen Termin kam die Nachfolgeneration der Partnerschaft zwischen dem Landkreis Allenstein, dem Landkreis Osnabrück und der Kreisgemeinschaft Allenstein zusammen.

Am Abend zuvor wurde das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft beim Neujahrsempfang im Kreishaus zu Osnabrück gefeiert. Die Osnabrücker Landrätin Anna Kobschull zeigte die Geschichte dieser Deutsch-Polnischen Freundschaft auf und nannte Personen, die sich um die Partnerschaft verdient gemacht haben. Einige waren im Saal wie Manfred Hugo, Hans-Gert Pöttering, Georg Schirmbeck und Karl-Heinz Finkemeyer. Dieser begleitete lange die Entwicklung der Freundschaft als Partnerschaftsbeauftragter.

Kreisvertreter Andreas Galenski begrüßte den stellvertretenden Landrat von Osnabrück Michael Lührmann, aus Allenstein Landrat

Andrzej Abako, Krystyna Sztzer vom Kulturausschuss und die Partnerschaftsbeauftragte Agata Lada. Bürgermeisterin Christine Möller, ihre Amtsvorgänger Dieter Eickholt und Martin Frauenheim repräsentierten unsere Patengemeinde Hagen a.T.W. Georg Schirmbeck MdB a.D. kehrte auch bei uns ein. Unter den Gästen war auch Harry Krogull von der Patsy & Michael Hull Foundation, der seit Beginn des Ukraine Konflikts gute Kontakte zum Landkreis Allenstein unterhält und dort seine Hilfe anbietet. Der Verein, der für die Inklusion von Behinderten und Nichtbehinderten steht, ist seit 20 Jahren in Osnabrück tätig.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft war geschlossen vor Ort: Andreas Grunwald, stellvertretender Kreisvertreter, Artur Korczak, Finanzen, Jan August Hacia, Schriftführer, und Johann Certa, Beauftragter für Treffen; ihnen ist der perfekte Ablauf der Veranstaltung zu verdanken. Für eine reibungslose Kommunikation sorgte der Übersetzer Alexander Bauknecht, aber auch Jan, Johann und Andreas von der Kreisgemeinschaft waren fleißig am Dolmetschen, und so hörte man am Esstisch hier deutsch, da polnisch und dort englisch entspannt palavern.

Kreisvertreter Galenski begrüßte bei seiner kurzen Tischrede einzeln die geladenen Gäste und stellte die Vorstandsmitglieder kurz vor. Er sprach das Buch von Dr. Ralf Meindl über den Landkreis Allenstein an und die ersten Erfolge bei der Digitalisierung unserer Heimatjahrbücher. Das vergangene Jahr war auch reich an verschiedenen Treffen, die von der KG or-

ganisiert oder von dieser wahrgenommen wurden. Weitere Themen waren Bruderhilfe und unsere Verbundenheit mit der Deutschen Minderheit, die durch die Streichung der Zuwendungen für den muttersprachlichen Unterricht durch die polnische Regierung stark benachteiligt werden. Der Kreisvertreter erwähnte auch das 75-jährige Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen, einer starken und weit geachteten Vertreibenenorganisation - unserer Dachorganisation: „Welch ein Verband, der eine Wochenzeitung und Vertretungen in Allenstein unterhält und neben dem Bundestreffen auch in der Heimat aktiv ist: der Kommunalpolitische Kongress in Allenstein, das Ostpreußische Sommerfest, die Sommerolympiade oder die BJO-Adventstreffen für die Jugend sind ein fester Bestandteil der Arbeit in der Region Allenstein.“

Zum Schluss bedankte sich der Redner ganz herzlich für die Unterstützung die Seitens des Patenlandkreises Osnabrück und der Patengemeinde Hagen am Teutoburger Wald der Kreisgemeinschaft gewährt wird.

Abako erwähnte die Schule in Glottau, die mit dem Schwerpunkt deutsche Sprache und Geschichte eine Schlüsselrolle für die Zusammenarbeit und Entwicklung der Region künftig beitragen könnte. Stolz ist er auch auf die Renovierungen von ermländischen Kapellchen. So eine Bautätigkeit wurde erst vor einigen Wochen in Neu Kockendorf beendet, hier wurde das stark zerstörte Objekt sachkundig abgetragen und Ziegelstein für Ziegelstein wieder nach der vorher erstellten

Dokumentation aufgebaut. Das war bereits das zwanzigste Kapellchen, das in seiner Amtszeit erneuert wurde. „Die Erhaltung der Kapellchen ist von hoher Bedeutung“, so der Landrat, „sie sind das kulturelle und geistige Erbe der Region und haben nicht nur einen ästhetischen, sondern auch historischen und sozialen Wert.“

Lührmann gab seine Eindrücke von einem Besuch in Stabigotten wieder. Er war sichtlich angetan von der guten Atmosphäre des Abends und den vielfältigen Partnerschaftsaktivitäten. Der stellvertretende Landrat versprach, dass er als jüngstes Mitglied in der Runde die Verpflichtung hat diese deutsch-polnische Freundschaft weiter zu pflegen.

Möller zeigte am Beispiel der Partnerschaft zwischen ihrer Gemeinde mit Wartenburg die Rolle dieser Kontakte für die Entwicklung beider Landkreise.

Schirmbeck, ein begnadeter Redner, erinnerte an die Anfänge

der Partnerschaft und die Personen, die diese injiziert haben. Es fielen die Namen unserer Mitstreiter aus vergangenen Tagen, Kreisvertreter Leo Michalski, Kreistagsvorsitzender Adalbert Graw und Schriftleiter Horst Tuguntke sowie Herbert Monkowski.

Finkemeyer war über 25 Jahre Partnerschaftsbeauftragter für den LK Osnabrück und wusste am Abend so manche Geschichten zu erzählen die nicht in den offiziellen Protokollen der Landkreise stehen. Darunter die Geschichte des verlorenen Gebisses, und dessen wundersamen Auffindung. Dafür ist auch der Neujahrsempfang da, um zu lachen, um Erinnerungen zu pflegen, Rückblicke in die Vergangenheit zu tätigen und Diskussionen über gemeinsame Zukunftsprojekte anzustoßen.

Das Treffen in Hagen war ein wichtiger Schritt beim Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen zwei Ländern und ihren Bewohnern. A.G.



Teilnehmer am Neujahrsempfang (von links): M. Frauenheim, D. Eickholt, H. Krogull, K.-H. Finkemeyer, K. Sztzer, G. Schirmbeck, A. Lada, J. Certa, A. Grunwald, M. Lührmann, Fahrer der polnischen Gäste, Ch. Möller, A. Abako, A. Galenski, A. Bauknecht, J.A. Hacia Foto: A.G.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'Diagonalrätsel'.

Sudoku

6x6 Sudoku puzzle grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating word positions.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Handarbeiten.

- 1 Schutzanstrich
2 schwerer Vertrauensbruch
3 Rundholz, Segelstange
4 Hallen-, Kugelsportler
5 entstehen; sich zu etw. entwickeln
6 mit Metallbolzen befestigen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Gefahrenmeldegerät.

- 1 Dauerwurst, 2 kristalliner Kalkstein, 3 Stadt in Norditalien, 4 schwer auf jemandem liegen, 5 Versprechen, Zusicherung

Circular word puzzle diagram with numbers 1-5 and arrows indicating word paths.

Heimatkreisgemeinschaften

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. bis 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mittel-deutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten dort einmal entgegenzukommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkreistreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppel- (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@badnennendorf.de, Internet: www.badnennendorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Wahlaufuf

Zur Wahl 2024 der Bezirks- und Ortsvertreter (OV) nach Paragraph 6 der Satzung der Heimatkreisgemeinschaft Rastenburg werden die Vertreter der einzelnen Bezirke der Stadt und des Kreises Rastenburg gewählt. Stimmrecht sind alle Mitglieder, die in der Heimatkartei aufgenommen sind. Die Wahl der Kandidaten ist erfolgt, wenn nicht innerhalb von 21 Tagen nach der Veröffentlichung des Wahlaufufes bei der Wahlleiterin Ursula Lösche, Wacholderweg 12, 70839 Gerlingen, Widerspruch oder Gegenstimmen, eingehen.

Bezirk Rastenburg-Stadt: Stadtvertreter: Grabowski, Lothar, Velbert; Bezirksvertreter: Dom-

nick, Erna, Reinbek; Kummer, Marliese, Buxtehude; Hilgendorff, Ursula, Flehm; Grabowski, Lothar, Velbert; Gritzki, Knut, Northeim; Krawolitzki, Frank, Erlangen.

Bezirk Rastenburg-Land: Bezirksvertreter: Domnick, Siegfried, Reinbek.

Kirchspiel Bäslack: Bezirksvertreter: Kaes, Edith, Wesseling; OV-Bäslack: Schöttle, Erika, Hagen; OV-Pötzschen: Staschko, Christel, Willich; OV-Pülz/Spiegels: Gingter, Margarete Mönchengladbach; OV-Widringen/Wilken-dorf/Laydoxen: Kaes, Edith, Wesseling.

Kirchspiel Barten: Bezirksvertreter: Grobelny, Margarete, Seevetal; OV-Barten: Grobelny, Margarete, Seevetal; OV-Baumgarten: Kazperowski, Bernd, Marl; OV-Taberwiese: Dr. Vogel, Regina, München.

Kirchspiel Dönhofsstadt: Bezirksvertreter: Neumann, Dorothea, Moers; OV-Dönhofsstadt/Gr.+ Kl. Wolfsdorf: Kemper, Helga, Öer-Erkenschieck; OV-Krimlack/Plehnen: Neumann, Dorothea, Moers.

Kirchspiel Drengfurt: Bezirksvertreter: Schönwald, Dirk, Jena; OV-Drengfurt: Weiß, Karl, Freiberg; OV-Fürstenau: Behling, Christel, Düsseldorf; OV-Marienthal: Heise, Elli, Osterode.

Kirchspiel Korschen: Bezirksvertreter: Perzel, Peter, Ammersbek; OV-Korschen: Scharlata, Edith, Neuss.

Kirchspiel Leunenbourg: Bezirksvertreter: Scholz, Doris, Metzgingen; OV-Leunenbourg: Rattay, Dietger, Essen; OV-Wormen: Mulsolf, Willi, Berlin.

Kirchspiel Lamgarben: Bezirksvertreter: Link, Wilfried, Gütersloh; OV-Bannseim/Godocken/Lamgarben: Link, Wilfried, Gütersloh.

Kirchspiel Langheim: Bezirksvertreter: Seibt, Ute, Neu-Ulm; OV-Langheim: Lösche, Ursula, Gerlingen; OV-Gudnick: Seibt, Ute, Neu-Ulm.

Kirchspiel Paaris: Bezirksvertreter: Neumann, Dorothea, Mörs.

Kirchspiel Schönfließ: Bezirksvertreter: Paehr, Ursula, Wesel.

Kirchspiel Schwarzstein: Bezirksvertreter: Rausch, Bärbel, Kulmbach; OV-Blaustein/Neu Rosenthal: Daniel, Christian, Rastatt; OV-Partsch: Hachmann, Helga, Norderstedt; OV-Wilhelmsdorf: Rausch, Bärbel, Kulmbach.

Kirchspiel Wenden: Bezirksvertreter: Klein, Christel, Hardeggen; OV-Wehlack: Hilgendorff, Hubertus, Flehm; OV-Wenden: Sawala, Irene, Böblingen; OV-Elisenthal: Klein, Christel, Hardeggen.

Vertriebenenbischof



Gerhard Pieschl (2008)

Der ehemalige Vertriebenenbischof (1983 bis 2009)

Gerhard Pieschl wurde am 23. Januar 90 Jahre alt.

Die Heimatvertriebenen haben ihm viel zu verdanken. In der Bischofskonferenz trat er mutig für ihre Anliegen ein und machte sich nicht nur Freunde. Dabei war der als tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit in Mährisch-Trübau Geborene und als Elfjähriger mit Mutter und Geschwistern Vertriebene alles andere als ein Revanchist. „Versöhnung“ ist das Urwort der Vertriebenen-seelsorge. Er predigte es als Vertriebenenbischof und setzte es um. Ein Ergebnis: Er wurde Ehrendomkapitular im tschechischen Olmütz.

Seit 2009 ist Reinhard Hauke Vertriebenenbischof.

Norbert Matern/PAZ



Abschied von Margarete Ziegler-Raschdorf Die Amtszeit der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler endete mit der 20. Legislaturperiode des Hessischen Landtages. Innenminister Peter Beuth (rechts) und Staatssekretär Stefan Sauer verabschiedeten die Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf nach fünfzehn Jahren ihrer Tätigkeit in den Ruhestand *Foto: LBHS*



Walter Gauks

Der Senat von Berlin beruft „Ansprechpartner für Deutsche aus Russland, Vertriebene und Spätaussiedler“. BdV freut sich auf die Zusammenarbeit mit Walter Gauks. Zu dessen Berufung erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Das Land Berlin hat erstmalig einen eigenen Ansprechpartner des Senats für Deutsche aus Russland, Vertriebene und Spätaussiedler berufen. Für den Bund der Vertriebenen begrüße ich dies ausdrücklich, zumal damit das deutliche

Signal an die Zielgruppen ausgesandt wird, dass ihre Anliegen bei der Landesregierung zukünftig noch stärker Gehör finden werden.

Dankbar bin ich der Landesregierung dafür, dass sie hiermit ein auch vom BdV unterstütztes Koalitionsvorhaben umsetzt. Es bleibt zu wünschen, dass dieses wichtige neue Amt sich alsbald so etabliert und mit politischem Rückhalt derart ausgestaltet wird, dass Berlin etwa den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen und ihren jeweiligen Landesbeauftragten auf Augenhöhe begegnen kann. Neben der Bearbeitung sozialer Anliegen und von Eingliederungsfragen wird es gelten, auch verständigungs-, erinnerungs- und

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Sonnabend, 3. Februar, 16 Uhr. Das „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ lädt zu einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Welche Bedeutung hat die Kultur des ehemaligen deutschen Ostens für Europa?“**. Auf dem Podium: der Hamburger Kulturpreisträger Arno Surminski, die Stettiner Germanistik-Professorin Dr. Ewelina Kaminska-Ossowska, der Bürgermeister a.D. Arturas Schulzas aus Memel, der Danziger Germanistik-Pro-

fessor Dr. Miroslaw Ossowski und Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt. Der Eintritt ist frei – es wird um Anmeldung gebeten. Informationen, Karten und Anmeldungen im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710. Oder per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de.

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn

Agnes-Miegel-Gesellschaft

Einladung zur **Agnes-Miegel-Tagung „Von der Ostsee bis Paris“**. **Literarisches und Biografisches von Agnes Miegel**, Sonnabend, 16. März, 9 bis 18 Uhr, Haus Kassel, 31542 Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, mit folgendem Programm.

9.30 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9 Uhr); 11 Uhr: Ostern in Ostpreußen, Agnes Miegels kulturhistorische Erinnerungen aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert, Lesung: Sabine Crone (Nienstädt); 12 Uhr: Mittagspause (Restaurant gibt es in der Nähe); 13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab; 14.30 Uhr: Der letzte Friede, Agnes Miegels Balladen „Heinrich von Plauen“ und „Die Frauen von Nidden“; Vortrag von Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen); anschließend Kaffeepause; 16.15 Uhr: „Am Pregel, an der Seine und anderswo – eine Dichterin, zwischen Zeiten und Welten“, Bil-

der-Vortrag von Jörn Pekrul (Berlin).

Teilnehmerbeitrag: 10 Euro pro Person, verbindliche schriftliche Anmeldung bis Sonnabend, 2. März. Es gelten die verbindlichen Hygiene-Bestimmungen für Niedersachsen zum Zeitpunkt der Veranstaltung. Wir freuen uns auf interessierte Tagungsgäste! Anmeldung unter Angabe von Name, Adresse, E-Mail und Telefon bitte an Annetete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail an Annetete.v.Vogel@gmx.de, bei Rückfragen: Telefon (05033) 2222. Sie erhalten eine Bestätigung. Überweisen Sie bitte den Tagungsbeitrag bis 2. März auf das Konto der Agnes-Miegel-Gesellschaft, IBAN: DE 50 2555 1480 0550 2293 71, BIC: NOLA-DE21SHG. Geben Sie dabei bitte unbedingt Ihren Namen und das Stichwort „AMG-Tagung 2024“ an.

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

TANNENBERG-DENKMAL

Unveröffentlichte Fotos und Zeigzeugenaussagen

Jürgen Ehmann schließt mit seinem ansprechenden Buch Wissenslücken über das zerstörte Reichsehrenmal

VON SVEN EKDAHL

Das Tannenberg-Denkmal. Die kleine Geschichte eines großen Monuments. Eine Dokumentation aus Zeitungsartikeln, historischen Fotos und Zeitzeugenberichten“, zusammengestellt von Jürgen Ehmann.

Wie der Untertitel des obengenannten Buchs besagt, enthält dieser von der Kreisgemeinschaft Osterode, Ostpreußen herausgegebene schlanke Band eine Dokumentation aus Zeitungsartikeln, historischen Fotos und Zeitzeugenberichten. Er füllt damit eine Lücke in unserem Wissen über das enorme Tannenberg-Denkmal mit den acht Türmen in der Nähe der Stadt Hohenstein [Olsztyn], das von der Einweihung 1927 bis zur Zerstörung 1945 existierte.

Zwar gibt es etliche Bücher und Aufsätze über das Thema, wobei unter neueren Arbeiten ein wichtiges Buch von Jürgen Tietz 1999 hervorgehoben werden soll, aber der Autor Ehmann hat in jahrelangen Forschungen ergänzende Materialien hervorgeholt, letzte Zeitzeugen interviewt und seine Ergebnisse akribisch und ansprechend vorgestellt.

Jahrelange Forschungen und ergänzende Materialien

Vorangestellt ist eine kurze Übersicht von Uwe Dempwolff über die Vorgeschichte des Denkmals, nämlich über die siegreiche Schlacht bei Tannenberg 1914. Das Buch ist Ernst Vogelsang, der im Literaturverzeichnis mit vier Beiträgen vertreten ist, gewidmet.

Die sechs Kapitel des Buches führen den Leser von der Grundsteinlegung 1924, der Einweihung 1927, der Gedenkfeier 1933, der Totenfeier für Hindenburg 1934 und der Umbenennung des Denk-



Tannenberg-Denkmal in Hohenstein: Der Ort hat immer noch große Anziehungskraft

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

mals zum Reichsehrenmal durch Hitler 1935 bis zu den Kriegsjahren und der Zerstörung durch die Deutschen 1945.

Ehmann macht uns mit „Ausstattungsarbeiten und Ehrungen“, „Hindenburgs letzte Fahrt“, der „Neugestaltung des Denkmals“ und dem „Denkmal als Touristenattraktion“ bekannt. Jedes Kapitel hat mehrere Unterabschnitte. Dem Verfasser ist für seine mühsame Durchsicht der damaligen Zeitungen und Literatur sowie seine Gespräche mit noch lebenden Zeitzeugen zu danken.

Außerdem freut man sich über die reiche Bebilderung mit über 50 Fotos,

zum Teil bislang unbekannt gebliebenen, wie beispielsweise von dem Stammlager (Stalag) 1 b für Kriegsgefangene unweit des Denkmals, wo bis Kriegsende etwa 55.000 Gefangene, meist Russen, starben. Neu sind auch die Aufnahmen von deutschen Flüchtlingen vor dem Denkmal 1944 und von den zerstörten Resten desselben.

Ehmann behandelt sein Thema mit Verständnis für den damaligen Zeitgeist, aber zugleich mit lobenswerter Distanz. Der Leser findet im Text viele Angaben, die zwar unwesentlich erscheinen können, aber für das Thema doch von Inter-

esse sind. Die Logistik anlässlich der Bewältigung des großen Bauvorhabens in der damaligen politischen und wirtschaftlichen Lage sowie die künstlerischen Aspekte hebt er hervor.

Verständnis für den damaligen Zeitgeist

Die überaus große Bedeutung des Denkmals in der damaligen Zeit ist auffällig. Bis Anfang September 1934 hatten rund 500.000 Menschen dem Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg im Tannenberg-Denkmal die letzte Ehre erwiesen. Hitler hat es geschickt

verstanden, das hohe Ansehen Hindenburgs für seine politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Der anfängliche Bezug des Denkmalbaus auch zur verlorenen mittelalterlichen Schlacht bei Tannenberg von 1410 wäre eine kurze Erwähnung wert gewesen, ebenso die Frage, was mit den Hinterlassenschaften des zerstörten Denkmals nach 1945 geschah.

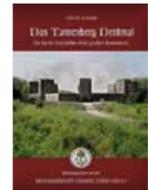
Die von Mörtel gesäuberten roten Ziegel wurden von den Polen nach Warschau transportiert, um beim Wiederaufbau der Stadt verwendet zu werden. Bei der Aufzählung der Artikel im Quellenverzeichnis hätten ruhig auch die jeweiligen Seiten angegeben werden können. Das sind aber nebensächliche Gesichtspunkte, welche die Verdienste von Ehmanns Arbeit nicht schmälern. Das Buch kann jedem, der sich für diese Thematik interessiert, empfohlen werden.

Aus: Rezensionen-Brief Ostmitteleuropa, Nr. 4 vom 6. Oktober 2023

Jürgen Ehmann: „Das Tannenberg-Denkmal. Die kleine Geschichte eines großen Monuments“

Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen (Hg.), Osterode/Harz 2022, broschiert, 88 Seiten, 14,90 Euro zzgl. 2,75 Euro Versandkosten.

Zu beziehen über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Osterode/Ostpreußen. Bestellungen sind ausschließlich an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Osterode/Ostpreußen., Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, Fax (05522) 5024671 oder per E-Mail: kgoev@t-online.de oder Tannenberg-Denkmal@web.de zu richten



ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Per Zug von Görlitz nach Bad Flinsberg

Die Niederschlesische Bahngesellschaft hat stillgelegte Bahnstrecken wiederbelebt, darunter auch grenzüberschreitende

Es wächst zusammen, was zusammengehört – zumindest, wenn es um Bahnverbindungen über die Oder und Neisse geht. Das Thema bleibt grundsätzlich schwierig, wenn man an den einstigen Stand der Dinge denkt. So fuhren die Berliner ja vor dem Krieg ganz ohne Umstieg in Touristenorte des Riesen- und Isergebirges.

Davon sind wir weit entfernt, aber immerhin kann man seit dem 10. Dezember von der Bundesrepublik aus neue (alte) Ausflugsziele erreichen. Der Impuls liegt dafür aber bei den polnischen Nachbarn, welche die eine längst abgerissene Strecke wiedererweckt haben. Neuer Schotter und neue Gleise führen nun wieder nach Einstellung des Passagierbetriebes 1996 von Greiffenberg [Gryfów Śląski] über Friedeberg [Mirsk] nach Bad Flinsberg [Świeradów-Zdrój] im Isergebirge. Für Fahrgäste aus der Bundesrepublik ist das Gute dabei, dass der Zug nach Bad Flinsberg bereits auf bundesdeutscher Seite in Görlitz die Fahrt aufnimmt.

Die 1909 gebaute Bahnstrecke zwischen Greiffenberg und Bad Flinsberg wird auch als „Isergebirgsbahn“ bezeichnet und war lange wirtschaftlicher Motor der Region. Doch in Polens Wirtschaftskrise der 80er Jahre verlor die Strecke, wie viele andere auch, ihre Bedeutung,

ehe die Reisenden ab 1996 dann den Bus nehmen mussten. In Bad Flinsberg regiert seit 2006 ein Bürgermeister, der seine Stadt für Touristen attraktiver machen will. So hat der 1974 in Löwenberg [Lwówek Śląski] geborene Roland Marciniak den Bad Flinsberger Bahnhof für umgerechnet rund 1,5 Millionen Euro sanieren lassen und darin ein Kultur- und Veranstaltungszentrum angesiedelt, in dem eine originalgetreue Modelleisenbahn die Bahnhöfe unterwegs sowie markante Streckenabschnitte nachbildet.

Ausflüge ins Isergebirge

Außerdem lockt er Touristen mit dem Projekt „Isergebirge der drei Naturgewalten“ (Izery Trzech Żywiołów), „indem wir eine der größten Hochmoorlandschaften in diesem Teil Europas zugänglich machen. In unserer Schafstation ‚Bacówka‘ mit 200 Schafen produzieren wir exzellenten Käse und in der Teufelsmühle (Czarci Młyn) wird Getreide zu Mehl gemahlen, Brot gebacken und Workshops durchgeführt“, zählt er auf.

Besonders stolz ist er auf das polnisch-tschechische Projekt „Iser-Park des dunklen Himmels“. Damit möchte man den nächtlichen Himmel vor künstlichem Licht schützen, „denn nur so ist die Sternenbeobachtung überhaupt

möglich. Wir zeigen, wie man die Außenbeleuchtung so einrichtet, um nicht unnötig Licht in die Ferne abzugeben, also wie man mit Licht gut wirtschaftet“, sagt er. Auch die 80 Meter lange und damit längste Wandelhalle Schlesiens im Kurhaus Bad Flinsberg sowie das neuste Wahrzeichen – der 62 Meter hohe Aus-

sichtsturm „Skywalk“ sind echte Attraktionen.

Träger der Bahnstrecke ist nicht die Staatsbahn PKP, sondern die vom „Land“ – wie man in der Bundesrepublik sagen würde – federführend getragene Niederschlesische Bahngesellschaft (KD). Diese hat zum Beispiel auch mit einer nun

dichteren Taktung den Betrieb auf der Verbindung von Breslau nach Grünberg/Schl. [Zielona Góra] aufgenommen. Das ist quasi „grenzüberschreitend“, denn in der polnischen Verwaltungsstruktur gehört dies zur Woiwodschaft Lebus und nicht zu Niederschlesien. Auf der einst auch eingestellten Strecke Breslau – Kobowitz [Kobierzyce] – Zobten am Berge – Schweidnitz [Świdnica], die schon vor der Strecke nach Bad Flinsberg wiedereröffnet worden war, fahren nun sogar mehr Züge als im Vorjahr. Auch diese Nebenstrecke ist für Touristen durch den heiligen Berg Schlesiens, den Zobten [Słęża], interessant.

Zu den mittlerweile wiedereröffneten Strecken gehört auch die von der Hauptstrecke Waldenburg [Wałbrzych] – Glatz [Kłodzko] abzweigende Verbindung von Wüstegiersdorf [Głuszycza] über Hugodsdorf [Jugowice] nach Schweidnitz, die ihrerseits damit wieder über Zobten gen Breslau anschließt und die jetzt ebenfalls über mehr Fahrbetrieb verfügt. Von Breslau kommt ein Zugpaar über Liegnitz [Legnica] nach Lüben [Lubin] hinzu. Die Bergarbeiterstadt liegt an einer Nebenstrecke, spielt aber in der ersten polnischen Fußballliga.

Viele weitere Zugpaare in ganz Niederschlesien reaktivieren den Bahnbetrieb insgesamt. Till Scholtz-Knobloch



Zur Wiedereröffnung nach Bad Flinsberg in Görlitz: Ein Schaffner in preußischer Uniform

Foto: Scholtz-Knobloch

GEDENKEN

Kantiger Kolberger mit Lust zum Streit

Zum 200. Todestag des preußischen Patrioten und Seefahrers Joachim Nettelbeck

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Es gibt nur wenige bürgerliche Preußen, deren Wirken im Widerstand gegen Napoleon über die Jahrhunderte nicht nur im Gedächtnis geblieben, sondern auch von gleich mehreren politischen Systemen als vorbildlich deklariert und vereinnahmt worden ist. Der Pommer Joachim Christian Nettelbeck ist ein solcher Protagonist. Er wurde am 20. September 1738 als Sohn eines Schumachermeisters in Kolberg geboren.

Nettelbeck war bereits als Kind ausgeprägt abenteuerlustig und zeigte Bereitschaft zu Eigensinn und Streit. Mit elf Jahren durfte er einen Onkel auf dem Schiff von Kolberg nach Amsterdam begleiten. Dort schlich er sich auf ein Sklavenschiff, das im transatlantischen Sklavenhandel zwischen Europa, Afrika und Amerika verkehrte.

Der Junge lernte auf dem Handelsschiff englisches Pidgin und kehrte 21 Monate später nach Kolberg zurück. Die Fahrt auf See hatte Nettelbeck geprägt: Er heuerte 1752 als Schiffsjunge auf Ostsee- und Nordseefahrern an, um zwei Jahre darauf bereits als Untersteuermann auf einem Holländer ins südamerikanische Surinam zu fahren, wo bereits viele Deutsche lebten und arbeiteten.

Stets abenteuerlustig

Nach Ausbruch des Siebenjährigen Krieges kehrte Nettelbeck auf Wunsch seines Vaters zurück nach Pommern. Den Presskommandos der preußischen Flotte entzog sich Nettelbeck ins russisch besetzte Königsberg. Kaum dort heuerte er auf einem Danziger Handelsschiff an und kurz darauf erneut auf einem Niederländer für die Transatlantikroute.

In der Karibik hatte Nettelbeck einen mehrmonatigen Aufenthalt auf einer Plantage. Die Zeit nennt er später die schönste seines bisherigen Lebens. 1762 ehelichte der Kolberger in Königsberg Regina Charlotte Meller, mit der er mehrere Kinder hatte. Bei Kriegsende war Nettelbeck in Königsberg als Reeder niedergelassen und befuhr als Kapitän Handelsrouten auf der Ostsee.

1769 nahm Nettelbeck das königlich-preußische Kapitänspatent sowie Säbel mit Portepee entgegen, um die Führung der Fregatte „Duc de Bevre“ zu übernehmen. Doch schon nach wenigen Monaten legte er sich mit seinem Admiral an, der – selbst ohne größere seemännische Erfahrungen – ihm auf seinem Schiff Befehle erteilte. Die Eskalation führte zu Nettelbecks Entlassung.

Unterwegs in Südamerika

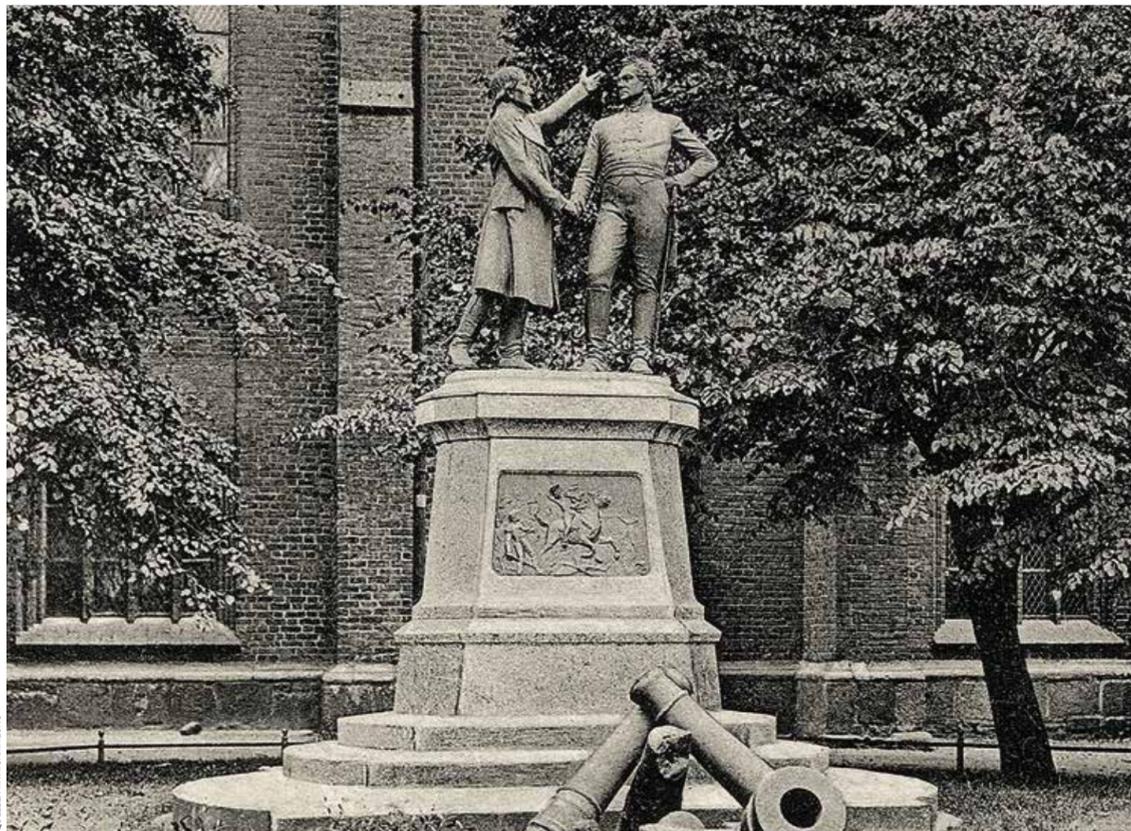
1771 heuerte er erneut auf einem niederländischen Sklavenschiff als Obersteuermann an. „Barbarische Grausamkeit gegen die eingekaufte Menschen-Ladung war nicht notwendiger Weise damit verbunden und fand auch wohl nur in einzelnen Fällen statt; auch habe ich, meines Theils, nie dazu gerathen oder geholfen“, hielt Nettelbeck in seinen Erinnerungen über diese Zeit fest. Dennoch riet Nettelbeck König Friedrich II. schriftlich, einen von den Europäern noch nicht genutzten Flecken zwischen Bernice und Surinam in Besitz zu nehmen und von dort aus den Zucker- und Kaffeehandel in preußische Selbstversorgung übergehen zu lassen. Seine Eingabe blieb ebenso folgenlos wie eine zweite Eingabe 1786 an den frisch inthronisierten König Friedrich Wilhelm II. Eine dritte Eingabe scheiterte 1814 ebenfalls unter dem Hinweis, es sei mit Blick auf den möglichen Konflikt mit den großen Seemächten System des preußischen Staates, gerade keine Kolonien zu haben.

Dass Nettelbeck sich auf hoher See zu einem furchtlosen Mann entwickelt hatte, stellte er in Kolberg am 26. April 1777 unter Beweis. Ein Blitz schlug in die Kolberger Marienkirche ein, der Turm fing Feuer. Während die Kolberger von unten um Kirche und Stadt bangten, hechelte Nettelbeck mit seinem zehnjährigen Sohn den Turm hoch und löschte das Feuer.

hungen für den anhaltenden Widerstandswillen der Bürger. „Und hörten es je meine Ohren, daß irgend Jemand – er sey Bürger oder Militair – von Übergabe spräche: bei Mannes Wort, dem rennte ich gleich auf der Stelle diesen meinen Degen durch den Leib“, war Nettelbeck, der sich dem Siebenjährigen Krieg noch durch Flucht entzogen hatte, jetzt zu kei-

gig veranlasste, Neuwahlen durchführen zu lassen. Landesweit blieb er in der öffentlichen Wahrnehmung ein bürgerlich-patriotischer Held. Auf seinen Typus Mann sollte es in den Befreiungskriegen ankommen, sodass noch zu seinen Lebzeiten Nettelbeck idealisiert wurde.

Ab den 1820er Jahren erschienen Nettelbecks Lebenserinnerungen erst in den



Vor dem Dom zu Kolberg: Das Denkmal für Nettelbeck und Gneisenau, geschaffen von dem Berliner Bildhauer Georg-Renatus Meyer-Steglitz. Einweihung am 2. Juli 1903, dem Tag der Aufhebung der Belagerung Kolbergs im Jahr 1807. Das Denkmal wurde 1945 zerstört. Heute stehen auf dem Platz polnische und deutsche Persönlichkeiten vereint

Nettelbeck blieb der Seefahrt noch einige Jahre treu, erwarb ein ansehnliches Vermögen – und obwohl er 1783 mit eigenem Schiff Schiffbruch erlitt, konnte er dennoch gut leben. In Kolberg baute er sich aber schon bald eine neue Existenz als Bierbrauer und Schnapsbrenner auf, wurde 1805 in die kommunale Ständevertretung gewählt und gehörte als königlicher Schiffsvermesser einem Seegericht an.

Streitlustig und ideenreich

Kurz darauf wurde der streitlustige Nettelbeck zum Mann der Stunde, als Napoleon 1806 seinen Durchmarsch durch Preußen aufnahm und die Katastrophe über das Land kam. Der betagte und auch gesundheitlich bereits angeschlagene Festungskommandant Ludwig Moritz von Lucadou tat zwar alles, um Kolberg gegen die Franzosen zu halten, aber das Misstrauen gegen ihn war in der Bevölkerung groß – und Nettelbeck setzte sich an die Spitze derer, die die Absetzung Lucadous betrieben.

Der französische Adelsspross sprach Deutsch nur mit französischem Akzent, verstand das pommersche Platt nicht, und ein Schlaganfall verbesserte das Kommunikationsproblem keineswegs. In der Verteidigung der Stadt fiel es ihm daher schwer, die Bürger hinter sich zu bringen. 1807 erwirkte Nettelbeck die Ersetzung Lucadous durch den preußischen Major August Neidhard von Gneisenau. Gneisenau verstand es, die bürgerlichen Kräfte um Nettelbeck hinter sich zu vereinen und den wehrhaften Widerstand gegen die Belagerer aufrechtzuerhalten.

Nettelbeck bewirkte die künstliche Überschwemmung um die Festung und sorgte zum Teil mit drakonischen Andro-

ner Preisgabe seiner Heimatstadt bereit. Noch während der Belagerungszeit entstand durch die aufkeimende Presse der Ruhm Nettelbecks, der ihm Ehrungen und eine königliche Pension einbrachte.



Porträt aus der Ausgabe seiner Autobiographie bei Brockhaus, 1821–1823: Joachim Nettelbeck mit der goldenen Ausprägung der Ehrenmedaille des Preussischen Militärehrenzeichens, verliehen von Friedrich Wilhelm III. von Preußen

Doch Nettelbeck wusste auch in seinen letzten Lebensjahren noch anzudecken. Gegenüber der Presse äußerte er sich kritisch über einzelne Persönlichkeiten der Stadt und preußische Offiziere. Er verlor etliche Beleidigungsprozesse und brachte auch die Kolberger gegen sich auf, als er bei Neuwahlen zur Bürgervertretung übergangen worden war und den Kö-

pommerschen Provinzialblättern, dann in drei Buchbänden. Am 29. Januar 1824 starb Nettelbeck im Alter von 85 Jahren.

Während Kolberg seinen bedeutendsten Bürger früh vermaß, wurde Nettelbeck im 19. Jahrhundert ab 1848 für die Anwerbung von Seeleuten für die erste deutsche Parlamentsflotte und nach 1871 erneut als Patron für die Erwerbung von Schutzgebieten herangezogen. Ab 1887 hielt die Nettelbeck-Erinnerung auch in Kolberg wieder Einzug. Eine Bürgerinitiative sammelte Geld für ein Nettelbeck-Gneisenau-Denkmal, das allerdings erst 1903 eingeweiht wurde. Das Denkmal wurde 1945 zerstört.

Von Veit Harlan verfilmt

Der Höhepunkt der Instrumentalisierung Nettelbecks erfolgte 1944 mit dem Film Kolberg von Veit Harlan auf Grundlage des gleichnamigen Bühnenstücks von Paul Heyse (1868). Die Uraufführung am 30. Januar 1945 erfolgte zu einem Zeitpunkt, da Deutschland sich bereits im finalen Abwehrkampf befand – und am Tag der Versenkung des Fluchtschiffs „Wilhelm Gustloff“. Der knorrige Schauspieler Heinrich George verkörperte den kantigen Nettelbeck mit den Worten, die Kolberger würden sich „lieber unter Schutthaufen begraben lassen, als ihre Stadt zu übergeben“. In der DDR publizierte 1953 Curt Hotzel über Nettelbeck.

Seither sucht Deutschland nach einem normalen Umgang mit dem pommerschen Querkopf.

● In Deutschland gibt es zahlreiche Nettelbeckstraßen und -plätze, deren Umbenennung aufgrund seiner Aktivitäten bezüglich der Kolonien angestrebt wurde. Das kam allerdings zumeist nicht zustande.

● MELDUNGEN

Dreharbeiten, Wurst und Ordensburg

Pasewalk – Bei „Lila Bäcker“ geht am 26. Januar der Ofen aus. Am 1. Februar werden alle Filialen geschlossen. Der lila Backkonzern wurde unter „Bäckerkönig“ Volker Schülke mit 410 Filialen und 2800 Mitarbeitern zur Nr. 6 in Deutschland. Fazit: Pleite nach Insolvenz trotz Landesbürgerschaft. TS

Stettin/Stargard – In dieser Woche finden Dreharbeiten für eine neue Netflix-Serie statt, die den Untergang des Fährschiffes „Jan Heweliusz“ vor der Insel Rügen im Jahr 1993 zum Thema hat. Die Filmproduktion unter der Regie von Jan Holoubek ist 2025 weltweit zu sehen. TS

Greifswald – Proteste gehen weiter: In den letzten Tagen kam es zu weiteren Protestzügen und Autokorsos gegen die Sparpläne der Bundesregierung in Anklam und Jarmen. Zu Sternfahrten kam es in Richtung Stralsund. Auch die A 11 (bei Stettin) war am 22. Januar gesperrt. TS

Stargard – Die historischen Bahnsteigssäulen, die im Zuge der Arbeiten auf dem Bahnsteig 2 vom Bahnhof Stargard abgebaut wurden, werden nicht verschrottet. Die Gesellschaft der Freunde Stargards hat sich für den Erhalt ausgesprochen und schlägt eine Nachnutzung vor. TS

Köslin – Die Einwohnerzahlen fallen in Hinterpommern: So fiel in der Stadt Tempelburg die Zahl der Bewohner in den letzten drei Jahren um fast 280 auf 6693. Aus dem Rathaus heißt es: „Das Problem ist landesweit.“ Der Grund sei die geringe Geburtenrate und die Abwanderung. TS

Stolp – Die Diskussion um den Standort eines Kernkraftwerkes in Chottschow oder Zarnowitz geht weiter: Am 19. Januar erklärte der Abgeordnete P. Müller (Pis), dass ein neuer Standort einen Verzug von fünf bis neun Jahren bedeute. In Lubmin gab es von 1974 bis 1990 schon einmal ein KRW. TS

Bütow – Die „dunkle Zeit“ für die einstige Ordensburg des Deutschen Ritterordens ist vorbei: Sparmaßnahmen hatten zu Abschaltungen der Beleuchtung und einem Wechsel auf LED-Lampen geführt. Nun soll die Burg wieder zwischen 23 Uhr und 4.30 Uhr erhellt sein. TS

Bad Zwischenahn – Die „Rügenwalder Mühle“ wird im 190. Jahr des Bestehens weiter auf vegetarischen Fleischersatz setzen. Neben 23 klassischen Fleisch- und Wurstwaren werden nun bereits 50 vegane und vegetarische Produkte angeboten. Das Ende für Schinken Spicker kam 2023. TS

Greifswald – Das Caspar-David-Friedrich-Jubiläum beginnt mit einem Höhepunkt: Einer Lichtskulptur des Berliner Künstlers Götz Lemberg. Die Eröffnung findet am Donnerstag, den 7. März, um 18 Uhr statt. Sie nimmt einige der bekanntesten Motive Caspar David Friedrichs als Ausgangspunkt und verwandelt sie in leuchtende, schwebende Lichtzeichnungen. Mit „cdf light“ öffnet sich das Pommersche Landesmuseum in den Stadtraum. Dauerhaft wird dem Museumsvorplatz tags und abends ein strahlendes Ansehen gegeben, auch nach dem Jubiläum. Gefördert wird es durch die Dr. Julius und Günter Budde Stiftung. BS

„Die Demokratie muss noch gelernt werden“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„In der PAZ war ein sehr schöner Bericht über unseren ‚Kaiser‘ Franz Beckenbauer. Wieder jemand, der zu früh ging.“

Patricia Lehmann,
Hessenburg/Vorpommern
zum Thema: Weit mehr als ein Verlust für die Sportwelt (Nr. 2)



Ausgabe Nr. 2

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERHALTE DICH WIE EIN RÖMER ZU: DEUTSCHLAND IM KULTURKAMPF (NR. 2)

Es ist erschreckend zu sehen, wie empathielos mit der Liquidierung der deutschen Kultur umgegangen wird. Man muss wohl Politiker sein, um das Erfordernis, auch ausländische Arbeitskräfte zu brauchen, nutzt, um unser Deutschtum zugunsten des eines künftigen „Gesocksestans“ aufzugeben.

Nur für die Deutschen gilt nicht der alte Grundsatz „When in Rome, do as the Romans do“ (Wenn du in Rom bist, verhalte dich wie ein Römer). Sie haben tunlichst Toleranz gegenüber den Hergekommenen zu praktizieren, bis diese sich erübrigt, weil sie wegen ihrer Minderheit dann überstimmt werden.

Aus dem Artikel, der sich tendenziell auf diese Entwicklung bezieht, greife ich nur den erwähnten Aspekt der Sprachverstümmelung (Schreiben nach Gehör) heraus. Konkret könnte die zugehörige Konsequenz dazu so aussehen:

grosschrift brauch ma nichmea ma hörzi ja nich. manche buchstabm unt kommas (korrekt: Kommata) brauch ma auch nich mea. flaicht is schraibm nach gehöa schon n grunt das füle täkste hoite nichmea richtig faschteen könnn.

Zudem könnte man sich fragen, warum in diesem Kauderwelsch noch in jedes einzelne Wort unterteilt wurde.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

WER SOLL DAS LEISTEN? ZU: ÄRGERNIS FÜR DIE EINEN, LEBENSWICHTIG FÜR DIE ANDEREN (NR. 2)

Die Recherche zur Entstehung und Berechtigung der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) erklärt sicher manches, trotzdem ist die GEMA für viele ein Klotz am Bein.

Überhaupt nicht zu verstehen ist, dass gemeinnützige Vereine, die an einer Veranstaltung *nichts* verdienen, auch GEMA-

gebührenpflichtig sind. Jedes Jahr muss ein Verein eine Steuererklärung machen, alle drei Jahre seine Gemeinnützigkeit nachweisen. Das ist schon Bürokratie genug. Hat man einmal die rechtzeitige GEMA-Anmeldung übersehen, kommt sofort eine Strafforderung: „Sie haben einen Schaden verursacht ...“ Anschließend muss eine detaillierte Musikfolge an die GEMA gemeldet werden, sonst gibt es noch einmal Strafgebühren. Wer soll das leisten?

Bisher war und bin ich immer der Meinung, mit landsmannschaftlicher Kultur keinen Schaden anzurichten, sondern im Gegenteil Nutzen zu stiften. Wann hört diese Drangsalierung des ehrenamtlichen Engagements endlich auf? Welche Bemühungen gibt es von politischer Seite dagegen? Ich sehe ein, wenn kommerzielle Anbieter für ihre öffentlichen Kulturangebote diese GEMA-Gebühren zahlen müssen. Aber bei nachgewiesener Gemeinnützigkeit muss damit Schluss sein. Interessant wäre zu erfahren, wie das in anderen EU-Ländern geregelt ist.

Ich stelle fest, dass auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen überhaupt kaum noch Volkslieder-Sendungen mehr vorkommen. Das Wirken der GEMA muss ich vor diesem Hintergrund – wenn nicht als kulturfeindlich – so doch als kulturhindernd be- und verurteilen.

Friedhelm Schülke, Anklam

EINE DEMOKRATIEWERKSTATT ZU: GEFÄHRLICHES BRODELN (NR. 2)

Das ist sehr gut beschrieben: Die Demokratie muss in Deutschland noch gelernt werden, denn sie wurde bereits durch die 68er Revolte und die Rote Armee Fraktion früh angegriffen, was zu einer autoritären Gegenreaktion führte. Parallel lief ein krankhaftes Wettüben zwischen den USA und Russland, zwischen Demokratie und Kommunismus.

Dann gelang es aufgrund der ost- und westdeutschen Friedensdemonstrationen, den eisernen Vorhang nach Russland

zu durchbrechen. Die Gesellschaft in Russland veränderte sich, und Deutschland wurde wiedervereintigt. Das war 1989. Aber seit 1998 begann wieder das Hochrüsten, und Raketenschilder entstanden.

Es braucht eine Demokratiewerkstatt für Erwachsene. Alles ist massiv von den Umtrieben der Mafia überschattet, gegen die zu wenig unternommen wurde, erst die Italiener, dann Serben, dann Letten, dann Russen, dann Südamerikaner, Chinesen, Albaner und nun auch noch Libanesen. Das ist jetzt ein heilloser Durcheinander. Und jetzt noch Kriege, künstliche Intelligenz und digitale Währungen ...

Die Bauern bringen ein bisschen Boden darein: „Ohne uns gibt es kein Essen.“ Darüber können wirklich alle nachdenken.

Valentina Selge, Münster

MÜLLORGIE IM NEUEN JAHR ZU: LIEBES-BERLIN (NR. 2)

Das, was wir alljährlich an mit aus dem Ruder laufenden Silvesterereignissen erdulden müssen, hat auch immer noch Folgeaktivitäten im Gepäck: Die Beseitigung der Vandalismusschäden und des Mülls. Es gibt einfach immer mehr Zeitgenossen, die nach getaner Verschmutzung der Umwelt, Stichwörter Feinstaub und Lärm, ihren Dreck einfach auf die Straße oder den Straßenrand werfen oder dort liegen lassen gemäß dem Motto „Sollen sich doch die anderen drum kümmern“.

Das Problem eskaliert und ist längst ein Dauerthema. Unsere Gesellschaft verkommt immer mehr zu einer Gesellschaft der rosa Rüsseltiere auf zwei Beinen. Wer durch die Straßen der Städte wandelt, wird feststellen, dass in unserem Lande die Müllprobleme aus dem Ruder laufen und der Vandalismus überall Einzug gehalten hat. Um so etwas einmal richtig auf sich einwirken zu lassen, empfiehlt sich ein ausgiebiger Neujahrsspaziergang durch das Stadtgebiet der Kommune, in der man lebt. Dann wird man erkennen, dass sich mit dieser widerlichen Müllorgie auch Langzeitnachteile, zum Beispiel durch zersplittertes Glas, einstellen.

Üble Verletzungen bei Mensch und Tier können hier noch nach Jahren die Folge sein.

Claus Reis, Schwabach

DIE RUINIERUNG DER NATION? ZU: DES KANZLERS SCHÖNE WORTE UND DES MINISTERS HARTE STRAFEN (NR. 1)

Obwohl der Rückhalt für die desaströse Regierungspolitik der Ampel bei der Bevölkerung inzwischen auf dem Tiefpunkt angelangt ist, verteidigt man im Kanzleramt und in den Ministerien immer noch groteske Wahrheiten von „mehr Klimaschutz“ bis hin zu weiteren Milliarden Steuergeldern an die Ukraine.

Wie isoliert die Ampelregierung mittlerweile auch im Ausland ist, ohne es anscheinend zu bemerken, zeigt die Fokussierung Frankreichs auf die Kernkraft oder Ungarns Bemühungen auf eine diplomatische Lösung im Konflikt in der Ukraine. Die derzeitige deutsche Politik erscheint unfähig für eine Anpassung an die aktuellen Realitäten, da sie dafür von ihrer eigenen Wahrheit abrücken müsste.

Um das Konstrukt des eigenen Wahrheitsbildes zu erhalten, welches letztendlich die eigene Herrschaft moralisch, politisch legitimieren soll, ist man sogar zur Ruinierung der Nation bereit, wie es so treffend im Artikel geschildert wurde.

Die von der Ampel verkündete Wahrheit, die der einer Doktrin gleicht, hat aber ihre Akzeptanz verloren und kommt immer stärker in Widerspruch. Sollten die (H)ampel-Männer in Berlin daraufhin auf noch mehr Gängelungen und Strafen gegenüber kritischen Bevölkerungsteilen setzen, so wird dies zu einem Katalysator des Protests.

Mehrheitlich scheinen die Deutschen nicht (mehr) bereit dafür zu sein, ihren Lebensstandard zugunsten einer „klimaneutralen Volkswirtschaft“ oder einer „feministischen Außenpolitik“ zu opfern. Für Scholz, Habeck und Lindner dürfte das Jahr 2024 jedenfalls zu einem Jahr der harten und unschönen Wahrheiten werden.

Marcel Jacobs, Hamburg

ANZEIGE

Die Rückkehr der Zensur!

■ In Deutschland herrscht Meinungsfreiheit. Angeblich.
»Eine Zensur findet nicht statt«, heißt es in Artikel 5 des Grundgesetzes.

Doch seit der Wahl Donald Trumps 2016 und dem Brexit haben sich Geheimdienste, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen, Internetgiganten und Mainstream-Medien verschworen, um durch die Hintertür ein flächendeckendes System der Zensur und Meinungsüberwachung einzuführen, finanziert von den Steuerzahlern, im Namen der Bekämpfung von »Hass und Hetze« sowie »Desinformation«.

Das neue Zeitalter der Zensur

Deutschland war mit dem »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« Vorreiter bei der Einführung des Zensurkomplexes. Es verpflichtete große Internetfirmen dazu, künstliche Intelligenz zu verwenden, um angebliche »Hassrede« zu finden und zu filtern.

Die Rede, die sie hassen

Hinter diesen Zensurbemühungen steht ein Geflecht aus amerikanischen und englischen Geheimdiensten sowie transatlantischen Thinktanks, die vorab definieren, welche Meinungen richtig und welche falsch sind. So werden Meinungsäußerungen von Bürgern als »Desinformation« definiert, weil sie politisch nicht gewollt sind.

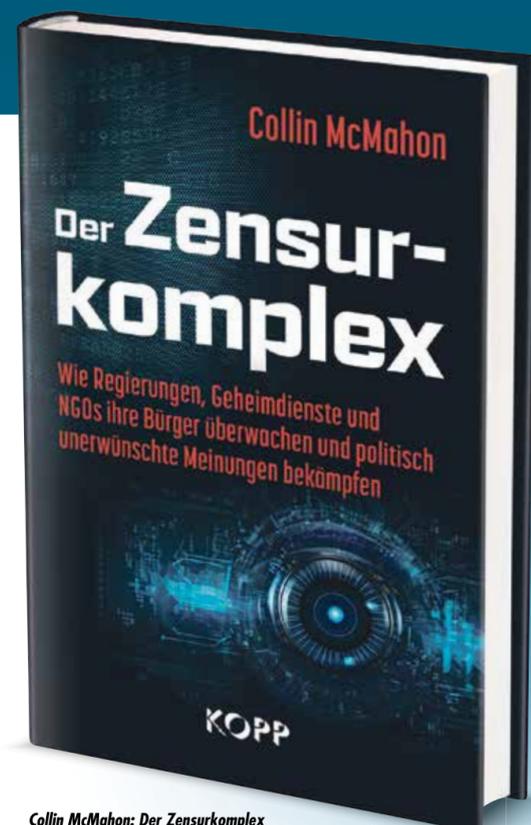
Wie konnte es so weit kommen?

In seinem exzellent geschriebenen Recherchebericht gibt Collin McMahon die erschreckende Antwort. Noch brisanter wird es aber, wenn er seinen Fokus auf Deutschland richtet und die Finanzierung von Zensur-NGOs wie Correctiv, Amadeu Antonio Stiftung, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen akribisch durchleuchtet. Die Zahlen, die McMahon zusammengetragen hat, sind erschreckend, denn sie beweisen, dass es in Deutschland eine regelrechte Zensur-Industrie gibt, die der Staat mit Steuergeld üppig subventioniert.

Auf dem Weg zum Wahrheitsministerium

Hinter diesen Zensurbemühungen steht ein Geflecht aus amerikanischen und englischen Geheimdiensten sowie transatlantischen Thinktanks, die vorab definieren, welche Meinungen richtig und welche falsch sind. So werden Meinungsäußerungen von Bürgern als »Desinformation« definiert, weil sie politisch nicht gewollt sind.

Collin Mahons *Who's who* im deutschen Zensur-Business ist ein Meilenstein des alternativen Investigativ-Journalismus!



Collin McMahon: Der Zensurkomplex
gebunden • 192 Seiten • Best.-Nr. 990 800 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

LANDSCHAFTSPARK DEGENERSHAUSEN

Winterlicher Gartentraum

Eine Parkidylle im Harz – Preußens Geldnöte sorgten für den Besitzwechsel eines Landstückes bei Ballenstedt

VON MARTIN STOLZENAU

Ein Parkbesuch lohnt sich nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter. Ein Spaziergang durch knirschenden Neuschnee unter schneebedeckten Bäumen entlang ist ein besonderes Naturerlebnis. Dieses lässt sich auch in dem am östlichen Harz-Rand gelegenen Landschaftspark Degenershausen genießen. Der zwölf Hektar große Park mit seinem ungewöhnlichen weißen Obelisken und einem von Wiesen eingebetteten, zurzeit aber zugefrorenen Teich lädt Ausflügler zu allen Jahreszeiten zu einem Besuch ein. Der Garten gilt mit seinem Staudengarten und internationalen Pflanzzüchtungen als dendrologisches Kleinod in Sachsen-Anhalt und bietet auch in der kalten Jahreszeit vielen Vogelarten, die nicht in den warmen Süden ziehen, einen idealen Lebensraum.

Nach der Inbesitznahme durch die Familie von Bodenhausen-Degener, welche die Parklandschaft entstehen ließ, und der Vernachlässigung zu DDR-Zeiten erlebte der Park nach der Übernahme durch die Gemeinde Wieserode vor 30 Jahren mit finanzieller Unterstützung durch den Bund und das Land Sachsen-Anhalt eine Art Wiederauferstehung: Er wurde zu einem touristischen Anziehungspunkt. Inzwischen zählt der Landschaftspark neben dem Dessau-Wörlitzer Gartenreich zu den sogenannten Gartenträumen in Sachsen-Anhalt. Und eine preußische Geschichte hat er auch.

Um 1830 veräußerte Preußen unrentable Betriebe und Landstücke. Dazu gehörten auch viele Hektar zwischen Neuplatendorf und Burg Falkenstein im Harz. Der Braunschweiger Amtsrat Johann Christian Degener erwarb mit dem höchsten Angebot den Landbesitz als Hochzeitsgeschenk für seine Tochter Amalie und deren Ehemann, dem Kammerherrn



Monumentales Andenken an den Parkgründer Johann Christian Degener: Der Obelisk von Degenershausen

Constantin von Bodenhausen. Degener erhob den Landbesitz bei Wieserode zum Fideikommiß, der unverkäuflich sowie unteilbar war und nur an männliche Nachkommen vererbt werden durfte. Er ließ 1835 ein Herrenhaus erbauen, Wirtschaftsgebäude sowie einen ersten kleinen Park errichten und übergab das Anwesen seiner Tochter und deren Mann. Dazu kam die Maßgabe, dass der Besitz den Namen Degenershausen tragen sollte.

Das Anwesen wurde von der Familie bis zum Ersten Weltkrieg als Sommerresidenz und danach als Hauptsitz genutzt. Hans Wilke von Bodenhausen gewann in

der Weimarer Zeit den damaligen Direktor von Kew Gardens in London für die vollständige Ausbildung von Degenershausen zum Englischen Garten. Dazu gehörten eine asymmetrische Gestaltung, eindrucksvolle Sichtachsen und die Einbeziehung von über 175 Arten einheimischer sowie fremder Gehölze.

Ein gefiederter Reigen

Den exotischen Gehölzanteil hatte ein Familienmitglied von seinen Weltreisen nach Degenershausen mitgebracht. Fortan wechselten dominante Einzelbäume mit Strauch- sowie Baumgruppen und

Wiesen, die bis heute vielgestaltige Ausblicke ermöglichen. Die Palette der Baumarten reicht von Edelkastanien über Traubeneichen, Hemlockstannen, Sitkafichten, Nutka-Scheinzypressen sowie Kaukasusfichten bis zu japanischen Lärchen, griechischen Tannen, Exemplaren des chinesischen Rotholzes und zur seltenen Elsbeere, die mit ihren birnenförmigen Früchten ins Auge fällt.

In der Parkidylle fühlt sich von alters her eine erstaunliche Vogelvielfalt heimisch. Hier war und ist jedem Besucher besonders in den Morgenstunden im Frühjahr ein vielgestaltiges Vogelkonzert

sicher. Der gefiederte Reigen umfasst außer den sonst verbreiteten Singvögeln auch Gimpel, Kernbeißer, Waldbaumläufer und Grünfink. Zum Gezwitscher gesellt sich in entsprechender Jahreszeit ein überaus differenziertes Balzritual.

Das Anwesen blieb bis zur Enteignung 1947 im Besitz der Familie. Anschließend wurde das klassizistische Herrenhaus nacheinander als Unterkunft für Heimatvertriebene, Kinderheim und regionale Zentralschule genutzt.

Nachdem auf die vorgesehene Verwendung als Heim für Parteiveteranen nach 1972 verzichtet worden war, verfiel das leere Gebäude. Der Park war schon lange verwildert. Erst am 1. April 1989 bekam die Gemeinde Wieserode nach dem Abriss des baufälligen Herrenhauses durch den Rat des Kreises Hettstedt das Nutzungsrecht über den Besitz.

Nach der deutschen Vereinigung gelangte auf Initiative der Gemeinde und vieler freiwilliger Helfer über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und mit Förderung durch staatliche Mittel der Landschaftspark wieder zu neuer Pracht. Fachkundige Anleitung kam aus Wörlitz, dem weltberühmten Gartenreich bei Dessau. Dabei wurde auch der Obelisk zu Ehren des Parkgründers erneuert.

Seit Jahren wächst die Besucherzahl in dieser gartenarchitektonischen wie auch dendrologischen Idylle, die im Harz abseits von den Fernverkehrsstraßen, Städten und Touristenhochburgen zu jeder Jahreszeit eine ungewöhnliche Naturschönheit garantiert. Wieserode mit dem Landschaftspark Degenershausen gehört jetzt als Ortsteil zu Falkenstein/Harz.

● Der Park mit Parkplatz und regelmäßigem Parkfest ist ganzjährig frei zugänglich. Führungen sind auf Anfrage möglich. Telefon (034743) 53681. www.land-schaftspark-degenershausen.de

PALÄONTOLOGIE

Die Schmalschädler von der Pfalz

Amphibien, die sich wie ein Krokodil verhielten – Der Fund einer Ursaurierart gilt als Sensation

Der Fossilienfund in einem Steinbruch am Remigiusberg zwischen Kaiserslautern und Trier ist schon eine Weile her, aber erst jetzt ist den Wissenschaftlern dessen ganze Bedeutung bewusst geworden. Zwischen 2013 und 2018 grub ein internationales Forscherteam in Zusammenarbeit mit dem Museum für Naturkunde Berlin ein Saurierfossil aus, das sich jetzt als bislang unbekannte Ursaurierart erwiesen hat.

Als Ursaurier bezeichnet man alle Vierfüßer, die in einem bestimmten Abschnitt des Erdaltertums, dem Karbon und Unterperm, gelebt haben. Der Begriff hat keine wissenschaftliche Bedeutung, sondern ist nur eine Sammelbezeichnung für die damals lebenden Vierfüßer. Ursaurier sind die Vorfahren aller Landwirbeltiere wie Säugetiere, Krokodile, aber auch der Dinosaurier. Nach ausgiebiger Erforschung der Fossilien ist nun nachgewiesen, dass es sich um eine neue Ursaurierart handelt, die nach der Kopfform, also ihrem großen flachen Schädel Schmalschädler oder auch wissenschaftlich Stenokranio boldi genannt wird. Tiere dieser Art lebten vor etwa 300 Millionen Jahren im Zeitalter des Paläozoikums.

Klimatisch und geographisch unterschied sich die Welt damals völlig von der heutigen Erscheinungsform. Denn die

Kontinente waren noch nicht an ihrem heutigen Platz auf der Erdkugel. Die heutige Pfalz, in der man auf die neue Saurierart stieß, befand sich in der Nähe des Äquators. Dort lebten diese Tiere als lauernde Jäger am Rande tropischer Gewässer ähnlich wie Krokodile sowohl im Wasser als auch an Land.

Die Fossilien entdeckte man an einem Ort, der damals zu einem riesigen Gebirgstal gehörte und der am Rand eines

etwa 70 Kilometer langen Sees lag. Die sogenannten Schmalschädler wurden bis zu eineinhalb Meter lang, wogen ungefähr 70 Kilogramm, hatten viele kleine spitze Zähne und im Gaumen drei Paare nach hinten gebogener Reißzähne. Sie dienten offenbar dazu, die glitschige Beute besser halten zu können. Außer Fischen gehörten zur Nahrung dieser furchteinflößenden Raubtiere auch andere Ursaurier, die sie ähnlich wie Reptilien als Gan-

zes schluckten, da die Zähne nicht zum Kauen geeignet waren.

Heute verstehen wir unter Amphibien wechselwarme Wirbeltiere, deren Körpertemperatur sich mit der Außentemperatur ändert. Dazu gehören Frösche, Kröten, Unken, Salamander und Molche. Auch die Art der entdeckten Ursaurier wird zu den Amphibien gerechnet, weil sie ebenso an Land wie im Wasser lebte und ihre Vermehrung im Wasser erfolgte. Reste von drei weiteren vierfüßigen Ursaurierarten wurden in der Pfalz ebenfalls gefunden. Mit den weithin bekannten Dinosauriern hatten die Ursaurier nichts zu tun, denn sie lebten vor den Dinos. Diese tauchten erst etwa 60 Millionen Jahre später auf.

Interessant für die Wissenschaft sind in diesem Zusammenhang auch die Steinbrüche am Bromacker in Thüringen, die als bislang bedeutendster Fundort für Landwirbeltiere aus der Zeit des Unterperms vor etwa 299 bis 270 Millionen Jahren außerhalb Nordamerikas gelten. Die Fundstellen am Remigiusberg und am Bromacker sind erdgeschichtlich zeitgleich. Während man in Thüringen nur Vierfüßer fand, die an das Leben an Land angepasst waren, konnte man in der Pfalz nun auch im Wasser und an Land lebende Amphibien entdecken. Silvia Friedrich



Fossile Reste eines Ursauriers: Präparation des 2018 entdeckten Schädels eines Stenokranio boldi durch einen geowissenschaftlichen Präparator

KLEINES SCHLOSS

„Prinzenburg“ wird saniert

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg saniert derzeit das Kleine Schloss im Potsdamer Park Babelsberg. Die Arbeiten sollen bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Das heute als „Kleines Schloss“ bekannte Café und Restaurant im Babelsberger Park war am Havelufer erst 1980 unweit der Grenzanlagen eingerichtet worden. Im 19. Jahrhundert diente das 1841 nach englischen Vorbildern gestaltete neogotische Haus als „Prinzenburg“ zunächst als Wohnsitz des preußischen Prinzen Friedrich Wilhelm, dem späteren Kaiser Friedrich III. Nach Beendigung der Monarchie 1918 wurde es von der Schlösserverwaltung für Wohnzwecke vermietet. Ab 1934 wohnte dort der aus Potsdam stammende Komponist Hans Chemin-Petit. Im Krieg stark zerstört, setzte sich ab 1961 der Gastronomiebetrieb der „Strandterrassen“ noch wenige Jahre fort. Nach längerem Leerstand erfolgte 1980 ein erneuter Umbau zur Gaststätte „Kleines Schloss“. Nach der Sanierung soll die Nutzung des Gebäudes unverändert bleiben: Das Erdgeschoss wird einen Gastronomiebetrieb mit Vollküche, das Obergeschoss zwei Wohneinheiten aufnehmen. tws/SPSG

● FÜR SIE GELESEN

Ein Licht in dunkler Zeit

Annie Lyons Roman „Der Buchclub“ handelt von der Londonerin Gertie Bingham, die immer antriebsloser geworden ist, seit ihr Mann gestorben war. Sie beschließt, den gemeinsam geführten Buchladen zu schließen und sich in den Ruhestand zu begeben. Ein guter Freund kommt unvermittelt auf sie zu mit der Bitte, ein jüdisches Flüchtlingskind aufzunehmen. In Europa droht ein Krieg auszubrechen, und es ist bekannt, dass Juden in Deutschland schlecht behandelt und ganze Familien verhaftet werden.

Gertie kann sich nicht vorstellen, dass sie dazu in der Lage wäre, sich um ein fremdes Kind zu kümmern. Aber nach reiflicher Überlegung und aus Nächstenliebe nimmt sie die 14-jährige Hedwig Fischer bei sich auf. Die Jugendliche ist verstockt und lässt aus Kummer über den Verlust ihrer Eltern und ihres Bruders nur wenig an sich herankommen.

Gertie führt ihren Buchladen weiter, auch nach Ausbruch des Krieges. Mit ihren Buchbesprechungen im Buchclub und dem Versand von Büchern an Kriegsgefangene schafft sie es, den Krieg für viele durch das Lesen der Bücher erträglicher zu machen. Auch der Weg zu Hedwig, später Hedy, wird mit der Zeit herzlicher, denn beide haben nur noch sich und die Bücher.

Angela Selke



Annie Lyons: „Der Buchclub. Ein Licht in dunklen Zeiten“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, Taschenbuch, 429 Seiten, 12 Euro

Krimis zum Nachspielen

Sechs Freunde verabreden sich in London zu einem Krimi-Dinner. Jeder ist gespannt darauf, wie die eigene Rolle ausfallen und, vor allem, wer von ihnen der Mörder sein wird. Alle verkleiden sich dem Ereignis angemessen, denn der Mord geschah im Jahr 1924. Sie müssen sich gemäß ihres Rollenbuchs verhalten. Nach und nach kommen Fakten zum Vorschein, die Hinweise auf den Mörder geben. Auf dem Weg nach Hause wächst bei der Romanheldin Pippa der Gedanke, dass sie einen echten Fall, der vor fünf Jahren passiert ist, noch einmal aufrollen sollte. Nach dem Krimi-Dinner sieht sie sich in der Lage dazu, denn der ermittelte mutmaßliche Täter konnte ihrer Meinung nach auf keinen Fall der Mörder gewesen sein.

Holly Jacksons Roman „Kill Joy“ überrascht mit seinem frischen Stil. Für Leser, die selbst schon einmal an einem Krimi-Dinner teilgenommen haben, wird er nichts Besonderes sein außer einer Einleitung und Vorgesichte zu der nachfolgenden Krimireihe, die in diesem Buch am Ende als Leseprobe vorgestellt wird. Der Preis erscheint für diese kleine Lektüre allerdings übersteuert.

A.S.



Holly Jackson: „Kill Joy“, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2023, Taschenbuch, 130 Seiten, 12 Euro

EVANGELISCHE KIRCHE



„Lob Gott getrost mit Singen“

Seit 500 Jahren ist der Gemeindegesang unverzichtbarer Teil der Verkündigung im Gottesdienst – Forschung und Ausblick

FOTO: SHUTTERSTOCK

Das **Evangelische Gesangbuch** feiert seinen 500. Geburtstag. 1524 erschien das „Geystliche gesangk Buchleyn“ von Johann Walter. Einen Überblick über die Erforschung der Geschichte evangelischer Gesangbücher mit den wichtigsten Stationen,

den bedeutendsten Liederdichtern, Änderungen der Frömmigkeit samt einem Ausblick liefern der Präsident der Luther-Gesellschaft, Johannes Schilling, und Brinja Bauer, Vikarin der Nordkirche.

Christiane Rinser-Schrut



Johannes Schilling, Brinja Bauer: „ingt dem Herrn ein neues Lied“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2023, gebunden, 294 Seiten, 25 Euro

ISLAMWISSENSCHAFT

Symbol der Herrschaft Allahs

Tilman Nagel bezeichnet die Unterscheidung zwischen politischem und unpolitischem Islam als naiv

VON LOTHAR FRITZE

Das der Islam zu Deutschland gehöre, wurde uns sinngemäß 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in seiner Eröffnungsrede zur Islamkonferenz und vier Jahre später vom seinerzeitigen Bundespräsidenten Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit mitgeteilt. Wulff stieß seinerzeit mit dieser „Erkenntnis“ sowohl bei eigenen Parteigenossen als auch bei Politikern der CSU auf Widerspruch.

Angela Merkel schloss sich Wulff Jahre später auf einer Pressekonferenz mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu im Januar 2015 unumwunden an. *Sich auf den vierten Satz der Wulffschen Verlautbarung berufend*, sagte sie: „Das ist so; dieser Meinung bin ich auch.“ Welcher Meinung sie war oder ist, bleibt offen, denn der fragliche Satz ist interpretationsbedürftig. Anzunehmen ist jedoch, dass es sich bei seiner Verkündigung nicht nur um die Mitteilung der Tatsache handelt, dass in Deutschland auch Muslime leben. Vielmehr dürften Wulff und seine Unterstützer eine rechtliche Gleichstellung des Islam als Religionsgemeinschaft im Auge haben. Darüber hinaus soll anerkannt und für rechtens befunden werden, dass so wie die christlich-abendländische Tradition auch der Islam die Kultur Deutschlands künftig prägen wird.

Wenn der Islam zu Deutschland gehört, werden über kurz oder lang auch islamische Grundsätze und Überzeugungen über das Denken von Politikern, Intellektuellen, Theologen und insbesondere Juristen in das deutsche Verfassungsrecht einsickern. Wenn der Satz, „der Islam gehört zu Deutschland“, wahr ist und

wenn es wahr ist, dass die Scharia, das heißt die gottgegebenen Verhaltens- und Rechtsvorschriften, ein wesentlicher und unaufgebbare Bestandteil des Islam ist, dann ist auch die Aussage wahr, dass die Scharia zu Deutschland gehört.

Scharia ist Bestandteil des Islam

Einen denkenden Menschen wird die Vorstellung, die islamischen Grundüberzeugungen könnten als Maßstäbe der Lebensgestaltung auch in Deutschland gelten, nicht nur in Verzückung versetzen. Vor allem aber wird er nicht glauben können, die damit verbundenen Probleme ließen sich durch den (richtigen) Hinweis als unbedeutend erkennen, dass es in Deutschland viele gut integrierte Muslime gibt. Allerdings waren auch solche Einlassungen selbst innerhalb der CDU zu vernehmen, als Wulffs rätselhafter Satz kontrovers diskutiert wurde.

Tilman Nagel, Autor der islamwissenschaftlichen Abhandlung „Das islamische Pflichtgebet und der Gebetsruf“, lässt sich von Abwiegungsversuchen dieser Couleur nicht beeindrucken. Ihm geht es um die Frage der Verträglichkeit bzw. Unverträglichkeit des Islam mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie um die Schwierigkeiten von Muslimen, Loyalität gegenüber nichtislamischen Gemeinwesen aufzubringen. Und in diesem Zusammenhang kommt es ihm darauf an, mit einer Illusion aufzuräumen: der Illusion von einem „unpolitischen Islam“.

Die westliche Publizistik, so führt Nagel, einer der renommiertesten Islamwissenschaftler des Landes, aus, habe sich angewöhnt, „das weitgehende Scheitern der Einfügung muslimischer Zuwanderer in die westliche Gesellschaft und in deren politische Zivilisation“ auf einen „politischen Islam“ zurückzuführen. Nagel je-

doch hält einen unpolitischen Islam, der im Gegensatz zu einem politischen Islam in eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft integrierbar wäre, für inexistent. Für ihn ist die Vorstellung eines unpolitischen Islams „eine Fiktion wohlmeinender zeitgenössischer Westler“. Diese seien es seit 200 Jahren gewohnt, zwischen dem religiösen Glauben einerseits und den politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten andererseits zu unterscheiden, nähmen aber nicht zur Kenntnis, dass bereits der alltägliche Ritenvollzug nicht nur eine religiöse, sondern auch eine eminent politische Angelegenheit ist.

Gebetsruf als politische Angelegenheit

Bereits der Gebetsruf sei ein Ausdruck der Herrschaft des Islams über das Territorium, in dem er ertönt. Er fasst, so Nagel, „die Überlegenheit des Islams über alle anderen Religionen und Daseinsordnungen ausdrücklich in Worte und impliziert die generelle Abwertung der letzteren“. In der Ausübung der vorgeschriebenen Riten wird eben nicht nur Allah angebetet. Die Religionsausübung fungiert zugleich als ein Symbol der Herrschaft Allahs über ein Gemeinwesen. Indem Muslime ihren religiösen Verpflichtungen nachkommen, sichern sie die Herrschaft Allahs und tragen zur Erweiterung des Machtbereichs des Islams bei.

Dem Autor geht es darum, den inneren Zusammenhang des islamischen Glaubensbekenntnisses zu entschlüsseln, dessen Geltungsansprüche kenntlich zu machen sowie auf die politischen und gesellschaftlichen Implikationen hinzuweisen, die mit einer Verpflanzung der islamischen Kulturpraxis in nichtislamische Gemeinwesen verbunden sind. Statt Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, so ist

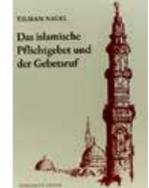
Nagel überzeugt, flüchten sich Vertreter der politischen Klasse, der beiden Amtskirchen sowie zahllose Journalisten, die „jegliche Kenntnis des Islams und seines Ritualrechts vermissen“ ließen, in die Idee eines politischen Islams und buhlen mit haltlosen Meinungsäußerungen um die Gunst muslimischer Wähler.

Ein unpolitischer Islam aber, der im Gegensatz zu einem politischen Islam der Integration von Muslimen in einen demokratischen und säkularen Staat keine Hemmnisse entgegensetze, lasse sich nirgends finden. Auch sei ein unpolitischer Islam nicht irgendwann, etwa mit der Gründung der Muslimbruderschaft 1928, politisch geworden. „Wo immer Muslime an die Macht gelangten“, so schreibt Nagel, „begründeten sie diese Macht mit dem Handeln Mohammeds, der den ihm offenbarten Glauben als eine ihm durch Allah übertragene Herrschaft auffasste und entsprechend entschlossen, ja skrupellos gegen seine äußeren Feinde und gegen die Zweifler in den eigenen Reihen vorging.“

Ein unpolitischer Islam ist für Nagel ein „Hirngespinnst“. Er ist überzeugt, dass man auf der Grundlage eines Glaubens an einen unpolitischen Islam, dem die Ziele des „politischen Islams“ fremd sind, eine Islamisierung Deutschlands nicht wird verhindern können.

Tilman Nagel: „Das islamische Pflichtgebet und der Gebetsruf“

Eine ritualrechtliche Untersuchung nebst einem Exkurs über falsche Gleichsetzungen“, Basiliken-Press, Dresden 2024, broschiert, 125 Seiten, 19,60 Euro



MASUREN

Die Entdeckung eines Steinzeitgrabes

Der ostpreußische Forscher Adalbert Bezenberger beschrieb einen ungewöhnlichen Fund während des Ersten Weltkriegs

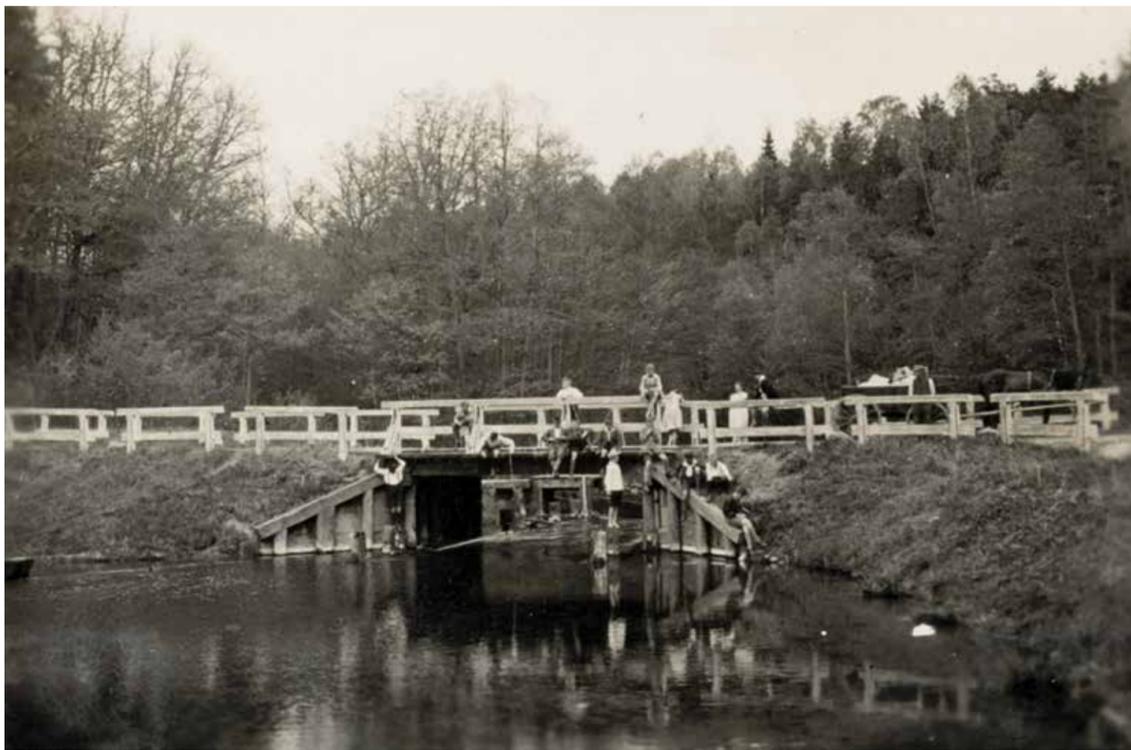
Der Sprach- und Vorgeschichtsforscher Adalbert Bezenberger, von 1891 bis 1916 Direktor des Prussia-Museums, war zugleich Herausgeber der Sitzungsberichte der Altertumsgesellschaft Prussia. Felix Ernst Peiser wurde 1916 Nachfolger von Bezenberger als Vorsitzender der Altertumsgesellschaft Prussia.

Nach der zwischen dem 7. Februar und dem 22. Februar in Masuren stattgefundenen Winterschlacht wurde am 17. März 1915 das Prussia-Museum von dem stellvertretenden Generalkommando in Allenstein durch Fernruf benachrichtigt, dass bei Befestigungsarbeiten in der Johannsburg Forst unweit der Station Puppen ein vorgeschichtlicher Fund gemacht sei, welcher die sofortige Entsendung eines Sachverständigen erwünscht erscheinen lasse. Zugleich wurde mitgeteilt, dass die Bahnstrecke frei, und der Bauleiter der Befestigungsarbeiten, Herr Korallus, mit den erforderlichen Anweisungen versehen sei. Fahrtausweise seien von der Königsberger Linienkommandantur zu erbitten.

„Obgleich die Angaben über den Fund Zweifel an seiner Bedeutung erregten, und die Witterungsverhältnisse (scharfer Frost bei tiefem Schnee) einer Bodenuntersuchung sehr ungünstig waren, gab es für Herrn Peiser und mich doch kein langes Besinnen, bot uns doch die Nachricht des Generalkommandos neben der Möglichkeit einer vorgeschichtlichen Feststellung die Gelegenheit, den frischen Spuren der masurischen Winterschlacht nahe zu kommen! Unverzüglich besorgten wir also alles Nötige und fuhren am Abend des 18. März ab.“

Untersuchung bei starkem Frost

„Bis Lötzen war vom Kriege nichts zu merken, aber unsere Hoffnung, dort ein paar Stunden schlafen zu können, ging nicht in Erfüllung, denn der Zugang zur Stadt, dem damaligen Quartier Hindenburgs, war gesperrt, der Bahnhof aber übervoll von Feldgrauen, die in allen erdenklichen und undenklichen Stellungen rasteten. So behielten wir uns denn mit einem leeren Plätzchen im stickluftigen Zimmer des Bahnhofskommandanten, brauchten aber erfreulicherweise nur etwa zwei Stunden zu warten, denn der



Verbindung zwischen Uplick- und Sdunosee: Die Stelle, an der das vermutliche Steinzeitgrab entdeckt wurde

Führer eines leeren Güterzuges erklärte sich bereit, uns in seinem Gepäckwagen bis Johannsburg mitzunehmen, und wir gingen hierauf umso lieber ein, als wir dadurch in die Gesellschaft einiger Leute kamen, welche die schweren Tage der Russeneinfälle und -Kämpfe als Augenzeugen erlebt hatten.

Anfangs war durch die winzigen Fensterchen unseres Wagens nichts zu erblicken, aber allmählich traten bald rechts, bald links vom Bahndamm aus dem Morgengrauen zerschossene Gehöfte, Reste von Stacheldrahtverhauen und Schützengräben hervor, und in Arys lagen bei Tageslicht die Trümmer des von den Russen gesprengten Wasserturmes vor uns. Von diesen stumm sprechenden Zeugen abgesehen, war aber die Landschaft vollkommen tot: kein Mensch, kein Schlitten, keine Rauchsäule, selbst Krähen ließen sich nicht blicken.

In Johannsburg, wo wir unseren Zug verlassen mussten, waren Uhr, Türen und Zensier des Bahnhofgebäudes durch

Flintenkugeln zerschossen, aber ein Wartenraum war geheizt und unser Aufenthalt von erträglicher Dauer. Ein Militärzug, der eine Artillerieabteilung von Suwalki her beförderte, nahm uns mit und brachte uns in anderthalb Stunden nach Puppen, wo wir von Herrn Korallus mit Fuhrwerk erwartet wurden, die unverzüglich ausgeladene Artillerie aber sich in Marsch setzte. In leichtem Schneetreiben verschwand sie in der Richtung auf Przasnysz, aus welcher bis in die sinkende Nacht Kanonendonner herüberrollte.

Die Stelle, zu der wir geführt wurden, liegt auf dem Dienstlande der Försterei Waldersee (früher Koczek) nahe dem Zusammenstoß des Uplick- und des Sdruno-Sees, nordnordöstlich von der hier befindlichen Brücke (früher Fähre), über welche die Straße Gr. Kurwig – Waldersee – Alt-Kelbonken führt, und zwar 80 Meter nördlich von der Westecke des Forsthäuses und 25 Meter östlich von der Mitte des Weges, dicht am Wasser des Uplicksees. Ihre Höhe über dem Wasserspiegel mag

fünf Meter, wenn nicht mehr, betragen haben. Auf der Generalstabkarte ist an ihrer Stelle ein kleiner Hügel eingezeichnet.

Hier hatte man begonnen, hinter einem bereits ausgebauten gedeckten Schützengraben einen zweiten herzurichten und war hierbei auf den Fund gestoßen, der unsere Fahrt veranlasst hatte. Worin er tatsächlich bestand, war aus der uns gewordenen, aber von uns selbst nicht entgegen genommenen telephonischen Nachricht nicht zu entnehmen gewesen, und so waren wir denn sehr angenehm überrascht, als uns ein stattlicher, gut geglätteter schwarzer Steinhammer aus Diabas (nach Herrn Prof. A. Bergeat) mit Zylinderbohrung übergeben und gesagt wurde, dass er bei einem Skelett gefunden sei.

Die hierdurch in uns erweckten Hoffnungen gingen indessen leider nicht ganz in Erfüllung, denn bei steilem Abstechen der Grabenwände waren die Ruhestätte des Skelettes und es selbst schwer beschädigt. Überdies war der Boden über

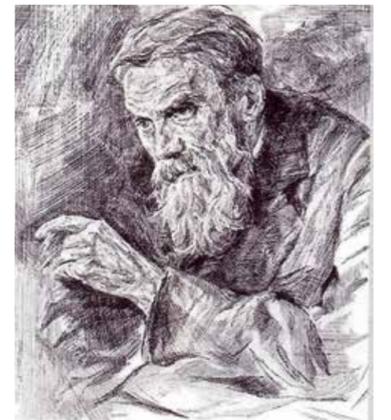
einen Meter tief so festgefroren, dass wir fast daran verzweifelten, in ihm arbeiten zu können. Da aber die Grabanlage unverzüglich vernichtet werden musste, wollten wir wenigstens versuchen, ihr Verständnis abzugewinnen, und wider Verhoffen ist uns das genügend gelungen.“

Gegenstände der jüngeren Steinzeit

Unter einer 20 Zentimeter dicken Humusdecke fanden die beiden Forscher in einer mit Kies und dunkler Erde gefüllten Grube menschliche Knochen, ein Feuersteinmesserchen, ein winziges Feuerstein-Spaltstück, eine Feuerstein-Spaltspitze, Scherben und Knochen eines Tieres. Der Zufall hatte Bezenberger und Peiser an ein seltenes ostpreußisches Grab der jüngeren Steinzeit geführt.

„Den Rückweg nahmen wir über das furchtbar zerschossene Ortelsburg, vor dessen Bahnhof 1000 eben eingebrachte russische Gefangene standen, und von da führte uns ein überfüllter und ungeheizter Soldatenzug in nicht viel weniger als zwölf Stunden (im Frieden dauert die Fahrt noch nicht eine Stunde) nach Allenstein. Dort gegen Morgen eintreffend, fanden wir die Nachricht, dass Memel von den Russen genommen sei.“

Aus: Rabenauer Anzeiger vom 23. November 1918. „Ein masurisches Steinzeitgrab“ von Adalbert Bezenberger in „Mannus. Zeitschrift für Vorgeschichte“. Zitiert nach Prof. Gustav Kosinna. X. Band. Leipzig und Würzburg, 1918.



Adalbert Bezenberger
Foto: Museum Stadt Königsberg

ERINNERUNG

Auf der Suche nach der eigenen Geschichte

Hagen Schulz-Hildebrand stieß auf ein Rätsel um die verschütteten Knochen von 200 Menschen in Königsberg

Ein Besuch in seinem Geburtsort Königsberg [Kaliningrad] Anfang der 1990er Jahre veranlasste Hagen Schulz-Hildebrand, geboren 1939, zur Beschäftigung mit seiner persönlichen Geschichte sowie mit der Geschichte und dem Untergang von Königsberg.

In seinem Buch „Ortstermin. Die Reise nach K.“ hat er noch sichtbare Spuren im ehemaligen Stadtteil Hufen, dem einstigen Wohnort seiner Familie, und eigene, teils rudimentäre Erinnerungen zusammengefügt. Im zweiten Teil des Buches konkretisiert und begründet er seinen Verdacht, auf Hinweise zu einem der letzten Holocaust-Massaker des NS-Regimes gestoßen zu sein.

Mit seiner Schwester hatte der Autor am Westwerk des Doms nach der Stelle gesucht, an der sich die ebenerdige südliche Turmstube befand, die im Krieg zu einem Luftschutzbunker ausgebaut war.

Bei dem Bombardement am 28. August 1944 hatte er es mit seinen Geschwistern und seiner Mutter geschafft, der Feuerwalze der brennenden Innenstadt zu entkommen, und man hatte sie zum Dom dirigiert. 5000 Menschen starben elendig bei dem Luftangriff durch ein britisches Bombergeschwader.

Am Tag nach der Katastrophennacht stemmten Suchtrupps ein Loch in die Domfassade, durch das sie mit Decken herausgezogen wurden. Anfang der 1990er Jahre befand sich an dieser Stelle eine von der evangelischen Gemeinde verwaltete Kapelle. Hier wurden sie von einer Mitarbeiterin der Gemeinde mit einer verstörenden Nachricht konfrontiert.

Sie berichtete ihnen, dass man die Turmstube in späteren Jahren geöffnet und dabei die Knochen von etwa 200 Menschen, überwiegend Kindern, unter Schuttmassen entdeckt habe. Man

hielt sie für Opfer des Bombenangriffs. Zum Gedenken an die unbekanntenen Toten sei eine der vier 1995 neu installierten Glocken „Kinderglocke“ genannt worden. Der Autor und seine Schwester hegten jedoch begründete Zweifel daran, dass diese Kinder, an die nur der Name einer Glocke erinnert, tatsächlich Opfer des Bombenangriffs vom 28. August 1944 gewesen sind.

Vermutung aufgrund von Zeitzeugenberichten

Schulz-Hildebrandt erwägt, dass es sich bei den sterblichen Überresten um ermordete Kinder und alte Menschen handeln könnte, die beim Herannahen der Russen aus den ostpreußischen Haftlingslagern nach Königsberg transportiert worden waren.

Da abzusehen war, dass kleinere Kinder und ältere Menschen den Todes-

marsch nach Palmnicken nicht überstehen würden, wird die Mehrzahl von ihnen getötet worden sein, vermutet er und beruft sich dabei auf Zeitzeugenberichte. Aufgrund eigener Recherchen hat er den Eindruck gewonnen, dass auf russischer Seite kein Interesse an der Aufklärung mutmaßlicher Verbrechen und damit an der Schaffung eines Erinnerungsortes am Königsberger Dom besteht.

Bei der Flucht aus Ostpreußen im Januar 1945 war Schulz-Hildebrandt fünf Jahre alt. In Norddeutschland wuchs er auf und hat seine Heimat auch später nicht definieren können. Bedingt durch seine berufliche Tätigkeit war er in mehreren Großstädten der Welt ansässig.

Durch den bewegenden Bericht von Michael Wieck über das Königsberg seiner Kindheit und Jugend in dessen Buch „Zeugnis vom Untergang Königsbergs“

öffnete sich für ihn der Blick in die Lebenswelt seiner Eltern im Stadtteil Hufen, in deren unmittelbarer Nachbarschaft Wieck wohnte. Die Briefe seines Vaters führten ihn zur Erkenntnis, dass auch seine Eltern, die, wie er schreibt, sich unpolitisch wähnten, in „jener Aura systematischer Verlogenheit“ gefangen waren, wie Hannah Arendt es zutreffend bezeichnete. Die berühmte Philosophin verbrachte die meisten ihrer Kinder- und Jugendjahre im Königsberger Stadtteil Hufen. Dagmar Jestrzemska



Hagen Schulz-Hildebrandt: „Ortstermin. Die Reise nach K.“, Verlag Haag & Herchen, Hanau 2023, broschiert, 77 Seiten, 18 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Es gehe nicht ums Geld, sondern ums Prinzip. Mit dieser Aussage rechtfertigt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Entschluss der Ampel, homöopathische Mittel als Kassenleistung zu streichen, die 2021 nur etwa 22 Millionen Euro gekostet haben. Deren Wirksamkeit sei nicht erwiesen, so Lauterbach, was die weitere Kassenfinanzierung verbiete, denn: „Die Grundlage unserer Politik muss die wissenschaftliche Evidenz sein.“ Auf diese kategorische Forderung würden gewiss viele Deutsche gern auch im Hinblick auf Lauterbachs Umgang mit der Corona-Pandemie zurückkommen. Seinerzeit begründete der Minister weitreichende Einschätzungen zur pandemischen Lage nicht etwa mit „wissenschaftlicher“, sondern, so Lauterbach damals wörtlich, mit „anekdotischer Evidenz“. Praktisch gleichzeitig mit dem Beschluss zur Streichung von Homöopathie-Kassenleistungen in Deutschland spendiert die Ampel übrigens 73.000 Euro für die „Weiterbildung von traditionellen Heilerinnen und Heilern“ in Ruanda. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ben Brechtken streicht auf „Nius.de“ (22. Januar) den Beitrag der Ampelregierung zum Erfolg der AfD heraus und darin einen wesentlichen Grund für den Erfolg jener Oppositionspartei:

„Sie weigern sich ..., auch nur einen Millimeter von ihrem Irrweg, der die AfD verdoppelt hat, abzuweichen. Das wird bis zur historischen Wahlschlappe 2025 auch so bleiben. Christian Lindner, Olaf Scholz und Robert Habeck sind völlig unfähig, ihren Kurs zu ändern. Ihre sogar für Politikerverhältnisse extrem stark ausgeprägte Selbstliebe lässt es nicht zu. Lieber fahren sie das Land vor die Wand ...“

Die Unternehmerin Sarna Röser knüpft sich im „Focus“ (17. Januar) die Inkompetenz der derzeit Regierenden vor und kritisiert, dass diese vor den wirklich wichtigen Fragen kneifen:

„Auf der Suche nach einer lösungs- und vernunftgeleiteten Politik, die die Interessen der Bürger ernst nimmt, stoßen wir auf dilettantische Politikdarsteller, die sich im ideologischen Diskurs verrennen. Der gesunde Menschenverstand ist als Korrektiv verloren gegangen. Deutschland verliert sich immer mehr im Kleinklein um Ampelmännchen, Gendersternen, Werbeverbote für bestimmte Lebensmittel und der Cannabislegalisierung. Bei großen Themen ... folgt einer guten Intention meist Realitätsferne.“

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer weist in der „Welt“ (17. Januar) auf die gesellschaftlichen Verwerfungen hin, die ein überbordender Sozial- und Steuerstaat nach sich ziehen kann:

„Konkrete Berichte von Arbeitgebern belügen mir, dass Geflüchtete aus der Ukraine Stellenangebote absagen, weil sie sich ausrechnen, dass sie durch ihre Arbeit nicht mehr in der Tasche haben werden als mit fortgesetztem Bürgergeldbezug. In diesem Umfeld eine Milliarde Euro bei einer Bevölkerungsgruppe einsparen zu wollen, die im wahrsten Sinne des Wortes bodenständig arbeitet, kann nur als Affront empfunden werden.“

Cora Stephan gibt den Radikalisierungsvorwurf, mit dem die rot-grün-gelbe Koalition derzeit so brachial um sich wirft, an die Ankläger zurück. Auf „Achtgut“ (18. Januar) fragt sie, von wem wirklich eine Gefahr für die Demokratie ausgeht:

„An der Demokratie vergehen sich derzeit vor allem jene, die Opposition zur Regierungspolitik bereits zu einem demokratiefeindlichen Akt erklären. Nicht nur die Bauern sind längst auf die Idee gekommen, dass es die Ampelregierung ist, die dem Volk Exkremamente vorsetzt. Die Frage lautet derzeit weniger, ob die AfD sich radikalisiert, sondern wie radikal eine Regierung noch agieren wird, die Existenzangst hat.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die „Mitte“ der Gesellschaft

Warum uns die Anti-Rechts-Demos so erleichtern, und wie lange die Märsche noch dauern müssen

VON HANS HECKEL

War das nicht toll? Fast so schön wie früher: Bei den Märschen „gegen Rechts“ stimmte endlich wieder alles. Vor uns den bösen Feind und über uns unsere gute Regierung konnten wir „ein Zeichen setzen“.

Die Mittelstandsdemonstrationen, denen die Bauern die Schleuse geöffnet hatten, waren dagegen zutiefst irritierend, zumal alle Versuche, sie in eine braune Ecke zu quetschen und damit plattzumachen, ohne Wirkung verpufft sind. Aber jetzt gehörte die StraÙe endlich wieder den Richtigen, und sogar Olaf Scholz konnte mal wieder unter die Leute gehen, ohne ausgebuht zu werden, was der gebeutelte Kanzler sichtlich genoss.

Wegen einer Unterwanderung durch Extremisten mussten sich die Gegen-Rechts-Marschierer sowieso nicht rechtfertigen, denn Extremisten waren auf solchen Kundgebungen immer schon gern gesehen. Komisch kamen eher die Unionsgründen daher, die auch so gerne mitmischen wollten. Die haben mal wieder nicht verstanden, was mit „Rechts“ alles gemeint ist – nämlich alles außer Links, also auch sie selbst.

Dass sich trotzdem ein paar Unionler an die Demonstranten ranschmissen, quitierte Lisa Poettinger, die Anmelderin des Aufmarsches in München, denn auch recht kühl auf X: „Als Versammlungsleiterin kann ich sagen, dass ich gar keinen Bock auf Rechte jeglicher Couleur habe!“ Damit waren die Freien Wähler und die CSU gemeint. Die Aiwanger-Partei hatte das von Anfang an begriffen und hielt offen Distanz zur linken Heerschau, die CSU musste erst noch lernen, worum es bei der Demo wirklich ging.

Da latschten die Leute in Aachen dann eben auch einem Plakat „AfDler töten“ hinterher und Frau Poettinger ließ verlauten, dass sie kein Problem damit habe, die Privatadressen von „Nazis, Klimafaschisten, Konzerneigentümer:innen“ (sic!) zu veröffentlichen, und es „cool“ sei, wenn deren Haus mit Farbe bemalt oder mit Graffiti verziert würde. Nur Gewalt fände sie „schwierig“. Aha.

Indes, das mit den „Konzerneigentümer:innen“ könnte sich ebenfalls als „schwierig“ erweisen. Die privaten Konzerne kommen für gewöhnlich als Aktiengesellschaften daher. Deren Eigentümer sind also die Aktionäre, welche in die Millionen gehen. Und es

kommt noch dicker: Andere Konzerne wie etwa die Deutsche Bahn gehören dem Staat, dessen Eigentümer im demokratischen Verständnis die Bürger sind. Da müsste Frau Poettinger gleich mit dem Bespritzen ihrer eigenen Studentenbude anfangen. Ob sie das wohl auch „cool“ fände? Sie sollte es herausfinden.

Interessant ist die Erweiterung des Feindlagers um die nunmehr hinzuerfundenen „Klimafaschisten“, die kannten wir noch gar nicht. Was soll das sein? Nein, jetzt bitte nicht nachbohren, was an der Weiterbenutzung eines Verbrennerwagens oder einer Ölheizung „faschistisch“ sein soll. Darum geht es doch gar nicht.

Die Ausweitung der Feindzone geschieht nicht willkürlich, sondern folgt dem Grundmodell des linksextremen Antifaschismus an sich. Danach wird Schritt für Schritt jeder nichtlinke Winkel des politischen Spektrums für „faschistisch“ erklärt. Am Ende bleibt eine besondere Form von „Demokratie“ übrig, die man im 20. Jahrhundert unter dem Etikett „Volksdemokratie“ kennengelernt hat. Dort mussten sich Abweichler „jeglicher Couleur“ auf allerhand Maßnahmen gefasst machen, darunter gern auch „schwierige“.

Durchhalten bis zum 2. Februar

Diese schrittweise Ausweitung kann allerdings unerwünschte Nebeneffekte zeitigen. Denn dadurch lockt man auch neue Freunde an, die mit den neuen Feinden ihr eigenes Hühnchen rupfen wollen. Und da können welche dabei sein, die man im Moment nun so gar nicht gebrauchen kann, weil sie gerade nicht in das Bild passen, das man von sich selbst malen möchte.

So sahen wir auch ein Transparent mit der Parole „Zionismus = Faschismus“, und in Berlin platzte ein Trupp Israelhasser in die Demo, die bei vielen Linken sonst sehr beliebt sind – die man aber ausgerechnet hier und jetzt nicht so gern sah. Als die Hamas-Unterstützer merkten, dass sie gerade ungelegen kamen, waren sie ausgesprochen beleidigt: „Ihr wolltet doch die Flüchtlinge und Muslime. Jetzt sind wir da!“, schimpfte ein junger Mann. Ein älterer Gegen-Rechts-Kämpfer polterte heftig genervt zurück: „Das eine hat mit dem anderen gar nichts zu tun!“ Wirklich nicht? Das sahen die Feinde des Judenstaates ganz anders und skandierten lauthals „Nazis raus! Nazis raus!“, was diesmal auf die Gegner der AfD gemünzt war.

—
Antifa:
Am Ende bleibt eine besondere Form von „Demokratie“ übrig, die man im 20. Jahrhundert als „Volksdemokratie“ kennengelernt hat



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Wäre die Ampel ein Pferd, hätte man es längst erschossen.“

Oliver Kalkofe, Komiker und Schauspieler, in der ARD-Sendung „Maischberger“ vom 17. Januar



PAZ-SPEZIAL

300 Jahre Kant

Sonderveröffentlichung
Preußische Allgemeine Zeitung
Freitag, 26. Januar 2024 – 1,00 €



Schon zu Lebzeiten war Kant eine Legende. Zu den überlieferten Porträts des Philosophen gehört dieses von ca. 1790, dessen Ursprung als unbekannt gilt

Weltbürger aus Königsberg

Vor 300 Jahren wurde Immanuel Kant geboren. Beiträge zu Leben, Werk und Wirkung des wichtigsten Denkers der Moderne – und des wohl bedeutendsten Ostpreußen

FOTO: PANG IMAGES

300 Jahre Kant

EDITORIAL

Ein Weltbürger und seine Heimat

IN DIESER BEILAGE

Heimat eines Weltbürgers

René Nehring über den geistigen Raum, in dem Kants Werke entstanden

Seite 2

Ein Urvater der Demokratie

Christean Wagner über Kants Anregungen für das Handeln politischer Akteure

Seite 3

Berufung zum freien Denken

Steffen Dietzsch erläutert den Begriff der „Aufklärung“ in der Königsberger Kultur

Seite 4

Blicke in eine versunkene Welt

Joachim Mähnert über das reichhaltige Veranstaltungsprogramm zum Kant-Jubiläum

Seite 6

Kant zum Nachlesen

Neuerscheinungen zu Leben und Werk eines bedeutenden Denkers und prominenten Preußen

Seite 8

RENÉ NEHRING

Das Festprogramm ist durchaus ordentlich. Trotz knapper Kassen würdigt der deutsche Kulturbetrieb Immanuel Kant, den wohl bedeutendsten Denker der Moderne überhaupt, mit allerlei Aktivitäten. So versucht die Bundeskunsthalle in Bonn derzeit, in ihrer großen Ausstellung „Kant und die offenen Fragen“ das Werk des Königsberger Philosophen einem breiten Publikum zu erschließen. Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg erhält einen – von Bund und Land Niedersachsen finanzierten – Erweiterungsbau, der vorwiegend Kants Lebenswelt und seiner Philosophie gewidmet ist (siehe hierzu das Interview ab Seite 6 dieser Beilage). Auch in zahlreichen weiteren Veranstaltungen – einschließlich eines Festaktes unter Teilnahme des Bundeskanzlers – soll Kants gedacht werden. Und nicht zuletzt erscheinen auf dem Buchmarkt zahlreiche Biographien und Werkeditionen, die es ermöglichen, das Thema je nach Interesse zu vertiefen.

Und doch schwingt auch diesmal – wie eigentlich immer, wenn es um eine große Persönlichkeit aus dem historischen deutschen Osten geht – ein ungutes Gefühl mit. Denn da als Folge von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten die Orte, an denen zum Beispiel Joseph v. Eichendorff, Käthe Kollwitz, Arthur Schopenhauer, Daniel Fahrenheit, Lovis Corinth, Uwe Johnson, Alfred Döblin, Dietrich Bonhöffer, Gerhart Hauptmann und viele andere das Licht der Welt erblickten, wo sie aufwuchsen und ihre Prägungen erfuhren, heute politisches Ausland ist, finden die Jahrestage im deutschen Kulturbetrieb regelmäßig in einem abstrakten, unkonkreten Raum statt.

Gedenken ohne Kenntnis der Heimatregion?

Ja, allzu oft wird geradezu verdrängt, aus welchen Orten die Genannten und unzählige weitere gute Geister der Kulturnation stammten. Doch ist es möglich, sich das Werk der Geehrten wirklich zu erschließen, wenn man den geographischen Kontext ihres Lebens nicht kennt? Was sind zum Beispiel Eichendorffs Verse ohne Kenntnis jener Landschaften und Orte, die den Dichter und Staatsdiener geprägt haben und die überwiegend östlich der Elbe lagen, allen voran seine schlesische Heimat? Im Falle von Goethe und Schiller käme wohl niemand auf die Idee, in der Auseinandersetzung mit ihrem Leben und Werk den Weimarer Mikrokosmos, zu dem weitere Dichter wie Christoph Martin Wieland und Johann Gottfried Herder, aber auch bestimmte Häuser und Parks gehörten, auszublenden.

Auch Immanuel Kants Schriften sind nicht denkbar ohne ein wenigstens oberflächliches Bewusstsein für jene Region, in der sie entstanden sind. Gerade weil Kants Geburtsstadt Königsberg und seine Heimatprovinz Ostpreußen infolge der Verwerfungen des 20. Jahrhunderts unwiederbringlich zerstört sind und heute noch nicht einmal – wie Weimar – als Museums-

landschaft besichtigt werden können, lohnt es, immer wieder auch darauf zu blicken, in welcher Welt sein Verständnis von Aufklärung – vom Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen – eigentlich entstanden sind.

Das Königsberg Kants war Teil eines intakten Netzes aus geistig-kulturellen, ökonomischen und politischen Beziehungen, das schon zu Lebzeiten des Philosophen bereits einige Jahrhunderte bestand und das sich bis zu seiner Zerschlagung am Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich weiterentwickelte – und sich dabei zumeist unbeeindruckt vom Lauf der Zeiten zeigte. In Kants Geburtsjahr 1724 wurden Königsberg und Preußen vom „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. regiert; als Kant 1804 starb, hieß der König Friedrich Wilhelm III., der Gemahl der Königin Luise. Dazwischen wurde der Philosoph Zeitzeuge der gesamten Ära Friedrichs des Großen, einschließlich der Besetzung Königsbergs durch das russische Heer im Siebenjährigen Krieg. Die Erstausgaben von Kants Hauptwerken „Kritik der reinen Vernunft“ und „Kritik der Urteilskraft“ erschienen 1781 und 1785 nicht in Leipzig oder Frankfurt (Main) oder in einem anderen deutschen Verlagsort, sondern in Riga, also weit außerhalb der Reichsgrenzen und doch – im Verlag des Johann Friedrich Hartknoch – inmitten des deutschen Kulturkreises.

Ein einzigartiges geistiges Klima

Apropos Kulturkreis: Rund zweihundert Jahre vor Kants Geburt löste Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach in Königsberg den Deutschordensstaat auf und bekannte sich zu den reformatorischen Ideen Martin Luthers. Albrecht schuf nicht nur mit dem Herzogtum Preußen den ersten protestantischen Staat der Geschichte, sondern gründete mit der nach ihm benannten Albertina eine Universität, die schon bald weit ins Baltikum, nach Russland und Polen hinein strahlte sowie dortige große Geister nach Preußen lockte. Es hatte durchaus seinen Grund, warum der Albertina-Schüler und spätere Professor Kant, der Ostpreußen nie verlassen hat, gleichsam in seinem Weltbürger zu sein. Und während Herzog Albrecht mit seiner Reformation die Welt erschütterte, arbeitete gerade einmal achtzig Kilometer südlich davon in Frau-

enburg – also gleichfalls am Frischen Haff in Ostpreußen, doch in der fortan katholischen Insel des Ermland – der Domherr und Astronom Nikolaus Kopernikus an seinem Werk „De revolutionibus orbium coelestium“ (Deutsch: Über die Umlaufbahnen der Himmelsphären“), das jedoch erst 1543 mit seinem Tod erscheinen konnte, und begründete damit unser heutiges heliozentrisches Weltbild.

Viele weitere bedeutende Persönlichkeiten vor, während und nach Kants Leben – wie etwa die Philosophin Hannah Ahrendt, die zwar in Hannover-Linden geboren wurde, jedoch in Königsberg aufwuchs und sich noch lange nach ihrer Vertreibung aus Deutschland in New York als Kind der Stadt am Pregel verstand – ließen sich nennen, die darauf hinweisen, dass es kein Zufall war, dass ein Ausnahmendenker wie Kant gerade in dieser Region heranwuchs. Vielmehr hat es hier ein besonderes geistiges Klima gegeben, das es Kant ermöglichte, auch ohne ausgedehnte Studienreisen zu den großen Universitäten, Metropolen und Höfen jener Zeit Schriften von universeller Ausrichtung zu verfassen, die gleichsam in der Welt auf Widerhall stießen und bis heute an Aktualität nichts verloren haben. Um so mehr muss es erstaunen, ja erschrecken, dass diesem geistig-kulturellen Umfeld Kants heute nicht nur wenig Achtung geschenkt wird, sondern – als Folge seiner Zerstörung – sich gerade in Deutschland der Glaube festgesetzt hat, dass die Regionen östlich von Oder und Neiße stets rückständig und reaktionär gewesen seien. Was für ein Irrtum!

Verständlich ist dieses Miss-Verständnis nur vor dem Hintergrund der Zeitgeschichte. Als sich in den Jahrzehnten nach 1945 die schmerzhafteste Erkenntnis durchsetzte, dass der territoriale Verlust des deutschen Ostens nicht zu revidieren sei, setzte sich vielerorts damit einhergehend auch der Wunsch durch, die Geister der Vergangenheit endlich ruhen zu lassen. Die Kinder des deutschen Ostens wurden in die beiden deutschen Nachkriegsstaaten integriert, auch die nachfolgenden Spätaussiedler erhielten ein neues Zuhause, und mit der Zeit – so die Hoffnung – würden alle Wunden heilen. Und wenn hierzulande niemand mehr an die deutsche Geschichte jenseits der heutigen Staatsgrenzen erinnerte, dann würde es für uns auch keinen Ärger mehr damit gehen. Das Ergebnis dieser Vogel-Strauß-Haltung ist, dass die heutigen Deutschen kaum noch etwas von jenen Regionen wissen, die ihre Vorfahren jahrhundertlang nicht nur bis an die Grenzen des Kaiserreiches, sondern auch darüber hinaus bis weit nach Russland hinein geprägt haben.

Die Vergangenheit gibt keine Ruhe

Dass die deutsche Abkehr vom Osten keineswegs dazu führte, dass dort die Geister der Vergangenheit zur Ruhe kommen – oder dass gar die Geschichte stillsteht –, zeigen seit Jahren die Verwerfungen zwischen Europäischer Union und NATO einerseits und Russländischer Föderation andererseits. In deren Folge ist auch Kants Heimat, das nördliche Ostpreußen und seine 1946 in Kaliningrad umbenannte Geburtsstadt, wieder Frontgebiet eines explosiven Konfliktes geworden. Erst vor wenigen Tagen erreichten die deutsche Öffentlichkeit Meldungen über mögliche Kriegsszenarien rund um die „Suwalki-Lücke“, jenen schmalen Grenzabschnitt zwischen Polen und Litauen, der als Achillesferse des westlichen Bündnisses gilt. Ausgangspunkt der „Suwalki-Lücke“ ist die östliche Grenze der heute russischen Oblast Kaliningrad – damit droht ausgerechnet jene Region, in der Kant 1795 seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ veröffentlichte, zum Ausgangspunkt eines neuen Krieges zu werden.

Schon dieses Beispiel zeigt, dass die geistige Welt Immanuel Kants zwar in der Geschichte verschwunden sein mag, dass sie jedoch physisch trotz aller Verwerfungen und Zerstörungen noch immer vorhanden ist. Und dass es geboten ist, zum 300. Geburtstag des Philosophen nicht nur seine Schriften (wieder zu) entdecken, sondern dass es auch geraten ist, sich den Raum, in dem diese entstanden, (wieder) zu erschließen.

PS: „Ganz nebenbei“ wird man dabei nicht nur auf Kant und die in diesem Text genannten Personen stoßen, sondern auch auf unzählige weitere große Geister und Akteure, ohne die die deutsche und europäische Geschichte schlichtweg undenkbar sind.

Ist es möglich, sich das Werk der Geehrten wirklich zu erschließen, wenn man den geographischen Kontext ihres Lebens nicht kennt?



Erinnert an den größten Sohn der Stadt: Die Kant-Statue von Christian Daniel Rauch, 1864 geschaffen, in Folge des Zweiten Weltkriegs verloren und zu Beginn 1990er Jahre auf Initiative Marion Gräfin Dönhoffs zurückgeführt

FOTO: ACTION PRESS



PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der Preußischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) **Bildredaktion:** Manuela Rosenthal-Kappi, Harald Tews

Verlag und Herausgeber:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Geschäftsführer: Dr. Sebastian Husen

Anschrift von Verlag und Redaktion:

Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1,

24782 Büdeldorf.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO)

und erscheint wöchentlich zur Information der

Mitglieder des Förderkreises der LO.

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

300 Jahre Kant

VON CHRISTEAN WAGNER

Als bedeutender Philosoph der Aufklärung hat Kant mit seinen Ideen und Theorien die Politikphilosophie maßgeblich geprägt. In seinem umfangreichen Werk „Die Metaphysik der Sitten“ und in anderen Schriften setzt er sich intensiv mit Fragen der Ethik, der Rechtsphilosophie und der politischen Theorie auseinander.

Eine zentrale Aussage lautet: Die Handlungen des einzelnen Menschen in einer Gesellschaft werden durch seinen Willen bestimmt. Dieser Wille muss frei sein, wenn er konstruktive Ergebnisse erzielen will. Er meint damit: frei von Neigungen, frei von Bedürfnissen und frei von persönlichen, individuellen Interessen. Erst, wenn er diese Leidenschaften hinter sich gelassen hat, ist er am besten in der Lage, seine Handlungen aus der Vernunft heraus in die Tat umzusetzen.

Vernunft ist überhaupt ein zentraler Begriff im Denken von Immanuel Kant. Er fordert uns alle auf: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Dieser Mut war der erste Schritt aus der geistigen Unmündigkeit. Er führte in die Freiheit der europäischen Aufklärung, die wesentlich durch das Geistesleben Königsbergs im 18. Jahrhundert entwickelt und gefördert wurde.

Vordenker von Gewaltenteilung und Volkssouveränität

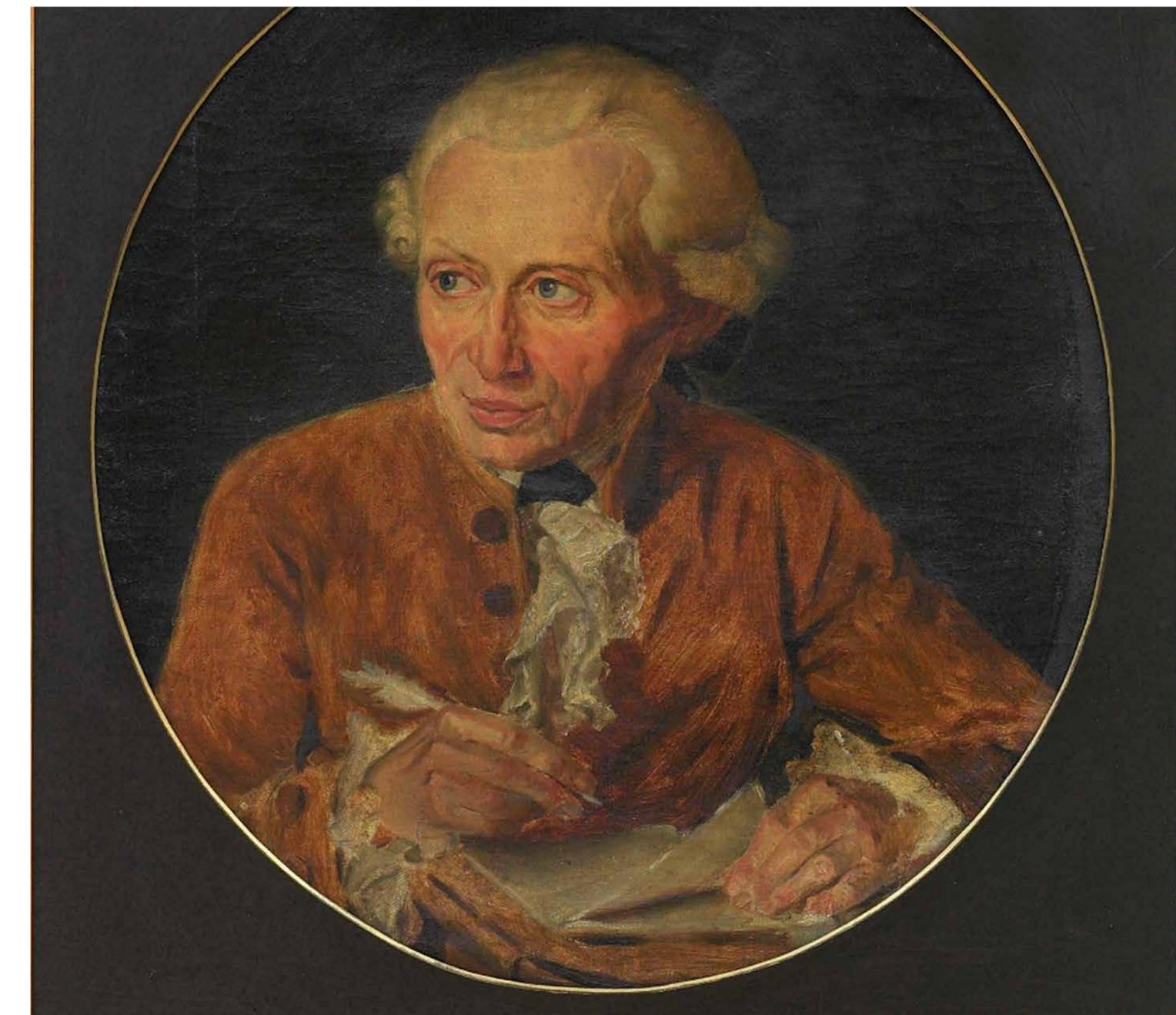
Besondere Prominenz in Kants Denken hat der kategorische Imperativ gewonnen: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Dieser moralische Grundsatz ermutigt dazu, Handlungen nach Maßstäben zu beurteilen, die universell gelten können. Wenn wir diese Idee auf das politische Handeln übertragen, sehen wir, wie sie zu Prinzipien wie Gerechtigkeit, Menschenrechten und dem Wohl der Gesellschaft führt. Diese Überlegung hat direkte Auswirkungen auf politische Entscheidungen und Gesetze, da sie nach Kants Ansicht auf moralischen Prinzipien beruhen sollten, die für alle Menschen gleichermaßen gelten. Diese Gedanken sind heute noch so aktuell und dringlich, wie sie es seinerzeit waren.

Kant beschäftigte sich auch mit Gegenständen wie Völkerrecht und internationalem Frieden. In seinem berühmten Essay „Zum ewigen Frieden“ warb er dafür, dass sich souveräne Staaten an bestimmte Prinzipien halten sollen, um Kriege zu vermeiden und den Frieden zu wahren. Kant schlug vor, dass solche Staaten durch ein föderales System zusammenarbeiten könnten, um den Frieden zu sichern und Konflikte friedlich zu lösen. Diese Idee ähnelt den modernen Vorstellungen von internationalen Organisationen und diplomatischer Zusammenarbeit.

Kant war der Auffassung, dass republikanische Staaten, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruhen, eher dazu neigen würden, Frieden zu verteidigen und zu gewinnen. Er glaubte, dass eine Verfassung, die auf dem Prinzip der Volkssouveränität basiert, die beste Garantie für politische Freiheit und individuelle Rechte sei. Dieses Konzept des Republikanismus kann durchaus als Fundament für den modernen demokratischen Staat bezeichnet werden.

Bildung als Grundlage von selbstständigem Denken

Kants Ideen waren nicht nur abstrakt gemeint, sondern durchaus praktisch. Er war zum Beispiel engagierter Befürworter der Meinungsfreiheit und sah unter anderem Bildung als Schlüssel zur Ermächtigung der Bürger, rationale Entscheidungen zu treffen. Seine Vision einer aufge-



Kant an seinem Königsberger Schreibtisch: Porträt von Johannes Heydeck

Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Kants Bedeutung für die Politik

Der Königsberger Philosoph gilt als einer der wichtigsten Denker der Aufklärung. Seine Schriften enthalten jedoch keineswegs nur Impulse für den akademischen Raum, sondern gerade auch ganz konkrete Anregungen für das Handeln politisch Verantwortlicher

klärten Gesellschaft, in der Bürger aktiv am politischen Diskurs teilnehmen, ist bis heute relevant.

Immanuel Kants Ideen haben nicht nur seine damalige Zeit geprägt, sondern auch die Grundlage geschaffen für viele unserer modernen politischen Prinzipien. Seine Betonung von Freiheit, Moral, Frieden, demokratischer Teilhabe und globaler Verantwortung inspiriert uns weiterhin und motiviert uns, eine gerechtere und friedlicher Welt zu schaffen.

Verhältnis zu Königsberg

Kants Schritt aus der geistigen Unmündigkeit führte in die Freiheit der europäischen Aufklärung, die wesentlich durch das Geistesleben Königsbergs im 18. Jahrhundert entwickelt und gefördert wurde, auch durch seine Wegbegleiter wie Johann Georg Hamann, Johann Gottfried Herder, Johann Christoph Gottsched und – nicht zu vergessen – dessen Frau Luise Victoria Gottsched, bekannt geworden als *die Gottschedin*.

Kant war gewiss durch seine Heimatstadt Königsberg in Preußen geprägt.

Kant glaubte, dass eine Verfassung, die auf dem Prinzip der Volkssouveränität basiert, die beste Garantie für politische Freiheit und individuelle Rechte sei

Umgekehrt prägte er Stadt und Menschen in zeitloser und universeller Gültigkeit.

Eine Ahnung von der Kraft, der Ausstrahlung seiner Gedanken erhalten wir, wenn wir daran erinnern, dass im Jahr 1916 im fernen Japan in einem Park in Tokio eine Halle zu Ehren der vier größten Weltweisen errichtet wurde: Genannt wurden Buddha aus Indien, Konfuzius aus China, Sokrates aus Griechenland und Immanuel Kant aus Königsberg.

Konkrete Leitlinien für politisches Handeln

Auch wenn Königsberg heute dem Bereich des deutschen Grundgesetzes entzogen ist, so lebt unsere Vaterstadt unter anderem auch in den Werken des großen Welt Philosophen Immanuel Kant weiter.

Ich ende mit einem Zitat Immanuel Kants aus seiner „Kritik der praktischen Vernunft“, das gedruckt und eingerahmt an prominenter Stelle im Wohnzimmer meiner Eltern hing. Es hat mir als Jugendlichen frühzeitig einen emotionalen Zugang zu dem Denken des großen Philosophen geöffnet. Dieses Zitat lautet: „Zwei

Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir.“

Zusammenfassend stelle ich fest, dass Immanuel Kants Philosophie auch heute noch aktuelle Bedeutung besitzt für politische Strukturen und konkretes politisches Handeln.

● **Dr. Christean Wagner** ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung Königsberg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Von 1987 bis 1991 war er Kultusminister sowie von 1999 bis 2005 Justizminister des Landes Hessen. Von 2005 bis 2013 war er Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.
www.stiftung-koenigsberg.de

Der Text ist die leicht gekürzte Rede des Autors anlässlich einer Veranstaltung der Stiftung Königsberg im Herbst 2023 in der Parlamentarischen Gesellschaft zum Abschluss der Kant-Dekade.

300 Jahre Kant



Ikone der (ost-)preußischen Geistesgeschichte: Kant und seine Tischgesellschaft, gemalt von Emil Doerstling. Das Original wurde als Wandfresko geschaffen, das 1944 bei den Bombenangriffen auf Königsberg zerstört wurde, und ist nur noch als Stich überliefert. Erhalten von dem Gemälde hat sich jedoch diese Vorstudie in Öl, die an einigen interessanten Stellen von der späteren Ausführung abweicht. Siehe auch das Interview auf den Seiten 6 und 7

Der Menschen „Beruf zum freien Denken“

Kants zentrales Anliegen zur Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit war die Aufklärung. Doch was ist darunter zu verstehen? Gedanken zu einem grundlegenden Begriff in der Königsberger Kultur

VON STEFFEN DIETZSCH

Aufklärung, so betont Kant in weltbürgerlicher Absicht, ist nicht bloß – sozusagen „objektiv“ – ein wissenschaftliches, sozialreformerisches oder technologisches Problem. Kant macht mit einer sehr persönlichen Sentenz zunächst darauf aufmerksam, dass Aufklärung vom Grunde her nur funktioniert, wenn mit ihr – eben subjektiv – „ein gewisser Herzensanteil“ verbunden werden kann, den wir Menschen – als Vernunftpersonen – „am Guten“ empfinden.

Aber gerade das, so Kant, darf nicht nur eine private Inspiration bleiben, sondern „muß nach und nach bis zu den Thronen hinauf gehen und selbst auf ihre Regierungsgrundsätze Einfluß haben“. Aber zugleich kritisiert Kant am zeitgenössischen Regierungshandeln, dass „unsere Weltregierer zu öffentlichen Erziehungsanstalten und überhaupt zu allem, was das Weltbeste betrifft, für jetzt kein Geld übrig haben, weil alles auf den künftigen Krieg schon im Voraus verrechnet ist“. Hat aber das nicht womöglich negative Auswirkungen auf dasjenige, was mit Aufklärung „dereinst einmal zu Stande kommen“ sollte?

Kant konstatiert hier zum Verlauf seiner Gegenwart durchaus „einen befremdlichen, nicht erwarteten Gang menschlicher Dinge“, so wie auch sonst im Allgemeinen, dass, wenn man die Geschichte „im

Großen betrachtet, darin fast alles paradox ist. Ein größerer Grad bürgerlicher Freiheit scheint der Freiheit des Geistes des Volks vorteilhaft und setzt ihr doch unübersteigliche Schranken.“

Gerade wir heute Lebenden sind Zeitgenossen und Betroffene solcher Antagonismen. Wir akzeptieren im demokratischen Raum der Polis immer mehr teilnehmende Akteure und Meinungen und bemerken aber zugleich durch sie auch immer wieder drastische Infragestellungen von (eigentlich grundgesetzlich garantierter) Denk-, Meinungs- und Forschungsfreiheit. So erleben wir im gesellschaftlichen Zusammenleben (zumindest in Deutschland) eine inzwischen bis in den Schulalltag reichende Widerstands- und Insurrektionspraxis, deren moralische Robustheit ihren sachlich aufklärerischen Mehrwert bei weitem überflügelt; dieser sogenannte „zivile Ungehorsam“ versteht sich seinem Selbstverständnis nach auch noch absurderweise sogar als „Enlightenment-in-action“, beziehungsweise als „La lumière directe“.

Absage an Revolutionen

Kant bliebe bei einer solchen geistigen Versteiegenheiten aus Erfahrung und aus Begriffen skeptisch: „Durch Revolutionen“, so macht er deutlich, „wird vielleicht ein Abfall von persönlichem *Despotism* und gewinn-süchtiger und herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zu Stande kommen; sondern neue Vorurtheile werden ebenso wohl als die alten zum Leitbande des gedankenlosen gro-

ßen Haufens dienen.“ Kurzum, es wird „in Revolutionen die Menge ihr eigener Tyrann“. Das alles will Kant aber nicht etwa als Tragödie der Kultur (Georg Simmel) zu verstehen versuchen – und damit überhaupt womöglich Aufklärung dem Veitstanz der Dialektik (Heiner Müller) zu überlassen.

Kant hatte mit seinem tiefen Sinn für Widersprüche und Paradoxien immer einen realistischen Zugang zur Unübersichtlichkeit dynamischer Vorgänge in Natur und Geschichte; zu, mit Goethe gesagt, „des Lebens labyrinthisch irren Lauf“. Gerade für die Gegenläufigkeit von Programm und Resultat in Politik und Wissenschaft hatte Kant immer einen ironischen Zungenschlag parat. Er versteht das Unabgeschlossene, das Prozesshafte, das Asymmetrische als dem Leben *lege artis* inhärent, geradeso wie Goethe, wenn der Wirklichkeit bestimmt als „die ewige Synkrisis und Diakrisis, das Ein- und Ausathmen der Welt, in der wir leben, weben und sind“.

Und gerade innerhalb solcher Problemlagen paradoxer Weltprozesse und solchen Weltverstehens können Kant und wir dieselbe Frage stellen: „Leben wir denn nun jetzt in einem aufgeklärten Zeitalter?“ Unsere Antwort ist die Antwort Kants: „Nein, aber wohl in einem Zeitalter der Aufklärung.“ Ein solches sei, so Kant, das Zeitalter Friedrichs (des Großen) mit seinen politischen und kognitiven Innovationen, – dem auch wir uns mit unseren demokratischen und digitalen Aufbrüchen als Aufklärungsbestrebungen wohl zugesellt fühlen dürfen.

Und wie wir Menschen nun, in unterschiedlichen Zeitaltern von Aufklärungen, endlich auch selber zu Aufgeklärten werden könnten, dazu gibt uns Kant in seinem Text „Was ist Aufklärung?“ in der „Berlinerischen Monatsschrift“ von September 1784 einige Hinweise. Die Perspektive von Kants Überlegung ist dabei nicht, etwa mit althergebrachten Schulbegriffen im Empirischen unserer alltäglichen Weltverhältnisse auf bislang unerkanntes und verborgenes Emanzipatorisches aufmerksam zu machen, sondern er richtet seinen neuen Weltbegriff von Subjektivität ganz auf unser Selberdenken. Hier macht er ein paar Schwierigkeiten namhaft, die wir Menschen selber zu bewältigen hätten, wenn wir als Aufgeklärte wollten gelten dürfen. Das soll nachfolgend in drei Abschnitten vorgeführt werden:

I. Kant als systemischer Aufklärer

Als systemischer Aufklärer hat Kant zwei Sachverhalte vor Augen: Erstens sah er ursprünglich den Zustand seiner Wissenschaft, die Metaphysik, selber höchst aufklärungsbedürftig. Wir kennen alle die kräftigen Metaphern, mit denen er diesen Zustand beschreibt – etwa seine Rede vom „bodenlosen Abgrund der Metaphysik“, dass sie „ein finsterner Ocean ohne Ufer und ohne Leuchttürme“ sei. Er will, wie er schreibt, den „Scandal des scheinbaren Widerspruchs der Vernunft mit ihr selbst zu heben“ versuchen.

Dieses Aufklärungsbegehren begann in Deutschland, in Königsberg, mit einem großen Akkord, näm-

300 Jahre Kant

lich mit der Aufforderung, sich bei allen Belangen von Mensch und Welt künftig im Denken zu orientieren. Der philosophische Grund dafür: Kant interessiert sich weniger für das *Esse* (das Sein) von Welt, als vielmehr für das *Operari* (das Handeln, das Tätige) in ihr.

Seine transzendental-philosophische Logik aller Erkenntnis erzeugt eine im Vergleich zur alten universalistischen Metaphysik reduzierte Wissenspraxis. Er kapriziert sich auf die Diesseitigkeit und das Fragmentarische aller wissenswerten Dinge, er konzentriert sich aufs Endliche der Erscheinungen. Seine kritische, Kant sagt auch „skeptische“, Methode versteht er als „Experimentalphilosophie“. Kant wollte nun damit begreiflich machen, dass Erkennen ein wohldefinierter Vorgang des Konstruierens ist, „wodurch man im Stande ist, den Zusammenhang der Dinge mit ihren Gründen herzustellen und [damit] deutlich einzusehen“.

Zweitens wollte Kant den Leuten klar machen, dass es auch nicht-begriffliche, gewissermaßen soziale Gründe im empirischen Denken und im individuellen Verstand gibt, wodurch sich Denken und Verstand selber Schranken setzen im Bemühen, nun das Ganze der Welt, kurzum Alles erkennen zu wollen. Und innerhalb dieser – objektiven wie subjektiven – Grenzen, auch um sie zu erkennen, fordert nun Kant die bedingungslose Freiheit im Denken; das heißt, sich frei zu machen von der Leitung und vom Erkenntnisinteresse anderer – und dass, wenn das nicht gelänge, der Denkende immer weiter im Status der Unmündigkeit operieren würde. Diese Unmündigkeit wäre dann allerdings keine bloß moralisch lässliche Sünde, sondern ein selbstverschuldeter Mangel an Urteilskraft.

Auch das ist kein bloß individuelles Problem: Jedes Denken für und in weisungsgebundenen oder weisungsgewohnten Gemeinschaften wird durch ein Unmündigkeitsdefizit geprägt (deren gemeinschaftsstiftende Maxime ist unter anderem: Das-musst-du-politisch-sehen).

II. „Selberdenken“ vs. „Nachdenken“ und Nachreden

Wie wäre dem zu begegnen? Kant sagt, es bliebe nur Eines: Selberdenken! Mut zu haben zum Selberdenken. Zur Definition des Selberdenkens gehört, dass dieser anders denkt, „als man von ihm auf Grund seiner Herkunft, Umgebung, seines Standes und Amtes oder auf Grund der herrschenden Zeitansichten erwartet“.

Durch Kants intellektuelle Praxis bemerkten wir: Aufklärung ist vorrangig Selbsterziehung und Selbstkritik; nur wir selbst können uns aus einer Unmündigkeit befreien, die ganz und gar nicht natürlich ist, auch wenn sie uns längst sozial zur zweiten Natur geworden sein sollte. Dass wir die Trägheit der Unmündigkeit gar nicht unterschätzen dürfen, war in der geistigen Umwelt Kants durchaus ein Problem. Von Lichtenberg ist die Wahrnehmung überliefert „Wenn er seinen Verstand gebrauchen sollte, so war es ihm, als wenn jemand, der beständig seine rechte Hand gebraucht hat, etwas mit der linken tun soll.“

Also Selberdenken. Was bedeutet das? Ist nicht jedes Denken Selberdenken? Zumal wenn man zum Beispiel selber viel liest? Aber es gibt ein Problem dabei; darauf hatten Kantianer der strikten Observanz aufmerksam gemacht: „Lesen ist immer bloß Surrogat des eigenen Denkens. Man läßt dabei seine Gedanken von einem andern am Gängelband führen.“

Hier wird dem Selberdenken zugemutet, eine Differenz in der Vernunft zu erkennen. Es sollte die akkumulierende Potenz im Denken (eben lesen) und die ihr zugrunde liegende autopoietischen Dimension zu unterscheiden lernen. Gerade das hatte eben Kant von seinen Studenten verlangt: Wenn ihr Philosophen werden wollt, dann dürft ihr nicht nur das Wissen der Philosophen gewissermaßen

„auswendig“ lernen, sondern ihr müsst lernen, wie das Wissen der Philosophen zustande kommt, wie es logisch und sprachlich Gestalt und Form annimmt. Die jungen Leute sollen also nicht „bloß“ „Gedanken, sondern *denken* lernen“, kurzum, es gelte fortan, nicht zuerst „Philosophie zu lernen“, sondern es kommt darauf an „jetzt *philosophieren* zu lernen“.

Der aufs „Pauken“ (also die Buchstabengelehrsamkeit) dressierte akademische Alltag mit alltäglicher Denkroutine (von Professoren wie Studenten) sollte überwunden werden – damit auch Denkfaulheit und die Bequemlichkeit, sich bloß auf akademische und historische Autoritäten zu berufen. Bei Disputationen sollten fortan eher Begriffe gelten, nicht zuerst Gefühle, nicht vertraute Vorlieben oder gerade aktuelle Meinungen, nicht immer wieder grassierende Sprachmoden und gruppenspezifische Vorurteile.

Genau diese „Dressur“ des Geistes sollten Selberdenker künftig vermeiden. Aber wie? Es bleibt dem Suchenden nur eines, nämlich: „Habe Muth dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Denn „das Selbstgedachte versteht man viel gründlicher als das Erlernte“.

Was hätte man damit aber über das Kognitive hinaus gewonnen? Kant sagt es: Man bemerkt und überwindet so seine Unmündigkeit, und zwar eine höchst selbstverschuldete Unmündigkeit. Sie zu überwinden ist für Kant das Entscheidende am Aufgeklärt-*sein* – nicht das bloß begriffliche Resultat.

„Selberdenken“ ist eine vielschichtige ganzheitliche Aktion, Kant begreift sie nahezu als „Selbstthun“. Der Selberdenker operiert mit der performativen Kraft des Wortes (*Logos*). Er begreift sich als Sich-selbst-Bestimmender. „Selberdenken“ ist so zu verstehen als *Thathandlung* (Fichte). Diese Freiheit, zu denken, was man will, und zu sagen, was man denkt, wird einem nicht „von oben“ gewährt, sondern ist als das eingeborene Recht jedes Menschen zu begreifen und zu pflegen. Es jemanden verwehren zu sagen, was er denkt, ist seit alters her Signum der Fremdbestimmung, des Untertanen, des Sklaven.

Dieses Selberdenken also erst eröffnet die Perspektive der Aufklärung: „Selbstdenken heißt den obersten Probestein der Wahrheit in sich selbst (d.i. in seiner eigenen Vernunft) suchen.“ Also nur, wenn man sich „auf den Verstand“ stellt, und nicht nur aufs Gefühl, nicht nur auf eine exzentrische Meinung oder auf das „was alle meinen“, dann erst wäre eine neue Denk-Kultur des Prüfens, der Skepsis, der Infragestellung und der Wahrheit, also Aufgeklärt-Sein möglich.

Das Selberdenken ist allerdings nicht zu verstehen als Alleine-Denken; vielmehr verhilft es dem Einzelnen zu einer „allgemeinen Menschenvernunft“, hat also intersubjektiven, sozialen Anspruch. Oder, um es nochmal mit Goethe zu sagen: „Und was der ganzen Menschheit zugetheilt [...], / Will ich in meinem innern Selbst genießen, [...] Und so mein eigen Selbst zu ihrem Selbst erweitern.“

Dieser Rückbezug „auf sich selbst“, auf den (eigenen) Verstand ist also nicht zu verstehen als ein asozialer, privatistischer Schritt weg aus der Gesellschaft, hin zu persönlichem Mutwillen und Egozentrik. Sondern es ist umgekehrt gerade die zentrale Orientierung eben auf den Verstand ein Schritt hin zu unserem einzigen Vermögen, uns in Natur, Gesellschaft und am Menschen orientieren zu können. Das wird prominent noch in Hegels Rechtsphilosophie verteidigt, wenn vom „Denken als Bewußtsein des Einzelnen in Form der Allgemeinheit“ gesagt wird, das „daß Ich als allgemeine Person aufgefasst werde, worin Alle identisch sind. Der Mensch gilt so, weil er Mensch ist, nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usw. ist.“

In seinem Alterswerk „Streit der Fakultäten“ bezeichnet Kant dieses Selber-

Diese „Dressur“ des Geistes sollten Selberdenker künftig vermeiden. Aber wie? Es bleibt dem Suchenden nur eins, nämlich: „Habe Muth dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Denn „das Selbstgedachte versteht man viel gründlicher als das Erlernte“

denken ganz prominent als den von verschiedenen Seiten her „verschrieenen Freiheitsgeist der Vernunft“.

Dazu gehört auch, dass im Selberdenken – anders als bei gewöhnlichen Bücherphilosophen (Schopenhauer) – gerade Paradoxien als sozusagen Material zum Denken bevorzugt werden.

Das Selberdenken ist in gewisser Hinsicht ja selber – wie auch die Freiheit – etwas Paradoxes, es verlangt aus Freiheit eine Abkehr aus jeglicher Gemeinschaft – hinein in den „Antagonismus der ungeselligen Geselligkeit“, und ist also ein interessanter Schritt hin zum Rätsel der Gesellschaft (Max Adler).

III. Vormundschaft als Gefahr beim Selberdenken

Aber: Um das „Joch der Unmündigkeit“, um, wie Kant sagt, unsere „beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit“ wirklich abwerfen zu können, scheint neben der Arbeit an sich selber (eben Mut zu haben, selber zu denken) noch ein weiterer Schritt nötig zu werden. Was damit gemeint sein könnte, darauf verwies einer der Freunde aus Kants Tischgesellschaft. Es war Kants alter Hausfreund Johann Georg Hamann, der hier ein neues Stichwort in die Königsberger Diskussion einbrachte.

Hamann verlagert das Problem sozusagen wieder in den „kommunikativen Raum“. Und er bestimmte dann das, was er „wahre Aufklärung“ nennt, neu: Er sagt, dass die im „Ausgange des unmündigen Menschen aus einer allerhöchst selbst verschuldeten Vormundschaft bestehe“.

Damit bewegt man sich hier wieder inmitten unserer heutigen alltäglichen Problemzonen, wenn man bemerkt, wie

schnell sich Vormundschaften bilden, wie viele allzu bereit sind, sich mit anderen zu „in sich abgeschlossenen Netzwerken“ zusammenzuschließen. In der Sprache von heute heißt das: Alles „Private“ – also ein naturwüchsig Individuelles – sei eben sofort „Politisch“ – und das wohl in dem Maße, dass man anderen nachzuzufolgen hätte, sich in deren Diskurse einfügt und deren neue Zusammenhänge mitträgt, sich also deren Dominanz als Vormundschaftlichkeit zu eigen macht.

Und in der Demontage dieser doppelten Verschränkung des Massenbewusstseins – das Unmündige als Vormund – sieht auch Hamann den Ansatz für eine wirklich aufklärerische Initiative: „Denn hier liegt eben der Knoten der ganzen politischen Aufgabe.“

Der intellektuelle Anspruch auf Denkfreiheit, um die man sich als selbstbestimmter Einzelner gefällig immer zu kümmern hat, ist für Hamann natürlich aller Ehren wert, da ist er mit Kant *d'accord*. Aber Hamann bleibt gegenüber dem vielfach fremdbestimmenden Alltag skeptisch, auch seinerzeit, gerade gegenüber modernen Obrigkeiten, denn: Was hilft mir daheim, zu Hause, das [offiziell verbürgte] „Feyerkleid der Freyheit, wenn ich beruflich [d.i. auf der Bühne, Katheder, Redaktion oder Kanzel alltäglich von Vormundschaft geschurigelt] im Sklavensattel sitze?“ Der Königsberger Aufklärungsdisput im Hause Kant kalkuliert also eine Wahlverwandtschaft von Unmündigkeit und Vormundschaft ein.

Kant versucht seine Unmündigkeits-These mit der Hamanns zu verbinden. Er macht drei Modalitäten im Geflecht von Unmündigkeit und Vormundschaft namhaft:

- „Unmündigkeit unter Vormundschaft der Gelehrten
- Unmündigkeit unter Vormundschaft der Regenten
- Unmündigkeit unter Vormundschaft des Geschlechts.“

Die Universität als „Pflanzschule“ für mündige Bürger

Wenn Vormundschaft und Unmündigkeit in der allgemeinen Kultur einer Gesellschaft sich Platz schaffen sollten, dann würde bald das Selberdenken unter den Verdacht der Unvernunft und Verantwortungslosigkeit kommen. Der instrumentalistische vormundschaftliche Imperativ kann dann auch in einem modernen, moderaten Modus erscheinen, heute beispielsweise als „Folgt den Wissenschaften!“. Aber sie und Spinozas Gott haben als ein Gemeinsames eben, dass sie nicht denken. Das allein obliegt dem Menschen – als erster Aufklärer Europas hat Spinoza die Aufklärungsperspektive bestimmt – „allein der Mensch denkt“.

Kants Aufklärungsbemühungen erreichen als ihren Kern natürlich auch die Idee der Universität. Diese ist als Mittelpunkt der geistigen Freiheit einer Nation zu organisieren, als – wie ein Königsberger Repräsentant des „Vormärz“ schrieb, „die Pflanzschule für den mündig gewordenen, für den freien Bürger im Staat und in der Kirche“.

Eine der großen geistigen wie institutionellen Leistungen der Königsberger Aufklärer war es, die Universität in republikanischer Form neu gedacht zu haben – mit der damit neu verbundenen Freistellung der Philosophischen Fakultät als autonomer Kritikerin, derzufolge sie „in Ansehung ihrer Lehren vom Befehle der Regierung unabhängig, keine Befehle zu geben, aber doch alle zu beurtheilen die Freiheit habe“.

Damit war verbunden, dass man sich vom sozusagen absoluten Vormund befreien kann. Kant skizziert ihn als einen, der noch sagen konnte und durfte, „was ein Freistaat [= Republik] nicht wagen darf: nämlich „Räsonnirt, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht“. Im Freistaat schweigt dieser Vormund, aber damit verschwindet das Institut der Vormundschaft nicht schon. Es demokratisiert sich sozusagen – und Vormundschaft wird divers. Die obrigkeitliche Vormundschaft verliert ihre Macht, sie verwandelt sich, sie wird nachbarschaftlich und kollegial. Gerade dieser Umstand zeigt an, wie nötig Aufklärung immer bleiben wird. Gegen sie werden immer wieder Vorwürfe, Einsprüche und auch Spott zu erwarten sein. Zumal sie politischen Gemengelagen häufig als Donquichotterie erscheint ...

Und Kant hat für den Fortgang von Aufklärungsbemühungen nur eine einzige Befürchtung: „Wer sich aber zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, dass er mit Füßen getreten wird.“

● **Prof. Dr. Steffen Dietzsch** war unter anderem von 1991 bis 1993 Mitarbeiter am Deutsche-Forschungsgemeinschaft (DFG)-Projekt „Kants Amtstätigkeit“ der Philipps-Universität Marburg und danach bis 2002 am DFG-Projekt „Philosophie und Philosophische Fakultät zu Königsberg 1770–1870“ am Lehrstuhl für Praktische Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Schriften gehören unter anderem „Immanuel Kant. Eine Biographie“ (Reclam 2003) und „Denkfreiheit. Über Deutsche und von Deutschem“ (Universitätsverlag Leipzig 2016).

Der Text ist die leicht gekürzte Rede des Autoren anlässlich einer Veranstaltung der Stiftung Königsberg im Herbst 2023 in der Parlamentarischen Gesellschaft zum Abschluss der Kant-Dekade.



Leben im Schatten des Königsberger Schlosses: Kants Wohnhaus (kolorierte Lithographie nach Friedrich Heinrich Bills, Original 1842)

300 Jahre Kant

IM GESPRÄCH MIT
JOACHIM MÄHNERT

Inmitten des Kant-Jubiläumjahres erhält das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg einen Erweiterungsbau, der dem Königsberger Philosophen und seiner Heimatstadt gewidmet ist. Anlass für ein Gespräch mit dem Leiter des Hauses über ein in der deutschen Kulturlandschaft einzigartiges Projekt.

Herr Mähnert, was erwartet Ihre Besucher grundsätzlich in dem neuen Erweiterungsbau des Ostpreußischen Landesmuseums?

Zum einen können sich unsere Besucher freuen auf die erste und einzige Dauer Ausstellung in der Bundesrepublik, die dem wichtigsten Denker der Moderne und wohl berühmtesten Ostpreußen gewidmet ist. In unserem dreigeschossigen Erweiterungsbau wollen wir die Menschen zum Entdecken Kants und seiner Philosophie, aber auch seiner ganz alltäglichen Lebenswelt einladen.

Ein zentraler Ort zur Auseinandersetzung, zum Austausch und zum Diskutieren darüber wird das neue Kant-Forum sein, das uns dank neuester Technik auch ermöglicht, die Vorträge des Museums künftig über das Internet in die Welt hinaus zu übertragen. Damit können auch Interessierte, die nicht in Lüneburg wohnen, von unserem reichen Programm profitieren.

Die Dauerausstellung wird in zwölf Kapiteln gegliedert sein, die nicht nur dem historischen Wirken Kants gewidmet sind, sondern auch der Relevanz seiner Überlegungen für uns Heutige. Wir werden eine anregende Ausstellung zeigen – zum Ausprobieren, zum Mitmachen und vor allem auch zum Selber-Denken. Uns geht es nicht darum, dass die Besucher hinterher den *Kategorischen Imperativ* fehlerfrei aufsagen können, sondern vielmehr, dass sie darüber nachdenken, ob die Botschaft des *Kategorischen Imperativs* auch heute noch eine Maxime ihres persönlichen Handelns sein kann.

Ausstellung kommt ja von ausstellen. Was genau werden Sie zeigen?

Im Bereich zu Kants Biographie wird es ganz klassisch zugehen. Wir werden dort unsere große Kant-Sammlung präsentieren, die wir in wesentlichen Teilen dem früheren Museum Stadt Königsberg aus Duisburg verdanken, die wir inzwischen aber auch um einige wichtige Stücke erweitern konnten. Was an originalen Kantiana erhalten geblieben ist – vieles ging verloren, weil nach Kants Tod 1804 kaum persönliche Gegenstände aufbewahrt wurden, hinzu kommt die Zerstörung des Königsberger Kant-Museums 1944 – befindet sich zu rund 80 Prozent hier in Lüneburg. Das wird man sehen können. Darunter ist zum Beispiel ein Champagnerglas, mit dem Kant zusammen mit seinen Freunden auf das Ende des Siebenjährigen Krieges angestoßen hat, wie Gravuren belegen.

Das Leben Kants werden wir in vier Kapiteln vermitteln. Das eine ist seine Geburt, seine Jugend, sein Studentendasein. Kant kam aus einer Handwerkerfamilie. Wir gehen deshalb der Frage nach, wie es ihm gelang, in einer Zeit, in der die Herkunft in der Regel das spätere Berufsleben vorbestimmte, zu dem bedeutenden Gelehrten werden konnte, der er war.

Heinrich Heine hat einmal gesagt, Kant habe gar nicht gelebt, selbst die Uhr im Königsberger Dom wäre leidenschaftlicher gewesen als das geordnete Dasein des Philosophen. Das ist natürlich Unfug, gerade der jüngere Kant hat ein sehr gesellschaftliches Leben geführt. Er hat gern Karten und Billard gespielt und war in beidem ein gefürchteter Gegner. Außerdem war Kant Mitglied bester gesellschaftlicher Kreise und galt als geistreicher Un-



Lebensweg eines Ostpreußen: „Immanuel Kants Spaziergang durch Königsberg“, Lithographie von Heinrich Wolf, 1924

„Eine Anregung zum Selber-Denken“

Über das reichhaltige Veranstaltungsprogramm zum Kant-Jubiläum im Ostpreußischen Landesmuseum und andernorts

terhalter. Auch das werden wir mit einigen Objekten unterfüttern können.

Natürlich wird es auch um den großen Denker Kant gehen, der Meilensteine in der Philosophiegeschichte gesetzt hat – und das in kürzester Zeit. Er hat ja seinen großen Durchbruch erst mit der „Kritik der reinen Vernunft“ 1781 erzielt, als er schon auf die sechzig zugeht. Dann jedoch hat er in einem unglaublichen Tempo Schriften wie „Kritik der praktischen Vernunft“, „Kritik der Urteilskraft“, „Metaphysik der Sitten“ und seine „Schrift zum ewigen Frieden“ verfasst.

Und selbstverständlich werden wir auch dem Welttendener Kant genug Platz einräumen, der sich die Welt in die Hafen- und Handelsstadt Königsberg holte, indem er seine beliebte Tischgesellschaft pflegte, zu der auch der Oberbürgermeister von Königsberg, Theodor Gottlieb von Hippel, und der Dichter Johann Georg Hamann gehörten. Letzterer war im Prinzip ein religiöser Gegenspieler Kants, aber persönlich trotzdem mit ihm gut befreundet.

Spannend wird es, Kants Philosophie zu zeigen. Was ist Erkenntnis? Wie funk-

tioniert Denken? Was ist der Verstand? Und was leitet sich aus der Vernunft ab, zum Beispiel in Bezug auf das Recht, die Moral und auch die Freiheit? Das Besondere an Kant ist ja, dass er das Einhalten von Regeln und einen Staat voller Recht als Ausdruck von Freiheit versteht.

Über das Leben Kants gibt es ja, siehe den von Ihnen erwähnten Ausspruch Heinrich Heines, einige klischeehafte Vorstellungen. Werden Sie sich daran orientieren, oder gibt es auch andere Erzählperspektiven?

Wir wollen durchaus diesen Mythos, dass Kant nur ein dogmatisches, gleichförmiges Leben geführt habe, brechen. Denn das wird ihm einfach nicht gerecht. Zum einen hat Kant kein lineares Leben geführt, er war nicht immer der kauzige alte Mann mit einem streng geregelten Lebenslauf. Das war er erst als älterer Professor an der Albertina, der junge Magister hat seinen Alltag ganz anders gestaltet. Hinzu kommt, dass Kants Leben eine beispiellose Aufstiegs Geschichte darstellt, deren Grundlage ist, dass er schon in jungen Jahren sehr selbstbewusst war,

dabei ziemlich genau wusste, was er wollte, und dies auch konsequent umsetzte.

Als Ostpreußisches Landesmuseum wollen wir auch deutlich machen, dass der große Weltdeuter nicht in einem luftleeren Raum gelebt hat, sondern in Königsberg, das zu Lebzeiten Kants ein bedeutendes geistiges Zentrum Europas war. Und diese Stadt war wiederum eingebettet in eine große Kulturlandschaft – eben Ostpreußen, in dem immerhin der Astronom Kopernikus das moderne heliozentrische Weltbild begründete. Dass Kant Ostpreußen nie und Königsberg nur für wenige Jahre als Hauslehrer verlassen hat zeigt, welche Bedeutung Stadt und Land für ihn hatten.

Welche Rolle wird dieses Königsberg in Ihrer Ausstellung spielen?

Königsberg ist insofern eine besondere Stadt, weil es – anders als Danzig oder Breslau – nach 1945 nicht in seinem historischen Antlitz als eine preußische Bürger- und Residenzstadt wiederaufgebaut worden ist, sondern auf seinen Trümmern die sozialistische Musterstadt Kaliningrad errichtet wurde. Zwar ließ man

die Ruine des Doms auf der Insel Kneiphof stehen und sorgte mit der Wiederherstellung nach 1990 dafür, dass das Gotteshaus heute wieder das Wahrzeichen der Stadt ist. Doch ansonsten hat das Kaliningrad von heute – gerade im Zentrum – kaum etwas mit der Pregelstadt von einst gemein.

Deshalb haben wir das alte Königsberg, wie es zu Kants Lebzeiten bestand, virtuell wiedererstehen lassen und bieten unseren Besuchern die Möglichkeit, in diese versunkene Stadt einzutauchen. Fachleute sprechen von einem, vielleicht sogar dem größten Projekt in der Sphäre virtueller Realität, das es bislang gegeben hat. Wir haben diese Großstadt Königsberg digital nachgebaut: viele tausend

„Was an originalen Kantiana erhalten geblieben ist – vieles ging verloren, weil nach Kants Tod 1804 kaum persönliche Gegenstände aufbewahrt wurden – befindet sich zu rund 80 Prozent in Lüneburg. Das wird man sehen können“

Gebäude, viele hundert Marktplätze, Innenhöfe, über 20.000 Bäume, mit denen wir Kants Welt dreidimensional erlebbar machen.

Natürlich kann man nicht alle Gebäude im Detail händisch rekonstruieren, aber die Wahrzeichen wie das Schloss, den Dom, die Kirchen, die Universität und natürlich auch Kants Wohnhaus haben wir mit viel Liebe zum Detail wiedererstehen lassen. Bei den anderen Gebäuden und Straßen haben wir uns an vorhandener Bausubstanz sowie an überlieferten Stadtansichten und Plänen orientiert und damit eine Künstliche Intelligenz gefüttert, die dann auf dieser Basis das alte Königsberg nachgebaut hat. Das Ergebnis ist ein sehr lebendiges und wahrhaft beeindruckendes Stadtbild. Der Charakter als Ordens- und Bürgerstadt, als Hafen- und Handelsstadt wird sofort deutlich.

Zudem können wir dieses Königsberg des 18. Jahrhunderts in einigermaßen ähnlichen Winkeln Bild- und Filmaufnahmen aus dem Königsberg der 1930er und 1940er Jahre sowie auch aus dem Kaliningrad von heute gegenüberstellen und damit den permanenten Wandel des Stadtbildes beobachten. Schon das Königsberg der 1930er Jahre hatte ja mit der Stadt Immanuel Kants wenig gemein. Zu Kants Zeiten waren die meisten Häuser noch zwei- oder dreigeschossig, im 20. Jahrhundert dominierten dann vier- oder fünfgeschossige Bauten aus der Gründerzeit und teilweise auch vom Bauhaus geprägte moderne Wohn- und Wirtschaftsgebäude.

Es ist also eine ganz faszinierende Stadt, in die die Gäste eintauchen können, und eine – wie sie sicherlich auch feststellen werden – wunderschöne Stadt.

Haben Sie für dieses Projekt Partner gehabt? Und auf wessen Schultern liegt das Kant-Jubiläum im Allgemeinen?

Für die virtuelle Rekonstruktion Königsbergs haben wir uns mit einem Regisseur und Produzenten, der bereits ähnliche Produktionen für die ZDF-Geschichtssendung „Terra X“ und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz entwickelt hat, zusammengesetzt. Dabei haben wir dann die Idee einer vollständigen digitalen Re-

300 Jahre Kant



Faszinierende digitale Rekonstruktion einer versunkenen Stadt: Ein Blick über Königsberg vom Hafen aus in Richtung Kneiphof

Bild: men@work

konstruktion entwickelt. Allerdings brauchten wir für die Umsetzung einen finanzkräftigen Partner, den wir zum Glück mit der Bundeskunsthalle in Bonn finden konnten, die obendrein bereits Erfahrungen mit virtuellen Rekonstruktionen hatte. Damit hatten wir zwei Partner, die sowohl wussten, was Königsberg war, als auch, wie eine solche Stadt am Bildschirm wiederhergestellt werden konnte.

Das Kant-Jubiläum insgesamt ruht auf deutlich breiteren Schultern und wird auch an mehreren Orten begangen. Es gibt einen biographischen Dokumentationsfilm über Kant, der bei Arte zu sehen sein wird, an dem unser Haus wesentlich als inhaltlicher Berater und über die Stiftung Königsberg auch als Mitfinanzierer beteiligt war. Auch einige von unseren Objekten sind dort abgefilmt worden. Es gibt kleinere Tagungs- und Ausstellungsprojekte wie das im englischen Hull, woher Kants englische Freunde Green und Motherby kamen. Riga und Dorpat werden wohl einiges machen, Polen ebenso in Groß-Arnsdorf, dem Gut, wo Kant als Hauslehrer tätig war.

In Königsberg/Kaliningrad gibt es natürlich auch einige Initiativen, allerdings deutlich weniger als man sich noch vor dem Ukrainekrieg erhofft hatte. In Bonn wird es neben der Ausstellung der Bundeskunsthalle und einem Projekt im Beethovenhaus im Herbst 2024 wohl auch einen großen Philosophenkongress geben. Dieser sollte eigentlich in Königsberg stattfinden, wurde dann aber nach Ausbruch des Krieges an den Rhein verlegt. In NRW wurde auch ein „digitales Kantzentrum“ finanziert, in Jena ein DFG-Projekt, was sich mit Rassismus und Sexismus bei den Aufklärern, also auch bei Kant, auseinandersetzt.

Und natürlich erscheinen im Moment sehr viele Kant-Biographien. Wir hatten

in unserem Hause bereits eine Lesung mit Marcus Willaschek, dem wahrscheinlich größten Kant-Experten seiner Generation. Am 22. April wird es in Berlin über die Berlin-Brandenburgische Akademie einen großen Festakt zu Ehren des Philosophen geben, zu dem auch Bundeskanzler Olaf Scholz erwartet wird. Dort arbeitet man auch an einer Neuedition und Revision der Werke Kants. Im Deutschen Historischen Museum Berlin gibt es im Herbst eine Ausstellung über die Aufklärung allgemein. Es gibt also eine ganze Menge zu entdecken in den kommenden Monaten.

Was mich auch freut ist, dass wir ununterbrochen Anfragen von Medien erhalten, sie bei der Erstellung von Sonderveröffentlichungen zu beraten. Neben dieser Beilage der *Preußischen Allgemeinen* und dem bereits erwähnten Film auf Arte wird zum Beispiel die „ZEIT“ ein Sonderheft „ZEIT Geschichte“ herausgeben, ebenso das „philosophie Magazin“.

Wir sind also nicht die Einzigen, die sich in diesem Kant-Jubiläumsjahr 2024 dem Leben und Werk des Königsberger Philosophen widmen. Aber wenn das Jahr vorbei und die große Aufregung abgeklungen ist, wird unser Haus der wichtigste Erinnerungsort für Immanuel Kant in Deutschland sein.

Ab wann wird Ihre Ausstellung für die Besucher zu sehen sein?

Leider werden wir mit unserer geplanten Dauerausstellung zum 300. Geburtstag Kants nicht ganz fertig sein. Grund dafür sind diverse Verzögerungen während der Corona-Zeit und die explodierenden Baukosten. Deshalb werden wir zum Jubiläum unter dem Namen „Kant 300 – ein Leben in Königsberg“ eine Vorschau-Ausstellung für sechs Monate zeigen, in der wir wie in einem Adventskalender auch schon einige Türchen öffnen, um

einen Einblick von der neuen Dauerausstellung zu vermitteln. Schwerpunkt des Projekts wird die Biographie Kants sein, auch die virtuelle Rekonstruktion Königsbergs führen wir vor.

Welche besonderen Exponate werden Sie zeigen? Und gibt es auch Leihgaben aus anderen Häusern?

Bei einer Dauerausstellung gibt es in der Regel kaum Leihgaben. Für drei, fünf oder sechs Monate sind Museen und Galerien schon mal bereit, Glanzstücke an andere Häuser zu geben, aber eben nicht für mehrere Jahre. Deshalb arbeiten wir in unserer Dauerausstellung fast ausschließlich mit unseren eigenen Beständen, die ja ohnehin das meiste beinhalten, was es an originalen Erinnerungstücken zu Kant und seiner Zeit gibt.

Für die erwähnte Sonderausstellung bekommen wir einige sehr interessante Leihgaben. Es gibt im Grunde drei berühmte Gemälde von Kant. Zwei haben wir hier in unserer Sammlung, nämlich das von Johannes Heydeck und von Gottlieb Doebler. Das dritte Bild ist das Jugendporträt von Johann Gottlieb Becker. Dieses befindet sich eigentlich in Marbach, doch wir haben es nun für unsere Ausstellung bekommen. Dass diese drei Porträts nun erstmals seit Jahren nebeneinander hängen, ist also etwas Besonderes.

Vermutlich jeder Kenner der ostpreussischen Geschichte dürfte auch den berühmten Stich von Kants Tischgesellschaft kennen, der auf Basis eines Gemäldes von Emil Doerstling gefertigt wurde, das dieser als Wandfresko geschaffen hatte, das jedoch 1944 zerstört wurde. Von diesem Doerstling-Gemälde gibt es eine Vorstudie in Öl, die sich in Privatbesitz erhalten hat und an sehr interessanten Stellen von der späteren Ausführung abweicht (siehe Seite 4). Auch diese Gemälde be-

kommen wir für die Sonderausstellung. Und ein weiteres, noch nie gezeigtes Objekt aus dem Haushalt Kants werden wir wohl auch zeigen dürfen, aber hier verrate ich noch keine Details.

Insgesamt wird es eine Ausstellung sein, die es ohne Übertreibung vermutlich seit dem Untergang des alten Königsbergs so noch nicht gegeben hat.

Mit dem Wandel der Zeiten ändern sich immer auch die Blickwinkel auf historische Persönlichkeiten. Gibt es ein bestimmtes Motto oder Schlagwort, mit dem Kant durch das Ostpreussische Landesmuseum vorgestellt wird?

Was wir nicht haben werden ist ein konkretes Motto wie zum Beispiel die Ausstellung „Kant der Europäer“ vor einigen Jahren in Duisburg. Wir werden auch nicht – wie das vielleicht im genieverliebten 19. Jahrhundert und auch noch zum Jubiläum 1924 üblich war – Kant auf ein imaginäres Denkmal stellen. Das würde ohnehin nur dazu führen, dass andere auf die Idee kämen, ihn so schnell wie möglich wieder herunterstürzen zu wollen.

Diese Form der Huldigung und Überhöhung, die im 19. Jahrhundert aufkam, ist heute nicht mehr der richtige Weg, um an eine historische Persönlichkeit zu erinnern. Wir werden also den Königsberger Immanuel Kant sehr menschlich darstellen; menschlicher vielleicht, als er bislang dargestellt wurde. Und auch komplexer. Bislang wurde ja oft nur diese Karikatur des alten, in allen Dingen seinen selbst auferlegten Regeln nachgebenden Kant gezeigt.

Überhaupt ist interessant, dass die Forschung in den letzten mehr als zweihundert Jahren nie das Interesse an Kant und seinen Schriften verloren hat, aber sich kaum für den Menschen dahinter und seinen Wirkungsort Königsberg interessierten. Insofern schließen wir da auch eine Wissenslücke. Wir werden auch einiges zu seinen Zeitgenossen präsentieren. Kant war ein großer Verehrer Friedrichs des Großen und genoss es sehr, keinerlei Zensurvorschriften aus Berlin zu unterliegen. Das geschah erst unter dem Nachfolger Friedrich Wilhelm II.

Wir wollen auch zeigen, dass Kant nicht nur Ideen-Gebäude entwickelt hat, an denen niemand in der Philosophie vorbeikommt, sondern auch den Menschen in ihrem Alltag ganz praktische Anregungen gegeben hat, mit denen sich auseinanderzusetzen immer wieder lohnt – allen voran die Aufforderung, „sich seines eigenen Verstandes zu bedienen“, um der „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ zu entfliehen – also ein starker Appell zu einer bürgerlichen Bildungsorientierung, die in den letzten Jahrzehnten bildungspolitisch fatalerweise ganz erheblich an Bedeutung verloren hat.

Diesen Gedanken wollen wir auch in unserer Ausstellung mitgeben. Museumsbesuche sollen neugierig machen und auch immer anregen zum Selber- und Weiterdenken. Was bei Kant so wichtig war – Dinge anzustoßen, sich selbst über bestimmte Dinge Gedanken zu machen, das eigene Handeln zu reflektieren und sein eigenes Denken zu hinterfragen – das ist ein Kernpunkt unserer Ausstellung.

Ihr Haus ist ja nicht nur Museum, sondern auch für seine regelmäßigen Veranstaltungen zur ostpreussischen Geschichte bekannt. Planen Sie in dieser Hinsicht zum Kant-Jubiläumsjahr weitere Aktivitäten?

Wir werden sicherlich einige Vorträge und Lesungen zu Kant im Haus haben. Allerdings unterliegen auch wir als wesentlich vom Bund geförderte Einrichtung im Moment der vorläufigen Haushaltsführung und müssen deshalb mit konkreten Vereinbarungen noch etwas warten.

Was wir unter anderem auch planen ist, Kant in den Kontext anderer historischer und aktueller Ereignisse zu stellen. So feiern wir in diesem Jahr auch den 75. Jahrestag des Grundgesetzes. Nicht nur dessen erster Artikel, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, lässt sich direkt mit Kant in Verbindung bringen.

Wichtig ist mir zu betonen, dass es sich bei dem neuen Gebäude um einen Anbau, eine Erweiterung des Ostpreussischen Landesmuseums handelt, nicht um ein eigenes Kant-Museum. Wir erhoffen uns, über die Strahlkraft des Namens Immanuel Kant neue Zielgruppen für unser Haus zu erschließen. Aber unser Kernauftrag bleibt natürlich Ostpreußen, das noch so viel mehr zu entdecken bietet als eine Person, wenngleich diese fraglos eine Jahrhundertfigur ist.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Dr. Joachim Männert** ist seit 2009 Direktor des Ostpreussischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung in Lüneburg. www.ostpreussisches-landmuseum.de



Faszinierende Rekonstruktion II: Innenansicht des Königsberger Doms mit gotischem Hochaltar

Bild: men@work

„Insgesamt wird es eine Ausstellung sein, die es vermutlich seit dem Untergang des alten Königsbergs so noch nicht gegeben hat“

300 Jahre Kant

NACHLESE

Alte und neue Geschichten zu Kant

(Nicht nur) aus Anlass des 300. Geburtstags des Königsberger Philosophen erscheinen zahlreiche Bücher, die dessen Leben und Werk beschreiben sowie beides in den Kontext der Gegenwart stellen. Eine kleine – keineswegs vollständige – Übersicht



Die Biographie zum Jubiläum

Auch nach 300 Jahren sind Kant und sein Werk aktuell. Er erklärt die Entstehung unseres Planetensystems, begründet eine neue Form von Metaphysik und formuliert den Kategorischen Imperativ. Kant war Wegbereiter des Kosmopolitismus und der Idee der Menschenwürde. Sein Denken hat nicht nur die Philosophie und Wissenschaft, sondern auch das deutsche Grundgesetz und die Vereinten Nationen geprägt. In seinem Buch schildert Marcus Willaschek auf verständliche und anschauliche Weise die vielen Facetten von Kants Revolution des Denkens, die den aktiven Menschen in den Mittelpunkt der Welt stellt. Er vermittelt so einen umfassenden Einblick in dessen Philosophie. In kurzen, jeweils für sich lesbaren Kapiteln stellt Willaschek die verschiedenen Themen und Aspekte von Kants Denken pointiert und verständlich vor. Seine Darstellungen sind jeweils verflochten mit biographischen und historischen Miniaturen, sodass auch ein Bild von Kant als Mensch und Philosoph in seiner Zeit entsteht. Zugleich wird die aktuelle Relevanz – und gelegentlich auch die Problematik – des Kantischen Denkens deutlich.

Marcus Willaschek
Kant. Die Revolution des Denkens
C.H. Beck 2023, gebunden,
430 Seiten mit 19 Abbildungen,
ISBN: 978-3-406-80743-5,
28 Euro



Aspekte einer Ausstellung

Ob zu Moral, Menschenwürde oder Völkerrecht – Kants Worte begleiten uns seit der Zeit der europäischen Aufklärung bis heute. Doch was prägte die Person Immanuel Kant? Wie sehr beeinflusste ihn Königsberg, die Stadt, in der er die meiste Zeit seines Lebens verbrachte? Dieses Buch lädt ein zu einer kurzweiligen Bilderreise durch Kants Gedankenwelt. Es ist zugleich die Begleitpublikation zur Ausstellung „Kant und die offenen Fragen“, in der sich die Bundeskunsthalle noch bis zum 17. März 2024 Kants Leben und Werk widmet und sich dabei von den vier berühmten Kantischen Fragen „Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch?“ leiten lässt. Ausstellung und Buch wollen dabei Kant und sein Werk einem breiten Publikum erschließen und dabei interessierte Besucher mit und ohne philosophische Vorbildung ansprechen. Gleichzeitig sollen die Aktualität der Philosophie Kants und er selbst als „Denkzeitgenosse“ ins Bewusstsein gerückt werden.

Thomas Ebers, Antje Herzog
Immanuel Kant und die offenen Fragen
Herausgegeben von der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, Wienand Verlag 2023, Hardcover, 176 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen,
ISBN: 978-3-86832-785-4
25 Euro



Zur Aktualität eines Klassikers

Was hat ein Philosoph der Aufklärung uns im 21. Jahrhundert noch zu sagen? Otfried Höffe hat sich seit seines Lebens mit dem Königsberger Denker, nach dem man einer populären Anekdote zufolge die Uhr stellen konnte, auseinandergesetzt und ist sich sicher: Die Aktualität Kants liegt in seinem Kosmopolitismus. Kant war Weltbürger und überzeugter Demokrat. Seine Philosophie, die er mit einer großen Fülle und Tiefe an Argumenten dargelegt hat, wird im Gegenzug auch weltweit anerkannt, da sie kulturübergreifend verständlich und einleuchtend ist, was Kant zu einem der wichtigsten Denker unter allen Philosophen macht. Zu seinem runden Geburtstag sollen diese kantischen Gedanken aus sich selbst heraus zum Leuchten gebracht werden. Für die Lektüre benötigt man keine Vorkenntnisse in Kants Philosophie, und er selbst wird ausführlich zitiert. Der umfangreiche und klar gegliederte Text geht auf viele Themen anhand der Hauptwerke ein, denn Kant hat sich mit fast allem befasst. Dabei sind die Fragen, die er aufwirft, auch noch heute radikal und provokant, was auch für viele seiner Antworten zutrifft.

Otfried Höffe
Der Weltbürger aus Königsberg. Immanuel Kant heute
Marix Verlag 2023, Hardcover mit Schutzumschlag und Leseband, 400 Seiten,
ISBN: 978-3-7374-1221-6, 34 Euro



War Kant ein Rassist?

Kann es sein, dass ausgerechnet Immanuel Kant, Preußens bedeutendster Philosoph und Schlüsselfigur der europäischen Aufklärung, ein Rassist war? Und sind die großen kantianischen Werte – wissenschaftliche Objektivität, moralische Autonomie, vernunftbezogene Religiosität, Freiheit und pazifistischer Kosmopolitismus – nur Masken, hinter denen sich eine eurozentrisch reduzierte Weltanschauung verbirgt, die mit globalem Herrschaftsanspruch auftritt? So zumindest stellen es „woke“ Aktivisten in jüngster Zeit wiederholt dar. Da sich der Angeklagte nicht selbst verteidigen kann, untersucht der Kant-Biograph Manfred Geier, in dieser Studie den „Fall“ des Königsberger Philosophen. Dabei will Geier Kant und dessen Werk von der Anklage gar nicht pauschal freisprechen, allerdings versucht er, heute befremdlich erscheinende Äußerungen in ihren historischen Zusammenhang zu stellen. Zudem zeichnet Geier nach, worum es in den damaligen Debatten ging, was wir heute aus ihnen lernen können, was es zu kritisieren und was es zu verteidigen gilt.

Manfred Geier
Philosophie der Rassen. Der Fall Immanuel Kant
Matthes & Seitz Berlin 2022, kartoniert, Klappenbroschur, 117 Seiten,
ISBN-13: 978-3-7518-0538-4,
14 Euro



Gespräche in großer Zeit

Dieses Buch ist zwar vergriffen, doch lohnt der Versuch, es antiquarisch zu erwerben. Die Autorin Ursula Pia Jauch bringt darin die beiden bekanntesten Gesprächskreise der preußischen Aufklärung – Friedrichs des Großen „Tafelrunde“ in Potsdam-Sanssouci und Kants „Tischgesellschaft“ in Königsberg – in einen gedanklichen Austausch. Dabei kritisiert sie vor allem die Runde des Königs scharf: „Friedrich ist durchaus kein Philosoph; der Machtpolitiker spielt den Philosophen: Das ist gut für die Propaganda. Für das Dahinter gelten die Regeln des strikten Gehorsams.“ Gleichwohl zeigt sich Jauch von dem intellektuellen Spiel und der Wirkung dieser philosophischen Männerrunden, deren damalige Debatten bis in die Gegenwart hineinreichen, durchaus fasziniert. Nachdenkenswert, auch wenn man die Kritik an Friedrich für überzogen halten mag, ist vor allem ihr Schlussgedanke: „Welche Dramen wären der Menschheit erspart geblieben, hätte Preußen auf den großen Königsberger und nicht auf den großen Fritz gesetzt.“

Ursula Pia Jauch
Friedrichs Tafelrunde & Kants Tischgesellschaft. Ein Versuch über Preußen zwischen Eros, Philosophie und Propaganda
Matthes & Seitz Berlin 2013, gebunden mit Schutzumschlag, 374 Seiten,
ISBN: 978-3-88221-589-2

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de